D 20930 E

links

Sozialistische Zeitung

Offenbach/M Nr. 36
September '72 DM 1,20

Wahlsieg durch Völkermord

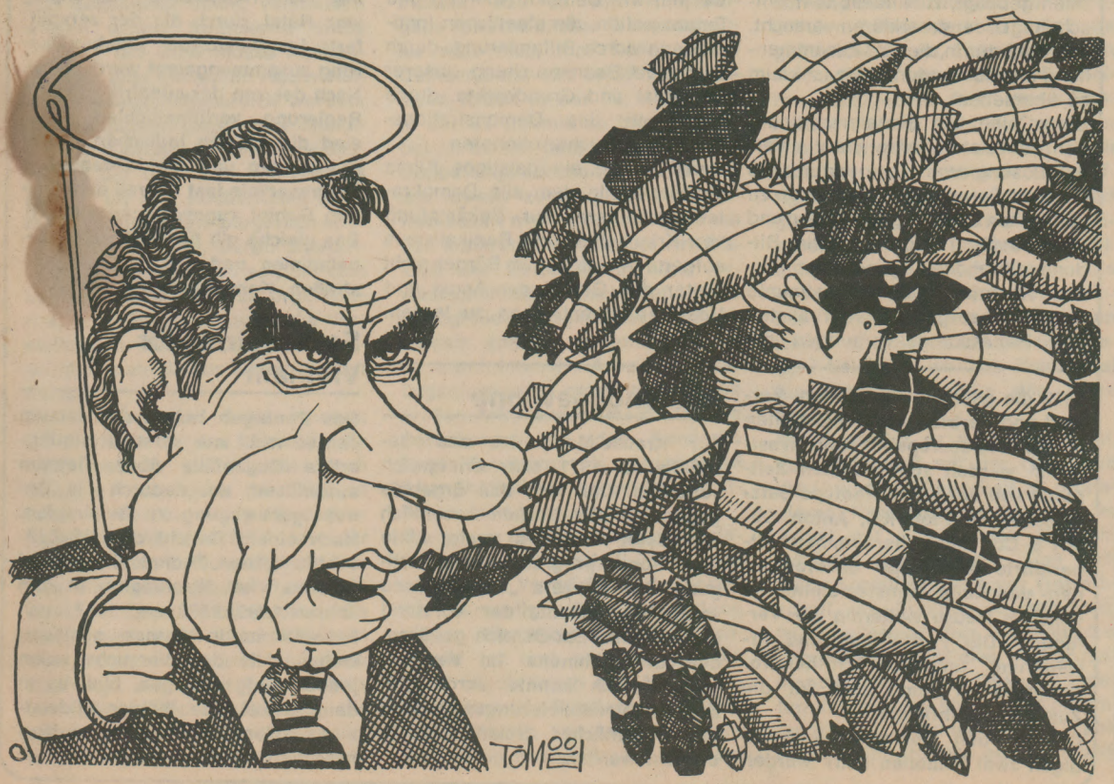
Nixon will die Wahlen gewinnen. Dabei stört ihn der Vietnam-Krieg, den er nicht gewinnen kann und nicht verlieren will. Deshalb versucht er, ihn mit allen Tricks über die Wahlen hinwegzuretten. Schon reist Kissinger in geheimem Auftrag, und wir können sicher damit rechnen, daß noch rechtzeitig vor den Wahlen ein nun ganz neuer Friedensvorschlag die amerikanischen Wähler verwirren wird, obwohl er die Fronten in Vietnam um keinen Fingerbreit verschiebt — selbst wenn dabei Thieu geopfert wird, um die in Saigon herrschende Klasse der Kompradoren-Bourgeoisie zu retten.

Gegenüber dem vietnamesischen Volk soll Wohlverhalten für den Wahlkampf erpresst werden, und zwar durch kalt kalkulierte Drohung mit Völkermord. Das ist keine Floskel, sondern Realität. Die Drohung lautet: Beendet Eueren Befreiungskampf oder Ihr werdet in den Fluten des Roten Flußes in der Regenzeit ertrinken. Damit die Drohungen ernst genommen werden, wird die Verwirklichung durch die Bombardierung der Deiche bereits eingeleitet. Die detaillierte Instruktion für die US-Luftwaffe und die Navy konnte die britische Kampagne für Frieden in Vietnam in ihren Besitz bringen. Sie lautet:

„Ziel: Dämme oder schweres Mauerwerk. Aus großer Höhe werden angewandt: 2 000-Pfund-Allzweckbombe mit 0,1 Sekunden Verzögerungszünder. Die Bombe wird auf das Kraftwerk unmittelbar am Damm gezielt. Sie kann auch mit einem AN-M 102 A 1 Verzögerungszünder ausgerüstet werden.

Aus geringen Höhen wird angewandt: die 2 000-Pfund-Allzweckbombe MK 84, entweder mit Zielsuchausrüstung oder mit Datenelektronik für Blindbomben. Der Zielpunkt für die Bomben ist das Wasser 15 bis 30 m vor dem Damm."

Solche Bombardierungstechnik hinterläßt nicht viele Krater, erschüttert aber die Deiche in ihren Fundamenten. In der Regenzeit können aus den gebombten Deichrissen Deichbrüche und millionenfacher Tod werden. Wird diese Technik verbunden mit der erprobten Fähigkeiten des amerikanischen Militärs, künstliche Regenfälle herbeizuführen, so ist der perfekte Völkermord, anscheinend durch Naturkatastrophe, inszeniert. Doch der Sieg in „demokratischen" Wahlen legitimiert freilich jedes undemokratische Mittel: übelste Demagogie, wie bei uns? Natürlich! Aber auch Drohung mit und Vorbereitung von Völkermord? Wird die Drohung aus Washington Wirklichkeit, so wird mit den Deichen des Roten Flusses auch die letzte Legitimationsgrundlage des ‚american way of life' weggespült werden!



In dieser Ausgabe:

Kommentare
Heinz Hauser: Marburger Hochschulkongreß 3
Arno Klönne: Prozesse in der CSSR 3
Franz Dwertmann: Olympische Spiele 4
Andreas Buro: Schröder und China 5
Egbert Jahn: FAZ-Lügen 6
Franz Marek: Ernst Fischer 13

International
Komitee Europa-Lateinamerika: Brasilianische Fete 7
Cabora-Bassa-Gruppe: Portugiesischer Kolonialismus 14

Ökonomie
Marios Nikolinakos: Arbeitsemigranten 9

Theorie
Hansjörg Viesel: Anarchismus und emanzipatorische Bewegung 11

Landwirtschaft
Ulf Baumgärtner: Bauernpolitik der DKP 16

Organisationen
Psychisch Kranke 20
Daimler-Gruppe 21
Gewerkschaftsjugend 22
Solidaritätsaufruf 23

linker Digest
Ausbeutung in Kalifornien 24

links

Sozialistische Zeitung

Die sozialistische Bewegung wird heute und hier nur dann reale gesellschaftliche Bedeutung gewinnen, wenn sie

- aus dem Dilemma unbrauchbarer traditionell-bürokratischer Organisationsvorstellungen hier, ebenso unbrauchbarer „reiner" und teils blinder Spontaneität dort, herausfindet;
- die chinesische Mauer zwischen isolierten Tageskämpfen einerseits, weitgespannten sozialistischen Zukunftsvorstellungen andererseits, durchbricht;
- Handlungsmöglichkeiten entwirft, die in hochentwickelten Gesellschaften unter Umständen jene Funktion übernehmen können, die unter anderen historischen oder gesellschaftlichen Bedingungen „direkte" Gewalt und „einmalige" Revolutionsakte ausübten oder noch ausüben;
- eine neue, nicht autoritäre Antwort auf die Frage nach der internationalen Kooperation der Linken findet.

Die Entwicklung einer sozialistischen Bewegung kann nur Prozeßcharakter haben. Sowenig eine geschlossene, vereinheitlichte Organisation den gegenwärtigen Bedürfnissen der sozialistischen Gruppierungen entsprechen würde, so sehr besteht doch andererseits objektiv und subjektiv das Bedürfnis nach einer beständigen Kommunikation unter Sozialisten, dies auch als Voraussetzung für die Entwicklung weiterer Gruppen, neuer Aktionsformen. Hier sieht das „Sozialistische Büro", das „links" herausgibt, seine Funktion. Ein Instrument der besseren Kommunikation will „links" sein – ohne Monopolansprüche. „links" wird nicht jenen linken Journalismus pflegen, der dem Konsum revolutionär anmutender Euphorien dient. Unsere Zeitung sieht ihre Funktion dort, wo über Theorie der Praxis und Praxis der Theorie informiert und diskutiert wird, illusionslos, undogmatisch, verständlich für jeden, der linke Politik machen will.

Redaktion „links"

●

Um beide Projekte, das Sozialistische Büro und die Zeitung „links", tragen zu können, haben wir den „Fördererkreis Sozialistisches Büro" gegründet. Die Förderer bestimmen die Höhe ihres Beitrages selbst (mindestens jedoch monatlich DM 5,–) und erhalten dafür regelmäßig die Zeitung „links" kostenlos zugesandt. (Weiterhin gibt das Sozialistische Büro u. a. einen Info für progressive Lehrer und eine „Sozialistische Betriebskorrespondenz" heraus.)

Arbeitsgruppe
Sozialistisches Büro
605 Offenbach 4, Postf. 591
PSK: Frankfurt/M. 2956 80

Informationen

Kapitalexport

Die Bauersche Gießerei, Frankfurt am Main, macht dicht. Die Herren Hacker & Co. versprachen jedoch, das Schriftenprogramm zu erhalten. Gegossen wird jetzt in dem Billiglohnland Spanien. Dieser Jagd nach Profiten fielen in Frankfurt 134 Kollegen der Schriftgießerei und 85 Kollegen der Chemiegraphie zum Opfer. Die Bauersche Gießerei schrieb dazu: „Wir haben uns entschlossen, die Herstellung unserer Schriften in Frankfurt einzustellen. Das bewährte Schriftenprogramm unseres Hauses steht jedoch weiterhin zur Verfügung. Unser Schwesterunternehmen, die Firma Fundición Tipográfica Neufville S. A. übernimmt am 1. Juli 1972 die gesamte Produktion. Verkauf und Vertrieb unserer Schriften in der Bundesrepublik und West-Berlin werden zum gleichen Zeitpunkt von der Firma Neotype Setzmaschinenvertrieb KG, Anton Ohlert & Co, Köln, übernommen. Altbewährte Mitarbeiter unseres Innen- und Außendienstes stehen im gleichen Hause weiterhin zur Verfügung. Die Fortführung und Erweiterung unseres Schriftenprogrammes ist damit auch für die Zukunft gewährleistet."

Die für den Sozialplan notwendigen zwei Millionen Mark wurden bei einem Unternehmerangebot von ca. 350 000 DM auf dem Schlichtungswege zu 780 000 DM. Nur die älteren Kollegen werden davon etwas erhalten. Daß die Bauersche Gießerei ihren Betrieb in Frankfurt liquidiert hat und nun in Spanien produzieren läßt, verrät ein feines Gespür dafür, wo am meisten Profite zu holen sind. Um die Profite zu erhöhen, hat das westdeutsche Kapital schon lange Billiglohnländer entdeckt und exportiert dorthin sein Kapital. Die Folge für die Arbeitsplätze und der Druck auf die Löhne ist abzusehen.

Klassenkampf

In der Bundesrepublik hat sich die Ansicht, daß der „Klassenkampf" eher notwendig als schädlich sei, im Laufe der letzten beiden Jahrzehnte merklich ausgebreitet. Das zeigt ein Vergleich von Umfrage-Ergebnissen des Allenbacher Instituts für Demoskopie. Während im Jahre 1950 nur 21 Prozent den Standpunkt vertraten, ein Klassenkampf sei „notwendig", waren es Ende 1971 rund 28 Prozent.

Aus der Bundestagsdebatte über die innere Sicherheit

Bundestagsabgeordneter Dr. Schneider, Nürnberg (CDU/CSU): Meine Damen und Herren, niemand kann es bestreiten: Wir durchleben eine Phase der deutschen Politik, in der Anspruch und Leistung, Wort und Tat, Programm und Wirklichkeit immer weiter auseinanderfallen. Die heutige Situation der inneren Sicherheit hat eine langjährige Entwicklung. Dazu hat beigetragen eine systematische Verunsicherung der staatlichen Institutionen durch Diffamierung, exzessive Beanspruchung von Freiheit und Grundrechten und Mißbrauch des Demonstrationsrechts. Jahrelang wurden in Publikationen von bestimmten Publizisten und Professoren Gewalttaten gebilligt, zumindest aber entschuldigt oder zu erklären versucht. Die Zahl der in diesem Zusammenhang anzuführenden Zitate ist kaum zu übersehen.

Eine Reihe von Einzelerscheinungen der letzten Jahre wie die Verharmlosung von Terrorakten, die Hochstilisierung von Kriminellen zu politischen Überzeugungstätern und verzweifelten Reformern, die Bildung rührender Legenden um solche Terroristen durch bestimmte Publikationsorgane, Journalisten und Professoren, verbunden mit einer Diffamierung von Polizei, Staatsanwaltschaft und Justiz als etwas im Grunde Böses, fortlaufende Diskussionen, ob über für gerechtfertigt erachtete Gewalttaten gegen Sachen auch Gewalt gegen Personen angewendet werden soll, dazu eine Bagatellisierung der Gefährlichkeit des Linksradikalismus durch führende Vertreter der Bundesregierung und die Unfähigkeit von SPD- und FDP-Führung, die partielle Zusammenarbeit der Linksextremisten in ihren Parteien mit den Linksradikalen zu unterbinden, haben in ihrer Gesamtheit dazu beigetragen, daß in der Bundesrepublik Deutschland Minderheiten mit humanistischen Schlagworten, wie Demokratisierung und Emanzipation, die staatlichen Institutionen durch Diffamierung, durch exzessive Beanspruchung unserer Freiheits- und Grundrechte, durch Mißbrauch des Demonstrationsrechts verunsichern konnten.

Damit wurde ein geistiges Klima geschaffen, in dem alle Demokraten gemeinsam zur Bekämpfung von Kriminalität und Radikalismus aufgerufen sind, um im Bürger nicht weiter das Gefühl der Angst und Unsicherheit entstehen zu lassen.

Rüstungsgewinne

Für Krauss-Maffei ist das Geschäftsjahr 1971 sehr erfolgreich verlaufen. Daß sich das Ergebnis gegenüber dem Vorjahr wesentlich verbessert hat, ist in erster Linie dem Sonderprogramm, der Fertigung des Panzers „Leopard" zu verdanken, betonte der Vorstand dieses zum Flick-Bereich gehörenden Unternehmens. Im Verteidigungsbereich konnte durch größere Auslandslieferungen wieder ein beachtlicher Umsatzzuwachs erreicht werden.

Koexistenz

Die amerikanische Mineralölgesellschaft Occidental Petroleum Company gab bekannt, daß sie mit der Sowjetunion am 14. Juli in Moskau ein Abkommen über wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit unterzeichnet habe, das ein Milliarden-Dollar-Geschäft zu werden verspreche. Der Präsident der Occidental, Armand Hammar, berichtete in London, das Abkommen sei zunächst auf fünf Jahre befristete, könne aber im beiderseitigen Einvernehmen erneuert werden. Es befaßt Prospektierung, Förderung und Vertrieb von Rohöl und Erdgas in der Sowjetunion, die Erzeugung von Kunstdünger und Chemikalien, die Bearbeitung von Metallen und Blöcken, den Entwurf und Bau von Hotels in der Sowjetunion und die Verwertung von festen Abfallstoffen. Nach den Worten Hammars kann das Abkommen jederzeit im gegenseitigen Einvernehmen auf andere Bereiche ausgedehnt werden.

USA für Rhodesien

Der rhodesische Methodistenbischof Abel Muzorewa hat den USA Vorwürfe gemacht, weil sie entgegen UN-Boykottbeschlüssen Chrom aus Rhodesien importieren. Der Bischof, der Führer der afrikanischen Opposition in Rhodesien ist, erklärte kürzlich in der nigerianischen Hauptstadt Lagos: „Das war der schlimmste Schlag, den wir von irgend einer Seite erhalten haben."

Reservate für Zulus

88 000 südafrikanische Zulus und mehrere hundert weiße Farmbewohner werden in den nächsten Jahren in Südafrika umgesiedelt werden. Das ist das Ziel eines großen Landaustauschprogramms in der südafrikanischen Küstenprovinz Natal, durch die der zersplitterte Landbesitz der Zulubevölkerung zusammengelegt werden soll. Nach der von der südafrikanischen Regierung veröffentlichten Karte sind die an den Indischen Ozean grenzenden und die küstennahen Zulureservate fast überall dem weißen Gebiet zugeschlagen worden. Das gleiche gilt für wichtige Eisenbahnlinien und die Fernverkehrsstraßen. Kommentar überflüssig!

Feuerstürme für Vietnam

Das Pentagon hat in den letzten Jahren nicht nur versucht sintflutartige Regenfälle über Vietnam auszulösen, um dadurch die Befreiungsbewegung zu bekämpfen. Nach einem Bericht der US-Zeitschrift „The Technical Journal Science" hat Washington in den Jahren 1965, 1966 und 1967 auch Feuerstürme in Vietnam auslösen wollen. Alle drei Versuche seien jedoch fehlgeschlagen, hieß es in dem Artikel. Die Wälder Südvietnams seien für ein solches Vorhaben zu feucht gewesen.

Marburger Hochschul-kongreß

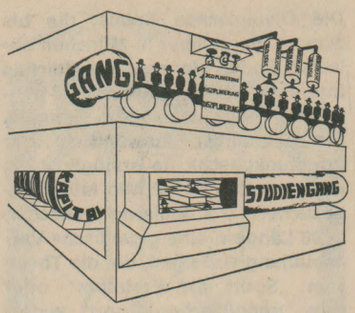
Fraktion oder Bündnis?

In Marburg traf sich Anfang Juli die Hochschulreform-Linke. Eingeladen hatten VDS, Bundesassistentenkonferenz, GEW und der vor Jahren von Werner Hofmann gegründete Bund demokratischer Wissenschaftler, der anläßlich dieses Kongresses zu neuem Leben erweckt werden sollte. Der Plan einer Neugründung des BDW bestimmte den Verlauf des Kongresses und provozierte intensive Auseinandersetzungen um die Frage einer gewerkschaftlichen oder nichtgewerkschaftlichen Organisation der Hochschullinken.

Die selbstgesetzten Ziele des neuen BDW in Marburg zu erfahren, war nicht ganz einfach. Sehr allgemein formuliert lauten sie: Wissenschaftler aller Tätigkeitsbereiche in einem — wie die Initiatoren es nennen — „politischen Verband" neben der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft zu organisieren. Dabei wurde besonderer Wert darauf gelegt, daß man auch bei Daimler-Benz und BASF, in der Industrie und in der Verwaltung tätige Wissenschaftler für den Verband gewinnen wolle, also thematisch und organisatorisch keine Beschränkung auf die Hochschule. Andererseits wurde die Aufnahme von Studenten nicht ermöglicht. Alle weiteren Ziele aber wurden von unterschiedlichen Sprechern unterschiedlich formuliert. Während etwa Holzer den BDW nur als ein Diskussionsforum von Wissenschaftlern, die in unterschiedlichen Gewerkschaften und Organisationen beheimatet seien, verstanden wissen wollte, formulierte Stuby als Ziel, der BDW müsse Aktionszentrum aller Linken im Hochschul- und Wissenschaftsbereich werden. Hauptargument gegen eine alleinige Orientierung auf die Organisation in der GEW war der Hinweis auf die an den Hochschulen zahlreich vorhandenen bürgerlich-liberalen Professoren, deren Bewußtsein zu rückschrittlich sei, um sich in der Gewerkschaft zu organisieren, deren hochschulpolitische Vorstellungen aber so progressiv seien, daß man sie zur Linken zählen müsse.

Auf der anderen Seite erhoben BDW-Initiatoren den Vorwurf, die GEW sei zu sozialdemokratisch orientiert und gebe der DKP in ihren Reihen zu wenig Spielraum. Spielraum für die DKP und für rückschrittlich-fortschrittliche Liberale, Diskussionsplattform oder Aktionszentrum, das blieb offen. So finden sich unter den Initiatoren des BDW, zumindest außerhalb Marburgs, auch eine ganze Reihe von linken Hochschullehrern, die zwar das Wort von der Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisierung hochhalten, gleichzeitig aber selber als bürgerliche Individuen den Schritt zu einer gewerkschaftlichen Arbeit scheuen. Und nicht zuletzt, wie sollte es anders sein, gibt es diejenigen, denen es genügt, in einem linken Protestverein die Wahrheit sagen zu können, notfalls auch unter Verzicht auf Politik.

Was heißt „politischer Verband"?



Theo Pirker hat Anfang der fünfziger Jahre die Gewerkschaften als „politische Verbände" charakterisiert, weil sie gleich den Parteien programmatisch sämtliche Bereiche der Gesellschaft abdecken, gleichzeitig aber im Unterschied zu den Parteien auf parlamentarische Vertretung verzichten. In diesem Sinne kann die Organisation einer spezifischen intellektuellen Berufsgruppe nicht politischer Verband sein. Aber klammern wir uns nicht an Worte. Die Frage, die der BDW in den nächsten Monaten durch seine Praxis wird beantworten müssen, ist, ob man fortschrittliche Hochschulpolitik isoliert von den anderen Bereichen des Bildungswesens und den dort Beschäftigten betreiben kann und ob die „Wissenschaftspolitik" der Großkonzerne durch die Arbeit eines isolierten Wissenschaftlerverbandes tangiert wird. Bürgerlicher Individualismus der Wissenschafter findet sich nicht nur auf der politischen Rechten. Er schaut auch deutlich unter mancher linken Drapierung hervor. Wir meinen, daß es eine Hauptaufgabe fortschrittlicher Wissenschaftler sein muß, ihre Kollegen bei Daimler-Benz und BASF zur intensiven Arbeit in der IG Metall und in der IG Chemie zu bringen. Dabei ist es mit dem Bekenntnis zur Doppelmitgliedschaft in BDW und der jeweils zuständigen DGB-Gewerkschaft nicht getan. Es geht um den konkreten Einsatz der Arbeitskraft des Einzelnen in einer gewerkschaftlichen Organisation. Es genügt nicht, Mitglied der IG Metall zu sein, sondern es kommt darauf an, durch intensive Arbeit in dieser Organisation zu erreichen, daß die großen Arbeitergewerkschaften die Forschungspolitik der Konzerne ihres Bereiches als Gegenstand ihrer politischen und gewerkschaftlichen Arbeit betrachten.

Die gegen die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in Marburg erhobenen Vorwürfe sind zweifellos berechtigt. Die Hinwendung dieser Gewerkschaft zur Hochschule ist erst neu, progressive Töne beschränken sich häufig auf die Spitze der Bundesorganisation und finden in den Landesvorständen wenig Resonanz. Der Apparat auch einer kleinen Gewerkschaft von nur 130 000 Mitgliedern ist schwerfälliger als der eines Verbandes von 1000 Wissenschaftlern. Die GEW ist in ihrer offiziellen Politik orientiert an der sozialdemokratischen Bildungslinken. Eine Analyse der GEW kann aber bei diesen oberflächlichen Erscheinungsformen nicht stehenbleiben. Die GEW ist entstanden aus einer ursprünglich stark antiklerikalen, linksbürgerlichen Volksschullehrerbewegung. Seit Jahrzehnten war ihr Bündnispartner in der Auseinandersetzung mit der Kirche um die Schule die Sozialdemokratie. Frontwechsel in traditionellen Organisationen werden in der Regel erst von der jeweils nächsten Generation vollzogen. Es ist auch kein Zufall, daß es unterschiedliche Positionen in der Bundesspitze, deren Gegenspieler die sozialliberale Bundesregierung ist, und den Landesverbänden gibt, für die etwa in Bayern und Baden-Württemberg sozialdemokratische Schulpolitik immer noch das in unerreichbarer Ferne liegende Ziel sein muß. Die auch und gerade von Sozialdemokraten ausgehenden Restriktionen im Hochschulbereich können für Lehrer kaum aufregend sein, da ihre Arbeitssituation schon immer wesentlich weniger privilegiert war als die der Hochschullehrer.

An dieser Stelle wird eine Sonderorganisation von Hochschullehrern, und seien sie noch so politisch motiviert, am fragwürdigsten. Muß neben dem Kampf gegen Studienzeitbeschränkungen für Studenten nicht der Kampf für die Aufhebung der Lernzeitbeschränkung für Hauptschüler und Berufsschüler stehen? Müssen Wissenschaftler, die sich in ihrer Auseinandersetzung auf den Hochschul- und Wissenschaftsbereich beschränken wollen, nicht in den Verdacht geraten, doch in erster Linie an der Auferechterhaltung immer noch vorhandener Privilegien der Hochschulen interessiert zu sein? Es geht nicht darum, kampflos an den Hochschulen gewonnene Freiheiten aufzugeben. Aber diese Freiheiten müssen nicht nur von den Wissenschaftlern, sondern von allen an der Hochschule Beschäftigten und Tätigen verteidigt und gleichzeitig müssen, in Zusammenarbeit mit den übrigen im Bildungsbereich Beschäftigten, die wesentlich krasseren Repressionen, denen Lehrer und Schüler an Haupt- und Berufsschulen unterliegen, bekämpft werden. Zumindest für Sozialisten sollte das keine Frage sein.

Dabei genügt es auch hier nicht, das „Bündnis" mit der GEW und die Doppelmitgliedschaft zu propagieren. Notwendig ist die intensive Arbeit mit den in den Gewerkschaften Organisierten. Daß sich dafür Sozialisten in einer Gewerkschaft als Fraktion organisieren, ist naheliegend. Der Sozialistische Lehrerbund macht dies, und Sozialdemokraten oder DKP-Anhänger tun das gleiche. Wer aber eine umfangreiche Organisation mit zahlreichen Ortsgruppen aufbauen will, muß sich den Vorwurf der Zersplitterung der wenigen vorhandenen Kräfte gefallen lassen. Erich Frister hat als Vorsitzender der GEW zurecht in Marburg darauf hingewiesen, daß das beliebte Wort von der gewerkschaftlichen Orientierung kein Alibi für mangelnde gewerkschaftliche Organisierung sein dürfe. Organisierung kann sich für Sozialisten nicht auf Beitragszahlen beschränken. Wer heute einen politischen Verband für Wissenschaftler in allen Tätigkeitsbereichen, d. h. unabhängig von den konkreten Konflikten am Arbeitsplatz und in Abgrenzung zu den „nichtwissenschaftlich" Beschäftigten gründen will, setzt sich dem Verdacht aus, mit dem Wort vom politischen Verband nur eine Tendenz zu bemänteln, die der etwa des Schriftstellerverbandes genau entgegenläuft: Raus aus der gewerkschaftlichen Arbeit zu einer berufsständigen Organisation. Für Sozialisten müssen die gewerkschaftlichen Organisationen der Lohn- und Gehaltsabhängigen ein wichtigeres Arbeitsfeld sein als noch so fortschrittliche Berufsverbände.

HEINZ HAUSER

Prozesse in der CSSR

Was Gustav Husak nach dem Sturz Alexander Dubceks zugesichert und im Frühjahr dieses Jahres auf eine Frage französischer Kommunisten hin erneut bestätigt hatte, wird zur Zeit vor den Gerichten in Prag und Brünn widerlegt: In der CSSR werden politische Auseinandersetzungen mit dem Instrument der Gesinnungsstrafe administrativ unterdrückt. Prozesse und Urteile treffen dabei, wohl nicht ohne Kalkulation, ehemalige Verfechter des Dubcek-Kurses auf mittlerer Ebene und vor allem in intellektuellen Funktionen; die prominentesten Angeklagten bzw. Verurteilten sind der ehemalige Rektor der Parteihochschule, ZK-Mitglied Milan Hübl, der ehemalige Vorsitzende der Brünner Parteiorganisation, Jaroslav Sabata, und der Historiker Jan Tesar. Hübl, der Anfang der Sechziger Jahre maßgeblich an der Rehabilitierung Husak's beteiligt war- und Tesar wurden zu je sechs Jahren Gefängnis verurteilt.

Bemerkenswerterweise handelt es sich bei denjengen Angeklagten, auf die die höchsten Strafen warten, um überzeugte Kommunisten und nicht etwa um Anhänger einer — im Prager Frühling sehr wohl auch vertretenen — „westlich" orientierten, sozialreformerischen Richtung. Der eigentliche Kernpunkt der Auseinandersetzung und das leitende Motiv der auf Abschreckungswirkung bedachten Urteile ist die Frage nach der innerparteilichen Willensbildung in kommunistischen Organisationen.

Hübl hatte 1968 proklamiert: „Es ist durchaus im Sinne von Karl Marx, wenn ich behaupte, daß es nicht genügt, sich nur auf den Willen der (Partei)Führer zu verlassen und zu glauben, daß nur die Besten zu Führern werden. Die Geführten müssen institutionelle Garantien haben, daß ihnen die Auswahl der Führer, deren ständige Kontrolle sowie die Möglichkeit des Austauschs überlassen bleiben."

Diese Angeklagten hatten sich keineswegs auf eine nationalistisch motivierte und emotionale Anklage gegen die sowjetische Intervention eingelassen; nach allem, was zur Zeit zu erfahren ist, ging es ihnen vielmehr um eine strukturelle Demokratisierung kommunistischer Bewegung. Folgerichtig hatten sie Kontakte zur kommunistischen Partei Italiens intensiviert, was ihnen auch im Prozeß zum Vorwurf gemacht wurde. Insofern handelt es sich bei den wichtigsten der Prozesse nicht um eine Kontroverse zwischen Kommunisten und Nicht-Kommunisten, sondern um einen Konflikt unter Kommunisten; dieser Konflikt wird mit den Urteilen nicht zu Ende gehen. Unklar bleibt dabei die persönliche Position Husaks. Die Exilzeitschrift „Listy" weist darauf hin, daß die Prozesse in Gang kamen, nachdem Husak soeben in einer internen Parteikonferenz vor den Propagandisten einer Politik der harten Hand gewarnt und Oldrich Svestka sich gegen eine Wiederkehr der unter Novotny üblichen Methoden ausgesprochen hatte. Vielleicht darf man annehmen, daß Husak nach wie vor versucht, den Rückfall in durchweg repressive Verhältnisse zu vermeiden, dabei aber nicht an Zugeständnissen sowohl an innerparteiliche Rivalen als auch an sowjetische Wünsche vorbeikommt.

Die innere Krise des tschechoslowakischen Kommunismus ist damit freilich nicht zu überwinden. Anders als in der Volksrepublik Ungarn, in der sich nach 1956 eine nach außen zurückhaltende, im politischen Binnenraum jedoch offene, neue Linie mit langem Atem entwickeln konnte, ist die politische Lage in der CSSR heute durch eine gefährliche Mischung von Apathie und Explosivität gekennzeichnet. Die exponierte politgeographische Lage der CSSR und westliche Einwirkungen, die schon bei den Vorgängen im Jahre 1968 eine höchst problematische Rolle spielten, tragen dazu bei; Ungarn hingegen liegt, der inneren Entwicklung günstig, eher im Windschatten der großen Politik. Hinzu kommt, daß die Gründe für das Scheitern der kommunistischen Politik in der CSSR unter Novotny und die Umstände, unter denen es zur sowjetischen Intervention gegen die Dubcek-Politik kamen, in der Partei und Öffentlichkeit der CSSR tabuisiert oder durch Ideologisierungen, die niemand ernst nimmt, überdeckt sind; Fehlentwicklungen aber, über die es keine theoretische Debatte gibt, tragen ihre Wiederholung fast zwangsläufig in sich. Insofern sind die Bedingungen, unter denen die kommunistische Bewegung in der CSSR zu existieren hat, vermutlich auf längere Sicht äußerst unproduktiv.

Der Linken in den westeuropäischen Ländern bleibt gegenüber dieser Misere der Linken in der CSSR zur Zeit kaum mehr zu tun, als durch öffentliche Kritik, von der auch die CSSR-Führung und die sowjetische Führung nicht völlig unbeeindruckt bleiben, vor den schlimmsten Erscheinungen einer repressiven Erledigung innerparteilicher Probleme zu warnen. Die Proteste der italienischen, schwedischen und französischen Kommunisten gegen die Urteile in Prag und Brünn sind daher nicht nutzlos. Daß die DKP solche Proteste nicht einmal referiert, ist bemerkenswert, sie scheint sich eines Teils ihrer Mitglieder in dieser Sache nicht ganz so sicher zu sein, wie es den Anschein haben könnte.

Die Proteste der Springer-Zeitungen, von CDU/CSU-Politikern und ähnlichen politischen Kräften gegen die Prozesse und Urteile in der CSSR aber sind nicht nur unglaubwürdig, sondern auch geschmacklos; wer angesichts der Ermittlungsergebnisse das Zehn-Jahre-Urteil gegen Werner Hoppe in Hamburg für einen Triumph des Rechtsstaates hält, hat das Recht verwirkt, auch nur ein Wort gegen die Urteile in Prag und Brünn zu sagen.

ARNO KLÖNNE

Postkarten in die CSSR

S 5,- (DM -,70) zugunsten der Familien der wegen Gesinnungsdelikten Eingekerkerten in der CSSR

Jan Hus: Pravda vítězí (Die Wahrheit siegt!)

Das Pariser „Comité du 5. janvier" hat auf die jüngste Welle der Verhaftungen und Prozesse in der CSSR mit einer Aktion zugunsten der notleidenden Familien der betroffenen Genossen geantwortet. Es geschieht durch Postkarten an Alexander Dubcek in französischer, italienischer und englischer Sprache. Für die deutschsprachigen Länder hat das Wiener Tagebuch die gleiche Postkartenaktion gestartet (mit obigem Motiv und der Solidaritäts-Botschaft in deutscher Sprache). Eine Karte kostet DM -,70. Die Bestellungen sind zu richten unter Beifügung eines Schecks oder durch internationale Postanweisung an Wiener Tagebuch, Aktion Dubcek, A-1040 Wien, Belvederegasse 10.

Olympische Spiele in München

Die Olympischen Spiele, die bis zum 10. September in München ablaufen, finden ein gesellschaftliches Interesse wie kein kulturelles, politisches oder sonstiges Ereignis. Ein einmaliger Aufwand in der Rundfunkgeschichte ermöglicht es, daß — neben den 2 Mio Münchenbesuchern — 1 Milliarde Menschen in 98 Ländern eine gigantische Veranstaltung verfolgen, die die These vom „Sport als Freiraum" oder vom „unpolitischen Sport" widerlegt.

Nur weil diese Publizität der „Spiele" die Möglichkeit bietet, über sie gesellschaftliche Herrschaftsinteressen zu verfolgen, war es möglich, daß ihre Organisation sich praktisch verselbständigte (nach Sinn und Nutzen des Ganzen wird nicht mehr gefragt), daß die 400%ige Kostenexplosion ohne wesentliche Kritik akzeptiert wurde, daß aus den — der gesellschaftlichen Relevanz des Sports angemessenen — „bescheidenen Spielen" die aufwendigsten und perfektesten wurden, die es je gegeben hat.

Die Planer und Organisatoren jonglierten mit Zahlen und Daten, die in ihrer Abstraktheit der Bevölkerung gar keine konkrete Erfahrung mehr lassen und somit sich durch sich selbst rechtfertigen: Einen Teil der Riesensummen, die insgesamt in aller Welt für die Spiele aufgebracht werden, bilden die 2 Milliarden Investitions- und Organisationskosten, die die BRD als veranstaltendes Land zu tragen hat. Nun wird suggeriert, daß dieser Betrag nicht unangemessen sei, weil 1,2 Milliarden ja nicht vom Steuerzahler aufgebracht würden, sondern durch „Eigenfinanzierung" des Organisationskomitees hereinkämen: durch Lotterien, Lizenzen, Münzverkauf, Spenden usw. Indem diese Sonderfinanzierung in einen Gegensatz zu den Steuermitteln gebracht wird, entsteht der Eindruck, daß dieses Geld niemand erarbeitet hat. In Wirklichkeit finanziert die Bevölkerung hier öffentliche und privatwirtschaftliche Investitionen, indem ihr neben der allgemeinen Steuerabgabe noch ein Teil des „privaten" Geldes als Konsumausgabe für eine „Sozialveranstaltung" abgenommen wird. Geboten wird dafür das „Gefühl, dabei zu sein", sich mit einer sozialen Gruppe bzw. mit einem Ereignis zu identifizieren, dem so positive Etikette zufallen wie „Sportlichkeit", „Heiterkeit", „Internationalität", „Dynamik", „Gemeinsinn" u. ä.

Dies ist ein Stück Olympia-Ideologie. Zu ihr ist auch jene kommunale Planung der Stadt München zu zählen, die sich von der „Schubkraft der Olympischen Spiele" eine sprunghafte Steigerung ihrer Investitionskraft versprach, die sonst 10 bis 20 Jahre dauern würde (U-Bahn-Bau, Sanierung der City, Schnellstraßensystem, Sportanlagen usw.). Daß dies unter privatwirtschaftlichen Bedingungen nicht möglich ist, wird immer deutlicher: Unmittelbar kam der Investitionsschub nur dem Baugewerbe zugute. Der Boom in der Bauindustrie hat jedoch einen beispiellosen Preisauftrieb zur Folge gehabt und die finanzielle Notlage der Stadt verschlimmert. Wilde Bodenspekulationen haben soweit geführt, daß einige wenige Grundstücksbesitzer ca. 4 Mio DM täglich einfach so einstreichen können (mehr als der tägliche Haushalt der Stadt München). Das besonders in München krasse Mißverhältnisse zwischen produktivem und „tertiärem" Sektor (Banken, Handel, Dienstleistungsbereich) hat sich weiter vergrößert: seit der Vergabe der Spiele nach München haben sich z. B. ca. 100 neue Banken dort etabliert.

„Die Durchführung der Olympischen Spiele kann somit gewertet werden als großangelegte Förderung des privatwirtschaftlichen Wachstums und dessen Konzentration im Ballungsraum Münchens zu Lasten der Entwicklung in den umliegenden Wirtschaftsregionen. Die damit steigenden Infrastrukturkosten werden als ‚soziale Kosten' der städtischen Bevölkerung aufgelastet, als deren ‚Gemeinschaftsinteresse'" (W. Nahr).

Wie diese Belastungen aussehen, läßt sich etwa an der 30%igen Tariferhöhung 1972 bei den Massenverkehrsmitteln konkretisieren, an der Streichung der 20 Mio DM für 2 Schulbauten und ein Altersheimprojekt oder am Olympischen Dorf, das als city-nahe Musterstadt ein Vorbild sozialen Wohnungsbaus werden sollte: für die auf verbilligtem öffentlichen Boden errichteten Wohnungen schraubten die Baugesellschaften den qm-Preis von ursprünglich 6,22 DM auf 14,35 DM: „Eine Art Naturgewalt von unbeeinflußbarer Eigengesetzlichkeit" (Bayernkurier)!

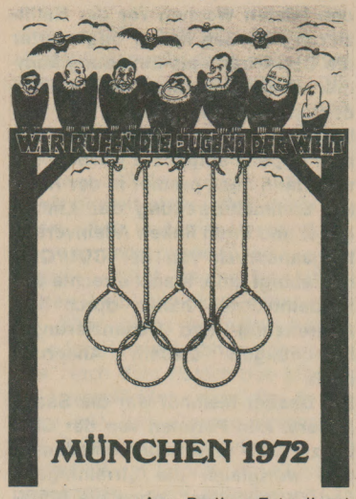
Nun lassen sich die Krisentendenzen im Hinblick auf langfristige Entwicklungsplanung sowie die den Interessen der Bevölkerung nicht entsprechenden Investitionen anläßlich der Spiele weitgehend in Zusammenhang bringen mit den anarchischen Bedingungen des ökonomischen Systems, dem sie unterworfen sind. Andererseits: daß etwa die neue U-Bahn nur während der 16 olympischen Tage ausgelastet ist, während die großen Wohngebiete weiterhin unter schlechten Verkehrsverbindungen leiden, daß die olympischen Anlagen nicht, wie ursprünglich geplant, vorbildliche Freizeiträume werden, da sie zu spezifisch auf die Wettkampfbedingungen ausgerichtet sind und das Geld für weitere Ausgestaltung fehlt, weist auf das Versagen bzw. Desinteresse der öffentlichen Kontrollorgane hin. Es ist zu erklären aus der Funktion, die den Olympischen

Spielen von politischen Instanzen beigemessen wird. Von hier aus läßt sich auch die oben erwähnte Verselbständigung der Organisation näher begreifen. „Keine große Partei kann sich erlauben, gegen die Olympischen Spiele zu sein", frohlockte der Olympia-Pressechef.

Anläßlich der Spiele in München soll nach dem Willen der Bundesregierung der Welt das neue Deutschland vorgeführt werden. Das Andenken an die faschistische Herrschaft, der die Olympischen Spiele 1936 zu einer großen innen- und außenpolitischen Demonstration verhalfen, soll endgültig ausgelöscht werden. Nach Genscher soll gar „unsere ganze Gesellschaft an München und den Olympischen Spielen" gemessen werden können. Ob es tatsächlich gelingt, das Bild von der BRD in der Weltöffentlichkeit aufzupolieren (Aufwertung gegenüber der DDR), indem eine perfekte Organisation, eine Darstellung der technischen, architektonischen, künstlerischen und ökonomischen Möglichkeiten geboten wird, ist kaum auszumachen. Wichtiger dürfte auch die innenpolitische Bedeutung sein: das Gelingen der olympischen Veranstaltung kann in eine Bestätigung des politischen und ökonomischen Systems umgemünzt werden. Eine solche Bedeutung hatte schon Coubertin 1919 angesichts der revolutionären Kämpfe der Arbeiterklasse den Olympischen Spielen geben wollen: „Nun muß das Leben der proletarischen Jugend von der Freude am Sport durchdrungen werden. Es muß dies geschehen, weil sie das billigste Vergnügen, das dem Prinzip der Gleichheit am besten entsprechende, das wirksamste gegen den Alkohol und das produktivste an beherrschten und kontrollierten Energien ist."

Olympische Spiele sind bis heute zu deuten als Versuch, die vermeintliche Interessenidentität von Herrschenden und Beherrschten zu installieren oder zu stärken. Während noch bis 1936 die Betonung kultischer Formen genau kalkuliert war, um die den sportlichen Wettkampf kennzeichnenden Prinzipien wie notwendige Hierarchie, selbstlose Leistung, Anpassung an vorgegebene Normen als sozusagen naturgeben und als objektiv notwendig für alle gesellschaftlichen Bereiche zu vermitteln, verschiebt sich diese Funktion heute auf die technisch perfekte Organisation (Charakteristisch: Abschlußzeremonie mit Helium-Regenbogen für 350 000 DM). Der Kult, unter den Bedingungen einer politisierten Arbeiterschaft als Mittel sozialer Kontrolle eingesetzt, indem er die Unmöglichkeit einer Einflußnahme, den schicksalhaften Ablauf des Geschehens demonstrierte, wird für ein über Konsum befriedetes Publikum sekundär.

„Für die breite Mittelschicht sind die Olympischen Spiele, vor allem in ihrer sachlichen, zugleich aber unerbittlich mit Leistung gekoppelten Heiterkeit der fetischartige, von allen strukturellen Bestimmtheiten scheinbar völlig gelöste, mythische Ausdruck des Bedarfs an selbstkontrollierten, leistungsorientiertem, in gewissem Grade technisch selbständigem Handeln, den das System der Arbeit gegenüber dieser Schicht produziert und das mit Gratifikationen materieller Art und mit Aufstiegschancen ‚belohnt' wird ... Für die Unterschicht dagegen sind die Olympischen Spiele vor allem in ihrem perfekten orga-



Aus: Berliner Extradienst

nisatorischen Ablauf fetischartiger, mythischer, nicht durchschauter Ausdruck des Bedarfs an sich unterordnenden, Autorität und standardisierte Regeln respektierendem, die Einhaltung äußerer Verhaltensnormen erfordernden Handelns, den das System der Arbeit — in seiner kapitalistischen Organisation — gegenüber dieser Schicht hervorbringt ... Ist Perfektion für die Mittelschicht selbstverständliche Voraussetzung heiteren Konsums, so wird sie für die Unterschicht zum Prüfstein für die Solidarität des Systems" (U. Prokop, S. 124 f., s. Literaturliste).

Hiermit soll angedeutet werden, daß eine relevante Kritik sich nicht an der krassen Kommerzialisierung der Olympischen Spiele festmachen kann, wie sie sich etwa an dem Werbeaufwand der an der Organisation beteiligten Firmen oder an der Indienstnahme olympischer Symbole für den Absatz aller denkbaren Konsumgüter zeigt: Werbeagenturen („Nützen Sie die Werbewirksamkeit der Olympischen Spiele 1972 — so preiswert wie möglich") schätzen, daß jede fünfte Werbekampagne in diesem Jahr sportliche Motive haben wird.

Eine moralisierende Kritik an diesen Erscheinungsformen würde übersehen, daß sich mit der historischen Entwicklung Strukturmerkmale in den Olympischen Spielen (und im Sport generell) festgesetzt haben wie perfekte Organisation, individuelle Selbstverleugnung, Heiterkeit, Kult, die die verdinglichten, Herrschaft implizierenden Beziehungen der Menschen „fetischartig" manifestieren.

Diesem System sind natürlich die Sportler selbst — scheinbar freiwillig — auch unterworfen. Die Teilnahme an den Olympischen Spielen, die gewisse ideelle und materielle Privilegien in Aussicht stellt, erfordert nicht nur die Anpassung an die oben beschriebenen Normen olympischer Rationalität. Der Spitzensportler hat sich vielmehr ständig — das ist Voraussetzung für Erfolge — praktisch kapitalistischen Arbeitsbedingungen anzupassen. Um sportliche Siege zu erringen, muß er seine körperliche Leistungskraft (Arbeitskraft) einem Verein verkaufen, dessen Rationalität sich am Erfolgsprinzip orientiert. Daß Prinzipien kapitalistischer Wirtschaftsbetriebe übernommen werden, zeigt sich nicht nur in Bundesligafußballvereinen, sondern verwirklicht sich auch immer mehr in den Bereichen olympischer (Amateur-) Disziplinen. Dabei setzt sich auch hier durch, daß die maßgeblichen Steuerungen von zentralen Bürokratien ausgehen. („Wir müssen endlich dynamische Persönlichkeiten in die Verbandsleitungen einsetzen, die sich in ihrem Denken und Handeln am Erfolgsdenken der Wirtschaft orientieren ... einer zentralen Stelle muß die Macht gegeben werden", G. von Opel. „Moderner Leistungssport ist nur dann möglich, wenn genügend investiert und richtig gemanagt wird", Wirtschaftswoche.)

Seit dem die Olympischen Spiele nach der BRD vergeben wurden, ist ein optimales System entwickelt worden, das eine perfekte Organisation auch zur Medaillenerringung gewährleisten soll: Die „Deutsche" Sportkonferenz bildet die Verbindung von Sport und staatlichen Instanzen (Vorsitzender: Genscher), der Bundesausschuß zur Förderung des Leistungssports plant und dirigiert alle wichtigen Maßnahmen zur Erhöhung der Gewinnaussichten, die „Deutsche" Sporthilfe stellt die materiellen Mittel bereit, auf die die Sportler existentiell angewiesen sind, wenn sie Hochleistungssport treiben. So verstehen die Sportler selber immer mehr ihr Training und ihren Sport als Arbeit; durch die bürokratisch-rationellen Trainingsmethoden und die immer stärkere Spezialisierung gleichen Höchstleistungssport und Industriearbeit einander strukturell. Der Hochspringer Zacharias bezeichnet sein Verhältnis zur Sporthilfe als „Arbeitnehmer-Arbeitgeber-Verhältnis". Kein Wunder, daß der Sporthilfe-Vorsitzende Neckermann seine Kapitalfreude zu Spenden und Engagement (Sporthilfe-Kuratorium ist mit über 100 Vertretern von Großbanken und -industrie besetzt) für den Sport gewinnen konnte. „Im Sport müssen wir alle sozialen Unterschiede verwischen. Aus diesem Grunde habe ich den Vorsitz in der Sporthilfe übernommen" (Neckermann).

Auch von der Seite des Sportler-Individuums läßt sich auf die Sinnlosigkeit der Olympischen Spiele hinweisen: daß sich diese Menschen unmenschlichen Strapazen aussetzen, die lebenslange körperliche Schäden zur Folge haben (Olympia-Sportarzt Dr. Klümper spricht von der „Olympiade der kaputten Athleten"), während die körperliche Leistungsfähigkeit und Sensibilität der allgemeinen Bevölkerung sich rapide verschlechtert. Es ließe sich weiter hinweisen auf das Außerkraftsetzen traditioneller Rechtfertigungen der Olympischen Spiele: etwa die These von der Völkerfreundschaft und -verständigung wird durch die Rigidität des Wettkampfes unmöglich gemacht (in München soll sie nun ersatzweise im Jugend- und Studentenlager gepflegt werden). Die ideologischen Behauptungen einer Emanzipation der Entwicklungsländer sowie von Angehörigen unterer Schichten der kapitalistischen Länder durch die Olympischen Spiele sollen hier nur zur Charakterisierung einer Sportwissenschaft gegeben werden, die in solchen Apologien ihre unkritische Haltung beweist. Sich auf eine solche Kritik einlassen erweckt die Illusion, daß der gute Sport „an sich" nur von sogenannten „Auswüchsen" bedroht sei; stattdessen müssen die Strukturmerkmale der Olympischen Spiele in Zusammenhang gebracht werden mit den kapitalistischen Herrschaftsformen und ihrer historischen Entwicklung.

FRANZ DWERTMANN

Literatur zum Thema Sport: Böhme u. a.; Sport im Spätkapitalismus, Limpert-Verlag, Frankfurt 1971 (dieser Titel kann zum Preis von DM 12.80 über den Bücher- & Papervertrieb bezogen werden); Henschen/Wetter, Anti-Olympia, Hanser-Verlag, München 1972; Ulrike Prokop, Soziologie der Olympischen Spiele, Hanser-Verlag, München 1971; B. Rigauer, Sport und Arbeit, Suhrkamp-Verlag, Frankfurt 1969; G. Vinnai, Sport in der Klassengesellschaft, Fischer-Verlag, Frankfurt 1972.

Schröder macht's möglich

Wenn es noch eines Beweises bedarf für den manipulativen Charakter von Antikommunismus, der ältere Staatsmann Schröder hat ihn mit seiner China-Reise geliefert. Konnte lange Zeit die Volksrepublik China hier nur als Inkarnation des Bösen dargestellt werden, so darf nun Gerd Ruge aus seinen Aufnahmen anläßlich des Schröder-Besuchs einen Fernsehfilm zusammenschneiden und über die Kisten flimmern lassen, wie man ihn vor kurzer Zeit nur von eingefleischten Maoisten erwartet hätte. Alles wird darin positiv bewertet und die wenigen Kritiken sind mehr wohlmeinende Ratschläge und deshalb falsch — so: China hat bewußt eine Verzögerung seiner Entwicklung in Kauf genommen und weitgehend auf Auslandskredite verzichtete. Ei, da sehe man sich einmal an, wie weit die anderen mit ihren Krediten gekommen sind, weit abgeschlagen! Im-

merhin! Seit Schröders Besuch in China, seit Ruges Film gesendet über ein so offizielles Medium wie das 1. Programm, ist China der Dämonie entkleidet. Was Hans darf, darf Hänschen noch lange nicht. Hätte ein H. Eppler so über China gesprochen wie der Rechte Schröder, er wäre von einer aufheulenden Reaktion endgültig als Kommunist entlarvt worden. Immerhin, sachlichere Analyse chinesischer Leistung und Politik wird jetzt auch in der BRD möglich sein, Vorurteile werden abgebaut werden.

An dieser neuen Situation ist nicht so interessant aus welchen Gründen Schröder reiste. Wahltaktik und Positionsausbau in seiner Partei geben hinreichende Erklärung. Selbstverständlich ist auch das Interesse der Industrie an der Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Denn China könnte mehr als bisher wichtiger Kunde für die Schwerindustrie sein, die Ausrüstungsgüter, ganze Fabrikanlagen liefert. Da möchte man nicht zu spät kommen und sich nichts verbauen. Wie fast schon selbstverständlich nimmt man auch hin, daß Peking mit den reaktionärsten Kräften der BRD sein diplomatisches Puzzle spielt, daß es gerade einen Vertreter derjenigen Gruppe einlädt, die immer mit dem Gedanken an eine Erpressung der Sowjetunion durch eine engere Beziehung zu China gespielt hat, während es die Offerte der sozialliberalen Regierungs-Koalition mit der erklärten Bereitschaft zur Aufnahme von Beziehungen unbeantwortet läßt.

Interessant an dem Vorgang ist vielmehr, wie perfekt die Massenmanipulation funktioniert, daß sie Feindbilder von einem Tag auf den anderen beiseite schieben kann, ohne sich auch nur die Mühe zu machen, Argumentationen aufzubauen, die eine neue Lage und deshalb eine neue Einstellung darzulegen suchen. Man ist sich anscheinend der Entpolitisierung sehr sicher.

Ein Dilemma zeigt die Reise Schröders allerdings doch auf: Wir haben keine richtigen Feinde mehr. Mit den Russen koexistieren und entspannen wir und versuchen den Modus vivendi für Europa in Vereinbarungen festzulegen. Die Chinesen erweisen sich als disziplinierte und fleißige Arbeiter und geben damit auch keine einschüchternden Feinde mehr her. Wer bleibt uns da eigentlich noch? Die FAZ weiß hier Rat: „Es sind jene als-ob-Analysen, die eine demokratische Ordnung als Unterdrükkungsapparat denunzieren, es ist die Kultivierung des politischen Hasses, der zwielichtige Ratschlag zum Gebrauch von Gewalt, nicht jetzt, aber auf bald, und eine krause idealistische Philosophie, die Demokratie, Rechtsstaat und Menschlichkeit zunächst mit Hilfe ihres Gegenteils zu vervollkommnen sucht. Es gibt nicht nur kriminelle Gewalttätigkeit, es gibt auch kriminelle Politik, und deren Lehrer und geistige Führer. Schreiben und Reden sind soziale Tätigkeiten. Die demokratische Konvention bürgerlicher Gewaltlosigkeit läßt sich nicht folgenlos, etwa bloß in Gedanken oder Worten, durchbrechen. Taten folgen früher oder später von allein. Es gilt diese Ordnung zu schützen. Deshalb ist es auch konsequent den Radikalen den Beitritt zum öffentlichen Dienst zu verweigern“ (FAZ 1. 7. 72).

Nun, der kommende Wahlkampf wird, wenn auch nicht das Thema China, so doch das Thema der neuen Feinde mit Kraft wieder aufgreifen, denn die Forderung nach Law and Order braucht ihre Begründung, denn nur der furchtsame und eingeschüchterte Kleinbürger wählt rechts. Deshalb muß man ihm seine Feinde zeigen. Manipulation ist heute so weit entwickelt, daß Feindbilder nach Belieben ausgetauscht werden können. Nach der Reise nach China wird in das Passepartout über das Bild des blutrünstigen sowjetischen Kommunisten und das der alles überschwemmenden blauen Ameisen nun endgültig das neue Bild des potentiellen links-radikalen Gewalttäters geschoben werden.

ANDREAS BURO

FAZ-Lügen – Die Linke als Wahlkampf-munition

Seit Monaten versuchen rechte Politiker und Publizisten eine starke sozialistische Linke in der Bundesrepublik und vor allem in der Sozialdemokratie nachzuweisen, um die SPD gegenüber der Masse der entpolitisierten Wähler als sozialistisch-gesellschaftsrevolutionierende Partei (was sie bekanntlich leider nicht ist) anzuprangern und ihr die fünf oder mehr Prozent Pendler-Wähler zu entreißen, die noch für den allchristlichen Wahlsieg erforderlich sind. Als es gegen die Ratifizierung der Ostverträge ging, war plötzlich das ideologische Selbstbewußtsein vorbei, mit dem die Strauß' den „freien“ Geist nach Osteuropa exportieren wollten. In den letzten Wochen vor der Ratifizierung wurden immer ungenierter die Ostverträge als Einladung kommunistischer Bazillen in die Bundesrepublik interpretiert. Um die SPD zu schlagen, mußte die DKP zum Popanz aufgebaut werden, die sich dann auch prompt in der Rolle als Sammelbewegung der Linken gefiel und ihren linken Alleinvertretungsanspruch von der CDU/CSU beglaubigt fand. Manche rechte Sozialdemokraten halfen durch ihre Abgrenzung- und Distanzierungsbemühungen diesem Anspruch nach.

Bei Baader-Meinhof war die Sache anders. Alle Parteien von der CSU bis zur DKP verurteilten einstimmig und wortgleich die „Irrsinnigen“ und „Kriminellen“, ohne die Situation zu analysieren, in der einige Linke in den von der sozialistischen Arbeiterbewegung schon lange theoretisch und praktisch überwundenen individualistischen Terror zurückflüchten konnten. Nur ein paar Linksliberale und Sozialisten versuchten, die politische Funktion der Hatz auf die bombenlegenden Rotarmisten aufzudecken, die zu einer Gefahr für die Demokratie in der Bundesrepublik hochstilisiert wurden.

Da beim besten Willen der DKP keine Ruhe- und Ordnungsstörung nachzuweisen war, konzentrierten sich nun die politischen Saubermänner auf den ideologischen „Humus“ (die Blut- und Boden-Sprache dringt immer wieder durch) der Studentenbewegung an den Universitäten, auf die Seifert, Brückner, Negt und Mandel.

Offensichtlich, um in dem angelaufenen Wahlkampf nachzuweisen, wie stark die sozialistische Unterminierung der kapitalistischen Grundordnung schon ist, die vor allem auch im Schoß der SPD genährt werde, diente diesmal die untenstehende Protokoll-Notiz des Sozialistischen Büros, die an ca. 50 Genossen per Drucksache verschickt worden war, als Anhaltspunkt. FAZ-Schopen reicherte die Quelle durch demagogisch wirkungsvolle politische Phantasie in einem Dreispalter unter der Schlagzeile „Rudi Dutschke will eine neue Partei gründen: ‚Zwischen SPD und KPD' / Besuch des ehemaligen SDS-Vorsitzenden bei linken Gruppen“ an. Weder war mit Rudi Dutschke über eine Parteigründung gesprochen worden, noch konnte irgendeine Bemerkung in der Protokoll-Notiz einen solchen Eindruck erwecken. Andere schöpferische Auslegungen fallen diesem Wahlkampfgag gegenüber ab. Aus dem Sozialistischen Zentrum in Stuttgart wurden gleich mehrere gemacht; die diversen KP-Avantgarden zur „verbotenen Kommunistischen Partei Deutschland“ aufgewertet. Der Berliner Extra-Dienst konnte sich eine solch wundersame Wandlung des Inhalts einer Protokoll-Notiz in eine Anti-SPD-Wahlkampfmasche nur durch die mündlichen und unvollständig vermittelten Priesterdienste des Geheimdienstes vorstellen. FAZ-Schopen jedoch versicherte: „Im Gegensatz zu Ihrer Behauptung (von der mündlichen Information durch den Geheimdienst) befinde ich mich im Besitz eines Originalprotokolls der erwähnten Besprechungsniederschrift . . .“.

Nachdem Andreas Buro die sensationelle Nachricht für den stets klugen Kopf gegenüber der Deutschen Presseagentur schlicht als „Quatsch“ gekennzeichnet hatte, dementierte die FAZ ihre Verwurstung der Protokollnotiz in der folgenden Weise: „Sozialistisches Büro: Keine Dutschke-Partei. Dr. Andreas Buro vom „sozialistischen Büro“ in Offenbach hat am Donnerstag Bonner Zeitungsberichte (sic!) zurückgewiesen, wonach das ehemalige SDS-Vorstandsmitglied Rudi Dutschke zusammen mit linken Gruppen in der Bundesrepublik und dem „sozialistischen Büro“ an die Gründung einer eigenen linkssozialistischen Partei denke...“. Das Sozialistische Büro gibt sich keinen Illusionen über die tatsächliche Stärke des sozialistischen Potentials in der Bundesrepublik hin. Unsere Aufgabe kann es nur sein, die Kooperation unter autonomen sozialistischen Gruppen und Basisorganisationen zu vermitteln und bei deren Aufbau mitzuwirken, sowie außerdem in derzeit bestehenden Arbeiterparteien die Elemente einer demokratischen sozialistischen Politik durch unsere theoretische, publizistische und praktische Arbeit zu unterstützen.

EGBERT JAHN

Materialien zur FAZ-Partei

Protokollnotiz des Sozialistischen Büros vom 7. 7. 1972 über Dutschkes Besuch

Rudi Dutschke hatte auf einer Informationsreise durch Westdeutschland auch das Sozialistische Büro besucht. An dem Gespräch beteiligten sich vom Büro Andreas Buro, Kirsten und Gert Schäfer, Edgar Weick und Klaus Vack. Das Gespräch hatte informatorischen Charakter, wobei sich in den meisten zentralen Punkten weitgehende Übereinstimmung der Einschätzung der Situation der Linken und ihrer Arbeitsansätze feststellen ließen. Rudi Dutschke war aus Stuttgart gekommen, wo er Gespräche mit dem Sozialistischen Zentrum und auch der Plakat-Betriebsgruppe hatte. Ein Gespräch in Hannover (Negt u. a.) stand noch auf seinem Programm. Rudi Dutschke hat die Folgen des Attentats gut überwunden. Seine politische Wahrnehmungsfähigkeit ist ausgezeichnet. Er will noch einige Zeit in Dänemark bleiben und sich vorerst durch weitere Informationsreisen nach und nach wieder politisch in Deutschland akklimatisieren.

Eine besondere politische Gefahr für die Entwicklung der sozialistischen Linken spezifisch im Universitätsbereich sieht Rudi Dutschke in den Versuchen der KPD/AO, in allen westdeutschen Universitätsstädten Fuß zu fassen. Dabei ist es von Bedeutung, daß die AO neben der „Kaderbildung“ eine Art Liga-Politik betreibt, um andere dogmatische und halbdogmatische Gruppen (ML-Reste, KSVs, NRF, Salz o. ä.) zu integrieren. Rudi Dutschke hält es für notwendig, daß sich die undogmatische sozialistische Linke in der nächsten kürzeren Zeit theoretisch und politisch von der KPD/AO abgrenzen müßte. Ob er dazu für „links“ etwas schreiben kann, hängt auch von den dazu erforderlichen Informationen ab.

Es wurde mit Rudi Dutschke vereinbart, in Verbindung zueinander zu bleiben und evtl. im Herbst in Dänemark ein politisches Gespräch zu führen, das evtl. in „links“ protokolliert werden könnte.

Brasilien: eine Diktatur läßt sich feiern

Komitee Europa—Lateinamerika

Die brasilianische Militärdiktatur feiert am 7. September den Tag, an dem das Land vor 150 Jahren von Portugal unabhängig wurde. Zwar steht Brasilien mehr denn je unter der Kontrolle imperialistischer Konzerne und Regierungen, aber die Militärs werden wieder einmal das Image eines unabhängigen, fortschrittlichen, stabilen und wirtschaftlich erfolgreichen Staates pflegen. Überall im Land wird eine Woche lang im Stil des populären Carneval gefeiert werden. Mit dieser Feier versucht die Diktatur erneut, sich den Rückhalt in der Bevölkerung zu verschaffen, um den sie sich schon oft bemüht hat, der sich aber nur zögernd einstellt. Die Brasilianer werden das progressive Image zum Teil akzeptieren. Die City von Sao Paulo oder Rio gehört nicht zu den Elendsgebieten der dritten Welt. Der kleine, entwickelte Teil Brasiliens hat den Sprung in die Reihe der Reichen und Mächtigen geschafft. Auch im Ausland wird das moderne Image Anklang finden. Zwar sind die Folterungen nicht weniger geworden, wohl aber die Berichte darüber. Brasilien gilt für viele als ein Land, in dem die Repression nach einer ersten, blutigen Phase der Unstabilität zurückgeht, und in dem sich langsam eine gemäßigte Diktatur durchsetzt, die versucht, die Probleme des Landes zu lösen. Nur wenige werden durchschauen können, daß das Jubiläum der Unabhängigkeit ohne jedes Recht gefeiert wird und ein Vorwand für Regierungspropaganda ist.

Brasilien trägt nach 150 Jahren seiner Unabhängigkeit immer noch die Züge eines halbentwickelten, in jeder Hinsicht abhängigen Landes. Nach dem Putsch des Militärs 1964 verstärkten sich die Symptome wie das abrupte Wachstum der Städte, die Orientierung der Wirtschaft am Export, die Klassengegensätze, der Aufschwung in einem kleinen, aber hochentwickelten Sektor, von dem aus das ganze Land kontrolliert wird. Als Ziel setzte sich die militärische Regierung in ‚Zusammenarbeit' mit ausländischen Interessen die Rationalisierung bzw. Modernisierung der brasilianischen Gesellschaft. Dies sollte der Regierungspropaganda nach durch Aufbau eines modernen, industriellen Sektors erfolgen, wozu es erforderlich ist, Investitionsmöglichkeiten zu erschließen.

Ab 1964 bemühte sich die Regierung, direkte Investitionen vom Ausland im industriellen Sektor heranzulocken.

Zunächst einmal wurden Finanz- und Steuermaßnahmen zugunsten von ausländischen Investoren vorgenommen. Produktionsmaschinerie durfte von ausländischen Herstellern – im Gegensatz zu inländischen – steuerfrei importiert und als Kapitalanlage in Höhe ihres der Tochtergesellschaft angebotenen Preises abgeschrieben werden. Ausländische Konkurrenz wurde durch hohe Zollgrenzen ausgeschaltet, um den Direktinvestoren einen sicheren Absatzmarkt zu garantieren, aber beim Export von im Lande produzierten Waren entfielen alle Steuern. In Bereichen, wo Konkurrenz zwischen staatlichen und privaten Betrieben bestand, wurden erstere reprivatisiert, aber nur da, wo ein Profit zu erzielen war, wie bei den Feinraffinerien, dem Verkauf von Energie, den staatlichen Motorenwerken. Die Erdölgewinnung und die unprofitablen Verarbeitungsstufen blieben der staatlichen „Petrobras" vorbehalten. Der Staat als Vertreter ausländischen Kapitals macht die Nation zu einer Profitenklave.

Das größte Staatsprojekt, der Bau der „Transamazonika" durch den Urwald, ist charakteristisch für das Brasilien von heute. Bevor diese Straße, die von der Küste bis an die peruanische Grenze führen soll, vom tropischen Regen hinweggespült werden wird, feiert die Diktatur sie als ihr eigenes Denkmal und als die Heldentat der Nation. Der nationale Zweck, dem das Großprojekt tatsächlich auch dient, ist die militärische Präsenz gegenüber den östlichen Nachbarländern. Ein anderer Aspekt ist alles andere als national: die Transamazonika erschließt eines der größten Eisenerzvorkommen der Welt für nordamerikanische Konzerne. In Brasilien blüht der Nationalismus, aber ihm fehlt die politische Basis eines produzierenden, nationalen Bürgertums. Deshalb zögerte die Regierung zunächst, die Bodenschätze des Landes an die Imperialisten zu verkaufen, nur um danach den Ausverkauf sogar zu legalisieren: „Das brasilianische Gesetz erlaubt (für Ausländer) Konzessionen für Grundbesitz nur bis zu 5000 ha" erzählt ein Techniker der Bethlehem Steel. „Des-

Es geht um das Leben eines Genossen

Vor einigen Wochen erhielt das Komitee Europa – Lateinamerika (KELA) von der brasilianischen Untergrundorganisation, der MR 8 (der Revolutionären Bewegung des 8. Oktober), einen Brief, der die neue Phase der Repression in Brasilien anschaulich wiedergibt. Der Brief lautet:

Liebe Genossen,

das Ziel dieses Dokuments ist, das Leben eines militanten brasilianischen Revolutionärs zu retten, der gegenwärtig im Gefängnis ist. Es ist Cesar Queiroz Benjamin, genannt „Minininho" (kleiner Junge).

Unser Genosse wurde am 30. August 1971 im Bundesstaat Bahia verhaftet. Als er verhaftet wurde, plante die brasilianische Militärdiktatur, ihn zu ermorden, was genau ihrer „Ausrottungspolitik gegenüber revolutionären Führern" entspricht. Während Cesar die grausamsten und raffiniertesten Folterungen erlitt, leugnete der Unterdrückungsapparat, daß er gefangen sei. Erst einen Monat später wurde seine Gefangenschaft offiziell von der Diktatur bestätigt, und das geschah wegen des Druckes, den seine Familie – mit Beweismaterial über seine Gefangenschaft – auf das Kriegsministerium ausübte.

Von diesem Augenblick seiner Haft bis heute, das heißt neun Monate lang, war unser Genosse Minininho ein besonderer Fall. Da er wichtige Aufgaben in unserer Organisation wahrgenommen hatte, obwohl er sehr jung ist, wird er als „Große Gefahr" betrachtet. Und mehr noch: da er sich unter all den harten Foltern als tapfer erwiesen hat und nicht eine einzige Information gegeben hat, und da er als ein Mann betrachtet wird, der die anderen moralisch sehr stärkt, wurde er fast die ganze Zeit über in einer Einzelzelle gefangengehalten.

Im Falle unseres Genossen Cesar gibt es aber noch eine andere wichtige Tatsache: als er gefangengenommen wurde, war er erst 17 Jahre alt. Daher kann er alle Taten, deren er angeklagt ist, nur vor seinem 18. Lebensjahr begangen haben und kann deshalb, nach den Gesetzen der Diktatur selbst, nicht vor Gericht gestellt werden.

Sie haben alles unternommen, um ihn gefangenzuhalten. Eine Ärztekommission nahm einen „psychologischen Test" an Cesar vor mit dem Ergebnis, daß er seinem geistigen Alter nach 35 Jahre alt sei. Das würde bedeuten, daß die brasilianische Diktatur ihn unbegrenzt in Haft halten könnte, denn Cesar hat sich in 32 Prozessen zu verantworten. Aber das Gesetz ist klar. Unser Genosse Minininho kann nicht verurteilt werden für etwas, das er getan hat, bevor er 18 Jahre alt war. Die Militärregierung ist verblüfft, denn sie hatte nicht erwartet, daß jüngere Leute zur Waffe greifen könnten, um gegen ihre Verbrechen zu kämpfen. Jetzt stellen sie fest, daß sie unseren Genossen nicht verurteilen können, wenn sie ihre eigenen Unterdrückungsgesetze anwenden.

Daraus ergibt sich die Möglichkeit, daß er ermordet wird.

Das ist keine Spekulation: wir wissen, daß hohe Offiziere die „Flucht" Minininhos planen, auf der er dann erschossen werden würde. (Wir weisen die Öffentlichkeit darauf hin, daß diese Methode von der Militärdiktatur verwendet worden ist, um diejenigen umzubringen, die sie für gefährlich oder für Führer halten.)

Angesichts dieser Situation schreiben wir dieses Dokument in der Hoffnung, daß Ihr der kriminellen Absicht der brasilianischen Militärdiktatur die größtmögliche Publizität verleiht. Ihr könnt helfen, das Leben unseres Genossen Cesar zu retten.

Er hat immer revolutionäre Kraft und Entschlossenheit gezeigt, vor und nach seiner Verhaftung. Da die Diktatur ihn nicht kleinkriegt, will sie ihn töten. Cesars Leben hängt von Eurer aller Solidarität ab. Wenn Ihr diese Tatsachen veröffentlicht, könnt Ihr die Pläne der Diktatur erschweren.

Zudem ist eine solche Veröffentlichung der elementarste Akt der Verteidigung der Menschenrechte und die Anklage eines neuerlichen Verbrechens der Militärdiktatur gegenüber dem brasilianischen Volk.

●

Dieser Ausgabe von „links" liegt eine Postkarte bei, die an den brasilianischen Justizminister geschickt werden soll, um dem Aufruf zur Solidarität konkret nachzukommen.

EUROPA-LATEINAMERIKA KOMITEE

halb wurde nur ein Gebiet im Namen unserer brasilianischen Tochtergesellschaft verlangt und 31 andere im Namen von Direktoren und älteren Angestellten der Firma."
Die brasilianische Regierung kam der Bitte der 31 Scheinfirmen nach, änderte aber nach zwei Jahren das Gesetz, erweiterte die Begrenzung der Gebietskonzession auf 50 000 ha und erlaubte der Gesellschaft den zusätzlichen Besitz von 30 000 ha. Insgesamt macht das für die US-Steel 80 000 ha. Die anderen 80 000 ha mußten in der Hand der staatlichen Cia Vale do Rio Doce bleiben, für die die Regierung in den Verhandlungen einen Aktienanteil von 51 % forderte. (Aus der brasilianischen Zeitschrift „Realidad")
Die Erschließung des unzugänglichen Amazonasgebiets hat ähnliche Züge wie die Eroberung des Landes durch die frühkapitalistischen Länder. Die indianische Urbevölkerung wird zum großen Teil ausgerottet. Es gibt Fälle von Menschenhandel: Ein amerikanischer Franziskaner, der mit einem Kanu tief ins Innere des Amazonasgebiets gefahren war, berichtete von Arbeitern, die mit Versprechungen zu Gummiplantagen angelockt wurden, und starben, bevor sie ihren Bestimmungsort erreichten. Wenigstens die Hälfte der Kinder starb. Später erzählte ein Arbeiter, wie es ihm zu fliehen gelang, indem er einen Baum fällte und für sich, seine Frau und seine zwei Kinder ein Kanu baute. Er und seine Familie brauchten 25 Tage, um in die Freiheit zu gelangen . . . „Verzweiflung und Furcht vor dem Tod zwangen mich zu fliehen, nachdem eines nach dem anderen meiner Kinder starben." (Newsweek, 3. Juli 72.)
Die Politik der Diktatur wird von Jubiläumspropagandisten und deutschen Entwicklungspolitikern dargestellt, als ob sie mit produktiver Mitarbeit ausländischen Interessen Brasilien aus seiner Unterentwicklung heraus leite. Es gebe in Brasilien eine progressive, unabhängige, unternehmerische Nationalregierung, die die Modernisierung des Landes anstrebe.
Es wird zwar in Brasilien eine Modernisierung erzielt, aber keine Modernisierung im Interesse des Volkes. Nach den Interessen ausländischen Kapitals soll die Sozialstruktur der potentiellen Weltmacht Brasilien permanent unterentwickelt bleiben. Es ist nicht einmal möglich, den inneren Markt zu erweitern, denn dies würde den Ausbau einer sozialdifferenzierten, konsumfähigen Arbeiterklasse erfordern. In einem Land, reich an Arbeitskraft, werden jedoch Jobs wegrationalisiert, gemäß dem Ziel, die dem Kapital entgegengesetzte Arbeiterklasse in eine Arbeiterelite umzuwandeln. Die in Brasilien angestrebte Modernisierung ist ausschließlich eine Modernisierung des Produktions- und Machtapparats, und zwar eine, die den veränderten Bedingungen neoimperialistischer Herrschaft entspricht.
Die brasilianische Bourgeoisie fungierte vor dem Staatsstreich Brancos als Machtvermittler zwischen inländischen Klassen und Interessen einerseits und zwischen nationalen und internationalen Interessen andererseits. Sie vertrat aber auch für sich das Interesse nationaler, kapitalistischer Entwicklung. Die ‚Linkswendung' Goularts, die den Anlaß zum Staatsstreich ausmachte, der Versuch nämlich, die politische Macht durch Bildung einer Koalition aus Elementen der Bourgeoisie, des Proletariats und der Bauernschaft zu behalten, setzte den Imperialismus einem Widerspruch aus. Die brasilianische Bourgeoisie wurde in dem Moment unzuverlässig für ausländische Kapitalinteressen, als die Aufrechterhaltung ihrer politischen Macht und die Förderung des nationalen Kapitalismus zu konvergieren anfingen. Imperialismus in seiner historisch ‚selbst-bewußten' Phase greift in die ‚Naturgeschichte' des Kapitalismus selbst ein. Er hat zweierlei Absichten – sowohl die proletarische als auch die bürgerliche Revolution in unterentwickelten Ländern zu verhindern. Eine Regierungselite wird in Brasilien unterstützt, der von vornherein die Möglichkeit und Notwendigkeit vorenthalten sind, eine gesellschaftliche Basis zu finden. Sie ist eine Schicht also, die dermaßen auf ausländische Unterstützung und Unterdrückungstechniken angewiesen ist, daß sie keine gesellschaftliche Basis braucht und keine finden darf. Die von der Diktatur angewandten Herrschaftstechniken sollen nicht nur dazu dienen, die brasilianischen Massen zu beherrschen, sondern auch die Beherrschung dieser Beherrscher zu garantieren.
Der Einsatz dieser Herrschaftstechniken heißt in der bürgerlichen Presse Modernisierung und Rationalisierung der brasilianischen Gesellschaft. Der Produktionssektor wird dadurch rationalisiert, daß durch die oben genannten Finanz- und Steuerpolitik die einheimische Produktionsbasis liquidiert wird. Um den Kampf gegen die Inflation endlich effektiv führen zu können, werden die Organisationen der Arbeiter abgebaut bzw. umfunktioniert. Um Preisstabilität zu erreichen und dadurch die zur Entwicklung notwendigen Investitionen anziehen zu können, wird der Ausbeutungsgrad erhöht. Die Universitäten werden technologisiert und ‚unproduktive' Intellektuelle entlassen. Auf dem Lande werden Rationalisierungsmaßnahmen vorgenommen, die einerseits die landwirtschaftliche Produktion kapitalistisch rentabler machen und andererseits die historisch überholte Kultur der Landbewohner abbauen. Die Rationalisierung der Landwirtschaft vertreibt die Landarbeiter in die favelas, wo sich totale Verwaltung und totale Vernachlässigung nicht mehr zu unterscheiden brauchen.
In der ersten Phase entsprachen die Terrormaßnahmen der kurzfristigen Notwendigkeit, schon bestehende Organisationsformen wie Gewerkschaften, die Bauernliga, Studentenvereinigung und intellektuelle Gruppierungen auszuschalten oder zu säubern. Massenverhaftungen wurden vorgenommen, die Folterungen sollten abschrecken. Teile der politischen Opposition gingen in den Untergrund.
Nach dem Abbau legaler Organisationen wurde die Bekanntmachung der Foltermaßnahmen strategisch ungünstig. Die Folter wurde verfeinert und dadurch effektiver. Neben den Knüppeln und Elektroschocks verwenden die Folterer Psychodrogen, leere, weißgetünchte Zellen und Dias. Ärzte und Psychologen werden eingesetzt, um den Punkt genau festzustellen, an dem die Widerstandskraft des Gefangenen am schwächsten und er dennoch bei Bewußtsein ist.
Es liegt nicht mehr im Interesse der Diktatur, ihre Grausamkeiten öffentlichkeit zu verbreiten.
Der anfängliche Terror diente einerseits dazu, die Massen zu disziplinieren, andererseits einen Spielraum zu schaffen, um die soziale Basis von potentiellem Widerstand abzubauen. Der inländische Terror bahnt ausländischen Interessen den Weg, die so ihr social engineering betreiben können. An der Peripherie der Metropolen fällt der Schein von Demokratie weg, wie etwa auch in Griechenland und der Türkei. Die westliche Welt soll sich damit abfinden, daß der autoritäre Staat der beste Garant einer Entwicklung Brasiliens in ihrem Interesse ist. Die Grenzen des akzeptablen Staatsverhaltens sollen so erweitert werden, daß der gemäßigte Terror dazu gehört und nicht mehr das Ansehen schmälert. In Wirklichkeit ist der gemäßigte Terror ein verschwiegener Terror, der sich gegen alle die richtet, die den Mut haben, sich dem imperialistischen Zugriff entgegenzustellen. Das Ausmaß des Terrors ist geblieben.

Ausgedehnter Handel mit der Ware Arbeitskraft: Millionen sind von Farm zu Farm unterwegs oder ziehen in die Elendsviertel am Rande der Großstädte.

Anfang Oktober erscheint Band II der Reihe
Studien zur Klassenanalyse

Projekt Klassenanalyse

LENINISMUS – neue Stufe des wissenschaftlichen Sozialismus ?

Zum Verhältnis von Marxscher Theorie, Klassenanalyse und revolutionärer Taktik bei W.I. Lenin

An Hand aller in deutscher Sprache zugänglichen Schriften Lenins wird in diesem Text versucht, den Zusammenhang zwischen Lenins Marx-Rezeption, seine Anwendung der Marxschen Theorie auf die historische Entwicklung in Rußland von 1894 bis 1923 und der daraus hervorgehenden Konzeption revolutionärer Taktik darzustellen.
Nach der systematischen Interpretation der Anwendung der Marxschen Theorie durch Marx selber auf die politisch-ökonomischen Verhältnisse Frankreichs 1848 bis 1871 in Band I dieser Reihe – „Zur Taktik der proletarischen Partei" – ist diese Interpretation des politisch-theoretischen Gesamtwerks von Lenin ein weiterer Versuch, das methodische Problem der Klassenanalyse zu lösen.

2 Halbbände, zusammen ca. 800 Seiten
Preis komplett DM 25,–
ISBN 3–87975–101–3
Bestellungen über den Buchhandel
oder direkt beim Verlag

VSA Verlag für das Studium der Arbeiterbewegung
1 Berlin (West) 21, Putlitzstraße 14

Die systemstabilisierende Funktion der Auswanderung in den Emigrationsländern

Marios Nikolinakos

Neueste Untersuchungen zum Thema der ökonomischen Auswirkungen der Auswanderung aus den peripheren Ländern Europas kamen zu negativen Ergebnissen. Die ökonomische und soziale Entwicklung der Emigrationsländer wird durch die Auswanderung nicht gefördert. Vielmehr ist der Endeffekt der Auswanderung die Sicherung des Wohlstandes und des Wachstums der Aufnahmeländer (1). Es stellt sich deshalb die Frage, welches nun die wahre Funktion der Auswanderung für die Emigrationsländer ist. Wenn nun der Kapitalismus der Aufnahmeländer der Hauptnutznießer aus der Emigration ist, muß es auch jemanden in den Emigrationsländern geben, der gemeinsame Interessen mit dem Kapital in den Industrieländern hat. Bekanntlich haben wir es in den Emigrationsländern fast ausnahmslos mit von Oligarchien getragenen diktatorischen Regimen zu tun. Diese Oligarchien haben Interesse daran, das herrschende Wirtschafts- und Gesellschaftssystem zu stabilisieren und zu verewigen, weil sie nur dadurch ihre privilegierte Stellung sichern und beibehalten können. Auf der anderen Seite besteht auch seitens des Kapitals in den Einwanderungsländern Europas Interesse daran, daß die ökonomischen und politischen Strukturen in den Emigrationsländern bewahrt bleiben, weil es nur dadurch dem europäischen Kapital möglich ist, diese Länder dem Wirtschaftsraum der Industrienationen Europas verbunden zu halten, entweder als Absatzmärkte oder als Stützpunkte zur Eroberung von Märkten im Nahen Osten oder Afrika. Der Emigrationsprozeß dient der Allianz von Interessen zwischen dem Kapital in den europäischen Industrieländern und ökonomischen Oligarchien und dem Bürgertum in den peripheren Emigrationsländern Europas. Im folgenden sollen die Mechanismen aufgezeigt werden, die aus der Emigration kurzfristig und langfristig einen stabilisierenden Faktor der in den Emigrationsländern herrschenden Systeme machen.

Die Puffer-Funktion der Auswanderung

Durch die Auswanderung von Arbeitslosen werden die in den Emigrationsländern vorhandenen „Revolutionsreserven" vermindert. Grob gesagt bedeutet die Auswanderung kurzfristig den Export von „Revolution". Wir haben andernorts in diesem Zusammenhang von einem „Revolutions-Koeffizienten" gesprochen (2). Die in den Herkunftsländern herrschende Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung schafft ein Revolutionspotential, das zu Fehlentwicklungen für die Herrschenden führen kann. Diese Arbeitslosigkeit hat folgende Ursachen:

Das Ausbildungssystem ist veraltet und nicht den Bedürfnissen der Industrialisierung angepaßt. Der Nachfrage nach Fachkräften steht ein Angebot aus ungelernten oder nicht technisch orientierten Arbeitskräften gegenüber.

Die Rationalisierung der landwirtschaftlichen Produktion stellt Arbeitskräfte frei, die die langsamer voranschreitende Industrialisierung nicht aufnehmen kann.

Da die Industrialisierung sich ihrerseits ausweitet, jedoch aufgrund kapitalintensiver Methoden, ist sie nicht in der Lage, entsprechend den Arbeitsreserven Arbeitsplätze zu schaffen.

All dies führt dazu, daß einerseits die in die Städte strömenden Massen zwar zu einem gewissen Teil in den Produktionsprozeß aufgenommen werden, es jedoch dem größeren Teil davon gelingen muß, durch Zufallsarbeiten und Kleinhandel (Schuhputzer, Straßenverkäufer aller Art usw.) zu überleben.

Andererseits formiert sich auf dem Land ein Landproletariat, das mit der Landwirtschaft verbunden bleibt und sich erst dann nach den Städten bewegt, wenn Arbeitsmöglichkeiten vorhanden sind. Solange kein Ausweg für die Arbeitslosen gefunden wird, stellen sie ein „Revolutionspotential" dar. Der „Revolutions-Koeffizient" bekommt einen hohen Wert, der in Spannungen Ausdruck findet: Politische Agitation, Streiks, Unruhe. Die Entwicklung in der Türkei und in Griechenland ist diesbezüglich sehr einleuchtend. Zur Systemstabilisierung sind die herrschenden Klassen mittels des Staates gezwungen, Auswege zu finden, die diese Spannungen harmonisieren und dadurch den „Revolutions-Koeffizienten" minimieren. Entweder muß der Staat dann Maßnahmen ergreifen, die das Los der Arbeitslosen verbessern, oder er muß mit Härte gegen sie vorgehen. Der Export des Revolutionspotentials zählt zu den „milden" Maßnahmen der herrschenden Klasse. Dies ist gerade die neutralisierende Funktion (= Puffer-Funktion) der Auswanderung für die Emigrationsländer. Die Errichtung einer Diktatur erfolgt erst, wenn die Spannungen durch die schon ergriffenen Maßnahmen der herrschenden Klasse nicht beseitigt werden können. Zu diesem Zeitpunkt hat der „Revolutions-Koeffizient" seinen höchsten Wert erreicht, wobei eine soziale Revolution, die das herrschende System stürzen wird, vor der Tür steht. Dieser Revolution kommt die Diktatur zuvor. Durch die unbegrenzte Auswanderung wird dafür gesorgt, daß der „Revolutions-Koeffizient" niedrig bleibt.

Es muß besonders hervorgehoben werden, daß die Auswanderung das individuelle Problem der Auswanderer, jedoch nicht aller, löst (3). Die in ihrer Existenz bedrohten Arbeitslosen sehen in der Auswanderung meist die einzige Rettung, denn sie stehen vor nur zwei Möglichkeiten: entweder die „Revolution" zu machen oder weiter zu vegetieren. Wenn die Revolution nicht auf der Tagesordnung steht, ist es verständlich, daß ihnen die angebotene Auswanderung als der einzige Weg erscheint, aus ihrer Misere herauszukommen. Diejenigen, für die die Auswanderung nicht nur die Sicherung ihrer Existenz, sondern auch eine berufliche und soziale Steigerung bedeutet, werden dadurch „entrevolutioniert". Sie werden für das System gewonnen. Diejenigen, die nach ihrer Rückkehr noch im alten, ihnen bekannten Zustand sind, bilden weiterhin ein revolutionäres Potential, für dessen Abbau die Rotation sorgt. Daß es der herrschenden Klasse darum geht, die Revolutionsreserven loszuwerden, und daß die Auswanderung als eine Lösung des individuellen Existenzproblems gedacht ist, kommt klar darin zum Ausdruck, daß die herrschenden Klassen die Emigration überhaupt nicht organisiert haben, daß sie sich um das Los der Emigranten nicht kümmern, außer im Falle, daß die Gefahr, daß sie sich radikalisieren, gebannt wird. In den Anwerbungsabkommen mit den Aufnahmeländern findet man kaum Regelungen, die die Emigration als ganzes Problem anpacken.

Die Interessen des Kapitals

Diese Anwerbungsabkommen sorgen für die Sicherung der Aufnahmeländer, organisieren die Einwanderung, nicht die Auswanderung. Letztere ist den Bedürfnissen der Einwanderung angepaßt. Die herrschenden Klassen sind sogar bereit, für die Fachausbildung der Auswanderer nach den Bedürfnissen des ausländischen Kapitals selbst zu zahlen, um die Arbeitslosen loszuwerden (4).

Damit ist jedoch der kurzfristige bzw. mittelfristige Stabilisierungseffekt der Auswanderung dargestellt. Durch die Auswanderung wird jedoch auch ein langfristiger Stabilisierungseffekt erzielt, der dazu tendiert, das herrschende System zu verewigen.

Es wurde eingangs behauptet, daß eine Gemeinsamkeit von Interessen zwischen Kapital in den europäischen Industrienationen und den Oligarchien in den peripheren Emigrationsländern Europas besteht. So liest man in den „Grundsätzen zur Eingliederung ausländischer Arbeitnehmer", die der Koordinierungskreis „Ausländische Arbeitnehmer" beim Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung ausgearbeitet hat, daß die Ausländerbeschäftigung „zugleich für die Abgabeländer politisch, sozial und wirtschaftlich von großem Nutzen" ist (5). An anderer Stelle artikuliert sich die Angst vor der Radikalisierung der Gastarbeiter in dem Hinweis auf die Gefahr, daß die Gastarbeiter Opfer „demagogischer Manipulation werden. Diese Gefahr könnte unabsehbare Folgen haben, wenn die Massen der ausländischen Arbeiter abrupt zur Rückwanderung veranlaßt würden und ihnen in den Heimatländern keine halbwegs entsprechenden Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt werden könnten. Bei der zunehmenden Verflechtung der europäischen Länder und der Gemeinsamkeit ihres Schicksals wäre eine solche Entwicklung für alle Betroffenen folgenschwer" (6). Der ehemalige Vorsitzende der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände, Balke, äußerte sich 1966 ähnlich: Man sollte, sagte er, die politischen Einwirkungsversuche sehr sorgfältig beobachten, da „aus unserer Sicht kein Interesse daran besteht, die bei uns beschäftigten ausländischen Arbeitnehmer als angelernte Kommunisten in ihre Heimatländer zu entlassen. Für viel wirksamer halte ich die Demonstration der Überzeugung, daß unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung dem Arbeitnehmer mehr bietet. Das sollte nicht durch Kritik an den politischen Verhältnissen in den Heimatländern geschehen, um nicht das Mißtrauen zu wecken, als wollten wir in die inneren Angelegenheiten dieser Länder eingreifen." „Die taktvollste und unauffälligste Art einer Belehrung ist und bleibt der Anschauungsunterricht, d. h. das Vertrautmachen mit den Lebensformen unserer freiheitlichen Ordnung" (7). Noch ein eindrucksvolles Zitat von der Arbeitgeberseite: „Nicht zuletzt spielt auch die Überlegung eine Rolle, daß die wirtschafts- und sozialpolitischen supranationalen Zusammenschlüsse letzten Endes aus der Notwendigkeit der Verteidigung unserer frei-

heitlichen Ordnung geboren worden sind, und daß diese Zusammenschlüsse als Vorläufer eines politischen Zusammenschlusses notwendig sind, um den Gefahren, die uns auf politischem Gebiet drohen, entgegenzuwirken. Not und Elend, die in der Regel mit Arbeitslosigkeit verbunden sind, führen zu politischer Radikalisierung, und wir sehen, daß gerade in den Mittelmeerländern die Menschen noch anfällig sind für radikale Parolen. Es kann uns im Endergebnis nicht gleichgültig sein, ob sich eines Tages Stützpunkte der Roten Flotte in der Adria befinden und Flugplätze der Roten Luftwaffe in der Po-Ebene. In Italien befindet sich nach wie vor die größte kommunistische Partei Westeuropas. Ich glaube, daß wir diese Gefahr nur dadurch beseitigen können, daß sich die sozialen und wirtschaftlichen Strukturen in den Ländern des Mittelmeerraumes verbessern. Ein Weg zur Verbesserung dieser Strukturen ist, daß wir zunächst einmal dem Menschen aus diesem Raum die Möglichkeit geben, in den hochindustrialisierten Ländern Europas Arbeit und damit auch entsprechende Verdienstmöglichkeiten zu finden" (8). Zweierlei kann man aus diesen Zitaten festhalten: einerseits die zum Ausdruck kommende Angst vor der Radikalisierung und dem politischen Umsturz in den Mittelmeerländern und andererseits das Interesse daran, daß die in den Aufnahmeländern Europas herrschende „freiheitliche Ordnung" mit allen ihren Organisationsformen in den Abgabeländern Fuß faßt. Die z. Z. in Vorbereitung begriffene Verschärfung des Ausländergesetzes in Richtung eines Verbots jeglicher politischer Tätigkeit der Gastarbeiter entspricht diesen Interessen (9).

Die Rückwanderer

Wir haben anderorts angeführt, aus welchen Gründen die Gastarbeiter durch die Berührung mit der Lebensweise einer Industriegesellschaft „entrevolutioniert" werden, sich die Werte und Verhaltensweisen der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Industrieländern aneignen und sich letzten Endes auch in ihren Heimatländern für evolutionistische Lösungen und Prozesse einsetzen (10). Darüber hinaus verstärkt sich diese Identifizierung mit den Lebensnormen und Lebensgewohnheiten der einheimischen Arbeiterklasse, je länger der Aufenthalt im Einwanderungsland dauert. Die vorhandenen statistischen Daten zeigen einen eindeutigen Trend zur Verlagerung der Aufenthaltsdauer der Gastarbeiter (11).

Zur Frage der Rückwanderungseffekte hat eine Untersuchung der OECD festgestellt, daß die Rückwanderer unter den Gastarbeitern entweder in die traditionelle Wirtschaft, und zwar zum Handwerk und den Dienstleistungen, zurückkehren oder sich selbständig machen (12). Daraus folgt, daß sich aus dem Emigrationsprozeß im Moment kein Industrieproletariat in den Emigrationsländern entwickelt.

Soweit die empirischen Feststellungen die Wirklichkeit wiedergeben, haben wir nun zwei Ströme in der Rückwanderung, einen in Richtung Dorf und traditionelle Wirtschaft und einen in Richtung Stadt, wobei sich dann ein Teil als selbständige Kleinhändler oder Handwerker niederläßt und ein

Reservearmee und Stabilisator dpa

noch kleinerer Teil – insbesondere diejenigen, die sich im Ausland zu Fachkräften ausgebildet haben – als Arbeiter von der Industrie aufgenommen wird. Diejenigen, die sich selbständig gemacht haben, neigen nun zum Konservatismus. Sie sind froh, daß sie es so weit gebracht haben, aus der Misere herauszukommen und eine eigene Existenz zu schaffen. Sie sind darüber hinaus stolz, daß sie prestigemäßig den Arbeiterstatus überwunden haben und zu kleinen Unternehmern (!) avanciert sind. Diese Gruppe zählt schon zum Kleinbürgertum. Sie werden sich höchstens dafür einsetzen, daß sich das herrschende System liberalisiert und diejenigen Zustände im eigenen Land geschaffen werden, die sie im Ausland kennengelernt haben. Die Industriearbeiter, da sie zu denjenigen zählen, die sich am meisten mit der Arbeiterklasse im Ausland identifiziert haben und den „Gastarbeiter im Pkw" repräsentieren, bilden den am meisten avantgardistischen Teil der Rückwanderer. Ihre maximalen Forderungen werden jedoch nicht über die Errichtung eines modernen Kapitalismus im eigenen Land gehen. Nur sie haben ein Klassenbewußtsein entwickelt und sind darüber hinaus Mitglieder der Gewerkschaften im Aufnahmeland gewesen. Sie wollen das Modell, in dem sie „Erwachsene" als Arbeiter im Ausland wurden, einführen, und soweit ihnen das System Arbeit gibt und ihren gehobenen Lebensstandard sichert, werden sie sich nicht für sofortige radikale Reformen einsetzen, sondern für „demokratische" Entwicklungen nach dem Muster des spätkapitalistischen Auslands eintreten. Diese Gruppe wird sogar diejenige sein, soweit sie sich zukünftig zahlenmäßig vermehrt, die die herrschende Klasse zur Anpassung der archaischen Strukturen in den heimischen Ländern an die entwickelten Strukturen des Neokapitalismus zwingen wird.

Unter denjenigen, die wieder zum Dorf zurückkehren, muß man zwei Hauptgruppen unterscheiden: die ungelernten Hilfsarbeiter, die wieder in die Landwirtschaft gehen, und diejenigen, die sich im Dorf selbständig niederlassen. Letztere entwickeln mit der Zeit eine kleinbürgerliche Mentalität und zählen zur „Aristokratie" der kleinen Dorfgemeinschaft. Erstere leben weiter als Bauern, wenn es ihnen gelungen ist, mehr Land oder Vieh zu kaufen, ihr Haus aufzubauen und es mit modernem „Komfort" einzurichten.

Die Funktion des Rotationsprinzips

Für diejengen unter den Rückwanderern, die sich bei ihrer Rückkehr wieder in derselben Misere befinden, bleibt wieder der Weg der Auswanderung offen. Aus den Angaben der Repräsentativ-Untersuchung der Bundesanstalt für Arbeit im Jahre 1968 geht hervor, daß etwa 16 % der Männer und 9 % der Frauen aus Anwerberländern ihren Aufenthalt in der Bundesrepublik mehr als 6 Monate unterbrochen haben. Diese Prozentsätze sind um so höher, je früher die Auswanderung nach der Bundesrepublik eingesetzt hat. So betragen sie 23 % Männer und 13 % Frauen für die Italiener, 14 % Männer und 10 % Frauen für die Griechen. Für Türken und Jugoslawen, deren größter Zustrom nach 1968 erfolgte, betragen die Prozentsätze 6 % und 8 % der Männer und 3 % der Frauen (13).

Rückwanderer also, die nach ihrer Rückkehr ihre Existenz nicht aufbauen können, wandern wieder aus. Dies soll auch für diejenigen zutreffen, die sich in den Städten als Selbständige niedergelassen haben und nach kurzer Zeit einen Mißerfolg erlitten haben. Es besteht also ein Rotationssystem für die Auswanderer. Nennen wir es hier „kreisförmiges Rotationssystem", um es vom „spiralförmigen Rotationssystem", von dem unten die Rede ist, zu unterscheiden. Bei der sich wiederholenden Rotierung, die gewöhnlich vom Dorf ausgeht und letzten Endes über den Aufenthalt im Ausland und die städtischen Sektoren im eigenen Land wieder im Dorf endet, besteht die Möglichkeit, daß der Auswanderer einmal irgendwo im Ausland oder in einem Industriegebiet in der Heimat seßhaft wird. Geschieht das nicht, wiederholt sich die Bewegung wie im Kreislauf, bis dem Auswanderer das Aussteigen gelingt. Es muß hervorgehoben werden, daß diese Rotation von geringem Ausmaß ist, da einmal die Zeit der Auswanderung bis jetzt verhältnismäßig kurz gewesen ist (etwa 10 bis 15 Jahre im günstigsten Fall), und daß ein immer größer werdender Teil von Auswanderern den animus revertendi verliert und sich immer länger im Ausland aufhält. Darüber hinaus hat diese Art der Rotation auch deshalb kein großes Ausmaß angenommen, weil die Konjunktur in den Industrieländern Europas bis jetzt günstig verlaufen ist. Bei der Depression von 1966–68 in der Bundesrepublik gingen die Zahlen der Gastarbeiter zwar zwischen Juni 1966 (höchste Zahl: 1 313 000) und Januar 1968 (niedrigster Stand: 903 000) um 410 440 Personen, also um 31 % zurück, aber ein großer Teil dieser Leute kam in der Zeit danach wieder nach Deutschland zurück, zumal die Nachfrage ständig stieg. Dieser Rotationsmechanismus („kreisförmige Rotation") wird also hauptsächlich von der Konjunktur in den Aufnahmeländern bestimmt und ist eigentlich die Reserve-Armee-Funktion der Gastarbeiter.

Ein anderes Rotationssystem („spiralförmige Rotation") wird in der Form des „Rotationsprinzips" sogar als Grundlage für die Gastarbeiterpolitik propagiert: Danach sind die europäischen Länder eine „Schule", die dafür sorgen soll, daß die „umsturzfreudigen" Auswanderer in den Aufnahmeländern „gezähmt" werden, so daß bei der Rückwanderung ihr revolutionäres Rückgrat gebrochen ist. „Von großer sozialer und ökonomischer Bedeutung ist ferner der Umstand, daß die Ausländer sich mit den Institutionen und den Arbeitsmethoden eines entwickelten Industrielandes vertraut machen und sich an eine kontinuierliche Arbeitstätigkeit gewöhnen. Diese Menschen können wertvoller Kader für

FORTSETZUNG NÄCHSTE SEITE

Anmerkungen:

(1) B. Kayser: Manpower Movements and Labour Markets, OECD, Paris 1971; M. Nikolinakos: Zur Frage der Auswanderungseffekte in den Emigrationsländern, in „Das Argument", Heft 68, Dez. 1971, S. 782–799. – (2) M. Nikolinakos: Germany, The Economics of Discrimination, in „Race Today", Nov. 1971, S. 372–373. – (3) Vgl. Ligue Marxiste Revolutionnaire: Capitalisme Suisse et Travailleurs Etrangers, Mai 1970, S. 6. – (4) Siehe Nikolinakos: Zur Frage der Auswanderungseffekte ..., a.a.O., S. 792–794. – (5) Grundsatz 1. Siehe den Text in „Bundesarbeitsblatt", Heft 4/1970, S. 281. – 6. J. Chr. Papalekas: Ausländische Arbeiter in Deutschland – ein europäisches Problem, in J. Chr. Papalekas (Hrsg.): Strukturfragen der Ausländerbeschäftigung, Herford und Bonn 1969, S. 10. – (7) S. Balke: Die Ausländerbeschäftigung aus der Sicht der Wirtschaft, in „Magnet – Bundesrepublik, Probleme der Ausländerbeschäftigung", Köln–Bonn 1966, S. 178. – (8) R. Weber: Einstellung und Politik der Arbeitgeberverbände, in Papalekas: Strukturfragen der Ausländerbeschäftigung, a.a.O., S. 51. – (9) Vgl. „Der Spiegel", 7/1972, S. 28 f. – (10) M. Nikolinakos: Gastarbeiter und Klassenbewußtsein, in „Links", Nr. 29/Januar 1972, S. 4–5. – (11) Bundesanstalt für Arbeit: Ausländische Arbeitnehmer 1969, Nürnberg 1970, S. 49–51; Derselbe: Ausländische Arbeitnehmer, Erfahrungsbericht 1967, S. 14–16. – (12) International Migration of Labour and its repercussions, in „The OECD Observer", No. 47, August 1970, S. 11. Vgl. Churches Committee on migrant workers in Western Europe: Enquiry related to the return of migrant workers, Geneva 1966, Teil III, Anhang IV, S. III–IX. – (13) Ausländische Arbeitnehmer 1969, a.a.O., S. 49. – (14) Papalekas: Ausländische Arbeiter in Deutschland, a.a.O., S. 11.

Anarchismus und emanzipatorische Bewegung

Hansjörg Viesel

„links" druckt nachfolgend einige Teile des Vorwortes von Hansjörg Viesel zur soeben erscheinenden ersten deutschen Neuausgabe der Schriften von Michael Bakunin (Karin Kramer Verlag Westberlin). Zu einem Zeitpunkt, zu dem von herrschenden Kräften in der Bundesrepublik das Wort „Anarchismus" als Instrument des propagandistischen Totschlags benutzt wird und dogmatische Teile der Linken sich jeglicher Beschäftigung mit anarchistischer Theorie entziehen, scheint es uns nützlich, auf die Notwendigkeit der Diskussion auch anarchistischer Ansätze hinzuweisen, — nicht im Sinne kritikloser Hinnahme, sondern im Sinne der kritischen Vergegenwärtigung der Problemgeschichte der sozialistischen Bewegung in all ihren Komponenten.

„Wir brauchen mehr Staat, natürlich aus einer inneren echten Autorität heraus geboren." Springer 1972

Es würde zu weit führen, das aufzuzählen, was von der bürgerlichen Gesellschaft in den letzten Jahren unter ‚Anarchimus' alles begriffen und angegriffen wurde. Allgemein ist jedoch nicht zu übersehen, daß den zahlreichen Zuordnungen verschiedenartigster Aktivitäten unter den plötzlich wieder ‚hoffähigen' (1) Begriff Anarchismus ein gewisser Wahrheitsgehalt nicht abgesprochen werden kann: immer handelte es sich um Aktionen, die den Rahmen der bürgerlichen Legalität und Ordnung — im weitesten Sinne — praktisch negierten und ansatzweise sprengten. Die bürgerliche Welt weiß genau, wer und was sie bedroht. Die abgestufte Verfolgungs- und Vergeltungsstrategie ihrer Gewaltinstitutionen unterscheidet korrekt. Wer für sie als Kommunist, als Sozialist gilt, wird totgeschwiegen, auf die legitimierte Spielweise abgedrängt; dort kann, unbeschadet der bestehenden gesellschaftlichen Machtstruktur, revolutionärer Kampf in der Phrase und in historischer Exklusivität geprobt werden. Anders dagegen der ‚Anarchismus'. Wer in der bürgerlichen Gesellschaft als Anarchist gilt, wird totgeschossen — in letzter Instanz. Was bekämpft die bürgerliche Gesellschaft als Anarchismus? Zunächst einmal sind es nicht vorrangig diejenigen, die sich Anarchisten nennen; im Gegenteil — die Rote Armee Fraktion, als ein Hauptadressat der staatlichen Hetzjagd wird zwar seitens der ‚öffentlichen' Gewalt unter der Rubrik Anarchismus bekämpft, obwohl sie selbst in ihren Broschüren und Verlautbarungen sich vom ‚Anarchismus' distanziert, sich selbst zur ML-Fraktion zählt. Nun mag es belanglos sein, wofür sich die eine oder andere politische Gruppe hält bzw. wie sie sich nennt. Es gibt auch anarchistische Gruppen in der Bundesrepublik, die sich seit Jahren hindurch aufrecht zum Anarchismus bekennen, unter der Firmierung ‚Anarchismus' Zeitschriften herausgeben, ohne dadurch unter den unmittelbaren staatlichen Terror zu geraten. Der Staatsapparat bekämpft die politischen Gruppen und Fraktionen nicht danach, wofür sich diese Gruppen halten, sondern er bekämpft sie in dem Maße, wie er sie für eine tatsächliche, akute Gefahr hält, die Massenloyalität von Bevölkerungsteilen dem Staat gegenüber aufzukündigen. Denn dadurch würde die Existenzbasis des bürgerlichen Klassenstaates, das Volk vom Durchsetzen der eigenen Interessen abzuhalten, praktisch in der Aktion infrage gestellt und beispielhaft durch die Tat propagiert. Durch Hausbesetzungen, Fahrpreisaktionen, Betriebsübernahmen und aktive Streiks beginnen die handelnden Menschen ihre vom politischen Staat eingeplante Reduzierung auf den bloßen ‚Staatsbürger' aufzuheben und als Gesellschaftsmitglieder ihre eigenen Bedürfnisse und Interessen kämpferisch zu organisieren und durchzusetzen.

Hier wird nun klar, was der Staat im ‚Anarchismus' bekämpft: der staatliche Terror richtet sich besonders gegen jene Gruppen und Fraktionen, deren Kampf antistaatlich, antiautoritär, militant, d. h. praktisch antikapitalistisch ist. Er richtet sich gegen die Gruppen, die tatsächlich in ihrer Praxis einen klaren Trennungsstrich gezogen haben zwischen sich und ihrem Kampf auf der einen Seite und zwischen der heutigen konkreten kapitalistischen Gesellschaft und ihren gewalttätigen institutionellen Absicherungen. Die legendären Väter des Grundgesetzes wußten sehr wohl um die gefährdete Existenzbasis ihres politischen Staates, wenn aus ihren Reihen — formal zwar durch die Faschismuserfahrungen legitimiert — formuliert wurde: „Wir können es uns nicht leisten, auf die Massen zu vertrauen . . ." (Zinn, SPD, 1948) . . .

Im Gegensatz zum Gros der Diskutanten, die ihre Argumente gegen den Anarchismus aus dem unerschöpflichen Denunziations-Reservoir der Geschichte der Arbeiterbewegung holen (‚kleinbürgerlich', ‚objektiv reaktionär', ‚Kehrseite des Opportunismus bzw. Revisionismus' . . .), versucht eine solche Einschätzung — und nur diese brauchen wir ernst zu nehmen, den Anarchismus, anarchistische Praxis, ihrem eigenen Verständnis von historischem Materialismus gemäß, zu interpretieren. (2)

In fataler Geschichtsmetaphysik machen sich die vermeintlichen Kritiker des Anarchismus zu bloßen Apologeten eines ‚objektiven Geschichtsprozesses', dessen faktenhuberisch aufgezeigten Ergebnissen sie die als voluntaristisch denunzierten Absichten der Anarchisten entgegensetzen. Ein so verstandener ‚historischer Materialismus' löst sich einfach auf: was ist, mußte auch so kommen. Wir haben's ja gleich gesagt! Eine solche historisch-materialistische Versöhnung mit der Wirklichkeit ist blind und gefühllos gegenüber den konkreten historischen Alternativen, die es zu jeder Zeit und in jeder Situation gegeben hat. Die deterministische Apologie des jeweiligen Ergebnisses des Geschichtsprozesses greift zwar auf Hegels ‚Was wirklich ist, ist vernünftig', zurück, aber am tatsächlichen Prozeß der Geschichte vorbei. Griffige Metaphern (am meisten ‚revolutionäre Realpolitik') versuchen, den Hegelschen Weltgeist und seine Geschichtsmetaphysik zu übertünchen, um nicht selbst dem Verdikt des Idealismus oder der Spekulation anheimzufallen. Die ‚revolutionäre Realpolitik' taucht immer dann auf, wenn die Arbeiterbewegung durch eine zur

---

FORTSETZUNG VON SEITE 10

erfolgreiche industrielle Anstrengungen in den Heimatländern bilden, sofern natürlich diese Länder die Voraussetzungen schaffen, um diese Kader aufnehmen zu können. Um diese Chance wahrzunehmen, müßte die strukturell bereits angelegte Rotation der ausländischen Arbeiter vom Süden gelenkt werden. Die sinnvolle Kanalisierung dieses Vorganges wäre geeignet, eine Fülle von Problemen ihrer Lösung zuzuführen: an die Stelle der gegenwärtigen Orientierungslosigkeit könnte sich ein fester Rotationsrhythmus mit gesicherten sozialen Entwicklungen einspielen, der die Bildung einer pariaähnlichen Schicht in Deutschland ebenso verhindert, wie die Formierung umsturzfreudiger Rückwanderergruppen in den Herkunftsländern" (14).

Der Auswandererstrom wird also von den Herkunftsländern stets mit neuen „renitenten" Arbeitern gefüttert, die die ausscheidenden ersetzen, bis letztlich alle potentiellen Revolutionsreserven ausgeschöpft sind. Die Bewegung ist spiralförmig; wir nennen dieses System deshalb „spiralförmiges Rotationssystem".

Dieses System dient nicht der Reserve-Armee-Funktion, sondern der „Stabilisierungs-Funktion" der Auswanderung. Dadurch werden die „sozialen Entwicklungen" durch die „Entrevolutionierung" der „umsturzfreudigen" Auswanderer gesichert sein.

Als Voraussetzung der praktischen Anwendung des spiralförmigen Rotationsprinzips wird die graduelle Schaffung von Arbeitsplätzen in der Heimat betrachtet. Geschieht das nicht, sorgt das „kreisförmige Rotationssystem" dafür, daß der Auswanderer in Rotation bleibt, bis er einmal irgendwo im Kreislauf aussteigen kann.

Auch langfristig trägt also die Auswanderung durch den Rotationsmechanismus in seiner doppelten Form zur Stabilisierung des herrschenden Systems bei.

Schlußfolgerungen

Durch die Auswanderung löst also das Kapital in den Emigrations- und in den Aufnahmeländern sowohl kurz- wie auch langfristig seine Probleme. Einmal wird das Wachstum in den Industrieländern gewährleistet, und zum anderen werden die Emigrationsländer graduell dem Wirtschaftssystem der Metropole endgültig angeschlossen. Die Grenzen der Peripherie werden potentiell nach außen verlegt, indem die Rolle der Emigrationsländer, die bisher von europäischen Ländern wahrgenommen wurde, von nordafrikanischen Ländern übernommen wird. Der Raum der Metropole dehnt sich auf die bisherigen Emigrationsländer Südeuropas aus. Die Auswanderung sorgt durch ihre Puffer-Funktion und durch die oben beschriebenen Rotationsmechanismen dafür, daß die für das Kapital notwendigen Verwertungsbedingungen in den Emigrationsländern kurzfristig durch Erhaltung der politökonomischen Strukturen und langfristig durch graduelle Anpassung an die Strukturen der Metropole geschaffen werden. Daß die Gastarbeiter dabei kurzfristig ihr individuelles Existenzproblem lösen, versteht sich von selbst. Langfristig aber sind sie dem Marktmechanismus des Kapitalismus ausgesetzt, der ihnen, wie auch dem Proletariat in den Industrienationen, keine Existenzgarantie geben kann.

Ideologie erstarrte Theorie und durch dogmatische Führerinstanzen die reale Beziehung zu sich selbst verloren hatte.
Immer wenn einer lebendigen, aktiven Bewegung klargemacht werden soll, daß sie nicht selbst ihren eigenen Inhalt bestimmt, wird sie ‚historisch-materialistisch' aus den konkreten Kämpfen herausgedrängt. Revolutionäre Realpolitik heißt, die bürgerliche Realpolitik zu Ende zu führen. ‚Auf der einen Seite eine streng-marxistische, schlichte und nüchterne, aber ins Allerkonkreteste gehende Analyse der gegebenen Lage, der Wirtschaftsstruktur und der Klassenverhältnisse. Auf der anderen Seite eine durch keinerlei theoretische Voreingenommenheit, durch keinen utopischen Wunsch verstellte Klarsicht allen neuen Tendenzen gegenüber, die sich aus dieser Lage ergeben.' (3) So läßt sich ‚revolutionäre Realpolitik' treiben. Der Erfolg der Politik hängt lediglich noch ab von der Korrektheit der richtigen Analyse. Das Rezept einmal gefunden, den Plan propagiert, lassen sich die proletarischen Heerscharen ins vorletzte Gefecht führen. Die anarchistische Theorie und Praxis der sozialen Revolution kennt den Begriff der ‚revolutionären Realpolitik' natürlich nicht. (4) Für Rabehl – und damit faßt er die Meinung der ‚wohlwollenden' Anarchismuskritiker zusammen – ist Anarchismus gleichbedeutend mit dem ‚Gewissen' der revolutionären Bewegung. Lediglich vor der Revolution, in ihrer ‚Aufschwungsperiode', ist der Anarchismus ‚wichtiges Korrelat der revolutionären Realpolitik, gerade weil er auch die Stimmung der Massen aufnehmen kann und sich gegen Kompromisse und Absprachen wendet und die bürgerliche Verschleierungstaktik der Arbeiterparteien schonungslos entlarvt. In der Revolution selbst, während der Massenstreiks, droht er durch seinen Dogmatismus die nächsten Aufgaben zu hintertreiben, ist sein Spontaneitätsfetischismus Bewußtseinsschranke; in dieser Phase muß die proletarische Organisation durch Aktionen diesen anarchistischen Konservatismus entlarven, um die Massen für die gesellschaftlichen Aufgaben zu erziehen.' (5) Weniger umständlich bringt das Cossidière 1848 über Bakunin auf den Begriff: ‚Welch ein Mensch! Am ersten Tag der Revolution ist er einfach ein Schatz; am zweiten Tag muß man ihn erschießen.' (6) Vom rationalistischen Drumherum befreit, enthüllt die ‚revolutionäre Realpolitik' den Übergang der ‚Arbeiterparteien' durch die Verstaatlichung der Revolution und der Arbeiterbewegung ins Lager der Konterrevolution. Auf der Strecke bleiben die, die in ihren Kämpfen ihre eigene Emanzipation und die der ganzen Menschheit betreiben. Die Arbeiterbewegung produziert sich ihre eigenen Totengräber in der Form politischer Kommissare, die sich selbst als Agenten der historischen Notwendigkeit ausgeben und begreifen und sorgsam darüber wachen, daß die Befreiung der Arbeiter nicht ihr eigenes Werk sein wird. Diese Verobjektivierung der Massen zur bloßen Basis einer letztlich bürgerlichen Arbeiterpolitik enthüllt den handelnden Subjekten im Verlauf der Klassenkämpfe, daß sie in einer doppelten Frontstellung den Prozeß ihrer Emanzipation (7) kämpferisch durchsetzen, aber auch langfristig absichern müssen: gegen die alten und die neuen Zaren! . . .
Die Geschichte der Arbeiterbewegung als die Geschichte ihrer Niederlagen zeigt überdeutlich, wie die bürgerlichen Arbeiterparteien durch den Fetisch des von außen heranzutragenden ‚revolutionären Klassenbewußtseins' die wirklichen Momente, Ansätze und Elemente einer lebendigen, emanzipatorischen Bewegung zerstörten und zerstören mußten, wollten sie nicht ihre eigene Existenz durch die tagtägliche Praxis sich ad absurdum führen lassen. Diesen zutiefst konservativen und reaktionären Zug der revolutionären Realpolitiker hat Karl Korsch am Beispiel Lenins treffend aufgezeigt, wenn er schreibt: ‚Auch Lenin hat das revolutionäre Moment des Klassenkampfes nicht in der jeder wirklichen Aktion des Proletariats von Anfang an und in allen ihren Erscheinungsformen eigentümlichen Gegensätzlichkeit gegenüber der Bourgeoisie, ihrem Staat und allen bürgerlichen Verhältnissen und in dem aus dieser Gegensätzlichkeit der realen Aktion entstehenden und durch sie bestimmten selbständigen Klassenbewußtsein des Proletariats gesehen. Er hat vielmehr den ‚revolutionären' Charakter des Klassenkampfes als etwas betrachtet, was zu der schlichten Wirklichkeit des Klassenkampfes ‚von außen' nachträglich hinzugetan werden könnte und sogar hinzugetan werden müßte.' (8)
Die realitätsferne Arroganz der historischen und gegenwärtigen Zentralkomitees, für die die Qualität der revolutionären Kämpfe, deren emanzipatorische Inhalte lediglich aus der Übereinstimmung mit dem jeweiligen Parteiprogramm eingeschätzt und beurteilt werden können (also nie!), müssen so, wenn nicht sofort als aktive Liquidatoren der lebendigen, dann doch als grinsende Erbschleicher einer abflauenden spontanen Massenbewegung auftreten. Zum Teil hängt der Charakter und der Grad ihres Konflikts mit der emanzipatorischen Bewegung noch ab von der organisatorischen Struktur und quantitativen Stärke der jeweiligen Parteiorganisationen. Zeitweilige Schwächen solcher Organisationen drücken sich im Verlauf der Geschichte darin aus, daß die avantgardistischen Organisationen von den Kämpfen einfach absorbiert wurden, wie beispielsweise das schnelle Ende des Bundes der Kommunisten in der 1848er Revolution damals oder das fassungslose Entsetzen, mit dem die KPF den Mai 1968 überwand, wo doch ein paar Tage vorher, am ‚Kampftag der Arbeiterklasse', die Welt noch in Ordnung schien. Ihr späteres Mitwirken bei der Liquidierung macht jedoch deutlich, an welchem Punkt die bürgerlichen Arbeiterpolitiker gezwungen sind, loszuschlagen, ihr konterrevolutionäres Geschäft Arm in Arm mit der kapitalistisch-bürgerlichen Reaktion zu betreiben: dann nämlich, wenn es der politischen ‚Arbeiterpartei' nicht mehr gelingt, die sich entfaltenden und entwickelnden Aktionen, deren Organisationen und deren Bewußtsein zu kanalisieren; wenn es ihnen nicht mehr gelingt, den ‚lebendigen Inhalt der heutigen Aktion noch einmal an jene längst zu leblosen Formeln erstarrten ideologischen Formen zu binden' (Korsch).
Daß es nicht so zu sein braucht, haben die – von den Parteidogmatikern als Spontaneitätsfetischisten herabqualifizierten – Theoretiker der selbständigen Arbeiterbewegung immer wieder hervorgehoben und diskutiert. Luxemburg, Rühle, Pannekoek, Gorter sprachen von Avantgarden, von Parteien, deren Verhältnis zu den Massen halt nicht in einem hierarchischen Führungsanspruch bestehen sollte, die keine Organisationen des Proletariats, sondern vielmehr Organisationen im Proletariat sein sollten, die nicht die eigene Stärkung, sondern die der Klassen betreiben sollten. Ein ehrlicher, ein frommer Wunsch, mehr nicht. Die Schranken und die Traditionen des alten sozialdemokratischen Organisationsverständnisses sind zu mächtig, um einen radikalen Bruch zwischen der alten Arbeiterbewegung und einer neuen Bewegung der Arbeiter zu sehen. ‚Die Tradition aller toten Geschlechter lastet wie ein Alp auf dem Gehirn der Lebenden' (Marx). Solange die linksradikalen Kritiker der Parteikommunisten das ‚Versagen' der alten Organisationen bekämpfen und kompensieren wollten, blieben sie letztlich auch nur die Kehrseite des sozialdemokratischen Prinzips, das die Dialektik von Organisation und Aktion zu Gunsten eines mechanistischen Verhältnisses Organisation – Aktion lösen wollte. Die Geschichte der Arbeiterbewegung hat solche mechanistischen Organisationstheorien mehr als einmal gründlich praktisch widerlegt. Für wen die Geschichte der Klassenkämpfe nicht bloß ein buntes Kostüm ist, in das man problemlos hineinschlüpfen kann, dem zeigt die Geschichte, wie unter den je spezifischen historischen Bedingungen in den Kämpfen diesen adäquate Kampforganisationen entstehen, sich weiter mit den Kämpfen entfalten. Die Menschen handeln nicht, um die eine oder die andere Theorie zu verwirklichen, sondern um konkrete, sie betreffende Mißstände, die unerträglich geworden sind, zu beseitigen. So sind die sich bildenden Organisationen Organisationen der konkreten Kämpfe, sie entfalten sich im Kampf und reflektieren dessen Erfordernisse. Hervorragendes Merkmal solcher Organisationen war, daß sie zugleich Kampforganisationen waren und Momente solidarischen Zusammenlebens, wie es in der neuen, zu erkämpfenden Gesellschaft entwickelt wird, enthielten. Eben diesen Doppelcharakter der Klassenkampforganisationen haben die sozialdemokratischen und bolschewistischen Parteiorganisationen nie verwirklichen können, weil sie letzten Endes lediglich eine schlechte Kopie der zu zerschlagenden kapitalistischen Organisationsstruktur waren. Ihr Ziel heißt nicht, die kämpfende Klasse zu stärken, ihr Ziel ist die Stärkung der eigenen Organisation . . .
Für uns reduziert sich die Geschichte nicht auf Geschehenlassen, auf eine Anpassung an deterministische Gesetzmäßigkeiten. Daß die Menschen ihre Geschichte unter vorgefundenen Bedingungen machen, ist richtig. Sie machen ihre Geschichte aber selbst und mit ihr verändern sie auch die vorgefundenen Bedingungen. ‚Die Geschichte tut nichts, sie besitzt keinen ungeheuren Reichtum, sie kämpft keine Kämpfe. Es ist vielmehr der Mensch, der wirkliche lebendige Mensch, der das alles tut, besitzt, kämpft; es ist nicht etwa die ‚Geschichte', die den Menschen zum Mittel braucht, um ihre – als ob sie eine aparte Person wäre – Zwecke durchzuarbeiten, sondern sie ist nichts, als die Tätigkeit des seine Zwecke verfolgenden Menschen.' (9) Hier finden wir eine klare Absage an jeglichen metaphysischen Fortschrittsglauben in die evolutionäre Dynamik der Geschichte, wie sie in vulgarisierender Verfälschung von Marx die Schar der marxistischen Epigonen à la Kautsky und Bernstein auszeichnete. Die Betonung des konkreten Menschen als dem handelnden Subjekt der Geschichte richtet sich vorwegnehmend jedoch nicht nur gegen die professionellen Sachverwalter des ‚friedlichen Hineinwachsens in den Sozialismus'; getroffen soll auch jegliche fatalistische Hegelei werden, die unter der Maske der selbständigen Klassenbewegung den anonymen Weltgeist links von Kautsky und Lenin erwartet. Sowohl beim Marxismus der 2. Internationale und

Staatlichkeit und Anarchie
Michael Bakunin

Deutsche Erstausgabe

490 Seiten 15,– DM

Vorwort von Hansjörg Viesel
1. Anarchismus und emanzipatorische Bewegung
2. Revolutionäre Ungeduld und objektive Reife
3. Bakunin und die Grundprinzipien des Anarchismus
4. Bürgerliche und proletarische Revolution
5. Organisation als Kampforgan und Antizipation der neuen Gesellschaft
6. Marx und Bakunin
7. Staatlichkeit und Anarchie: Entstehung und Rezeption
Michael Bakunin
Staatlichkeit und Anarchie
Anhang A
Anhang B (Programm der slawischen Sektion)
Marl Marx: Konspekt des Buches von Bakunin: Staatlichkeit und Anarchie

Karin Kramer Verlag
1 Berlin 44, Rollbergstr. 67

seiner militanten Version in der 3., aber auch bei einigen rätekommunistischen Positionen (so z. B. in bestimmten Konsequenzen Paul Matticks verengt sich das Verständnis von Ökonomie, der sozialen Produktionsverhältnisse als geschichtsdeterminierender Basis derart mechanisch, daß die materialistische Geschichtsauffassung sich mehr in eine ‚technologische Geschichtsauffassung' (Colletti) verwandelt. Sowohl der rechte wie auch der linke Kautskyanismus, geprägt vom Glauben an quasi naturgesetzliche permanente Fortschrittstendenzen für die gesellschaftliche Entwicklung sind ideologischer Ausdruck ihrer selbstverfügten Dispens vom revolutionären emanzipatorischen Kampf. Die einen in der Form des offenen reformistischen Verrats, die anderen in Form der Unterschätzung der eigenen praktischen Möglichkeiten. (10)

Wenn es aber einen lebendigen Kern des Marxismus, unbeschadet der zahllosen marxistischen Fraktionen und der wildwuchernden Marxpfaffen allerorten überhaupt gibt, dann doch nur der, daß Karl Marx die bürgerliche Gesellschaft und die kapitalistische Produktionsweise mit allen ihren Verhältnissen und Institutionen historisch, d. h. für Marx immer als veränderlich auffaßte. Die Veränderungen resultieren jedoch nirgends aus naturgeschichtlichen Gesetzmäßigkeiten, sondern nur durch Handlungen konkreter Menschen.

Marx, besonders aber Engels, haben selbst einiges zur Verflachung der materialistischen Geschichtsauffassung in eine technologische Geschichtsdeutung à la Basis-Überbau-Mechanik beigetragen. Karl Korsch faßt 1931 zusammen: ‚Die materialistische Geschichtsauffassung ist in der revolutionären Periode vor 1850 entstanden als ein unmittelbarer Bestandteil der subjektiven Aktion der revolutionären Klasse, die den falschen Schein und die vergängliche Erscheinung aller bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse fortwährend theoretisch kritisiert und praktisch umwälzt. Sie entwickelte sich in der Folgezeit immer mehr zu einer bloß abstrakten anschauenden Theorie über den durch äußere Gesetze bestimmten objektiven Ablauf der gesellschaftlichen Entwicklung.' (11)

Diese abstrakt anschauende Theorie wurde und wird zur materiellen Gewalt, indem sie von den autoritären Parteikommunisten ergriffen wird, um ihre eigene Position zu stabilisieren, andere Fraktionen der Arbeiterbewegung zu diffamieren und zu liquidieren. Die Geschichte des ‚Marxismus' innerhalb der internationalen Arbeiterbewegung ist zugleich eine Geschichte der Unterdrückung von emanzipatorischen, solidarischen und phantasievollen Tendenzen und Ansätzen dieser globalen Bewegung. Man kann getrost der späten These von Karl Korsch (1950) zustimmen, wo er Marx nur ‚für einen unter vielen Vorläufern, Begründern und Weiterentwicklern der sozialistischen Bewegung der Arbeiterklasse' hält und die Relevanz aller Strömungen und Richtungen des Sozialismus hervorhebt.

Hier ist der Punkt angegeben, warum wir es heute für wichtig halten, Texte von Bakunin herauszugeben. Nicht in Form einer wehleidigen Totenbeschwörung oder einer rechthaberischen Installierung einer weiteren Autorität, sondern in der Form einer historischen retrospektiven Solidarisierung, deren Legitimität in der heutigen Praxis liegen muß. Die heutige Praxis emanzipatorischer Ansätze der Selbstbestimmung der eigenen Bedürfnisse und deren Selbstorganisation in den spezifischen gesellschaftlichen Bereichen hat neben den klassenanalytisch bestimmten Gegensätzen der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer gewalttätigen Absicherungsinstitutionen einen weiteren Gegner im Dogmatismus und in der Ideologisierung jeglicher revolutionärer Theorie.

Anmerkungen:

(1) Mit dem Abbau des rigiden Antikommunismus der 50iger Jahre durch die langfristig angelegte Ostpolitik mußte auch das bisherige Feindbild umgepolt werden. Mit der Expansion des Osthandels einher ging eine formale Rehabilitierung des ‚Kommunismus' bei gleichzeitigem Aufbau eines neuen Feindbildes: Anarchismus. Der Höhepunkt des Umpolungsprozesses scheint" mit der Hetzjagd auf die ‚anarchistischen Gewaltverbrecher' und deren publizistischer Verwertung erreicht zu sein.

(2) W. Harichs ‚Abrechnung mit dem alten und neuen Anarchismus', so der Untertitel seiner ‚Kritik der revolutionären Ungeduld', ist eine geglückte Mischung zwischen sattsam bekannten Phrasen und Denunziationen auf der Ebene des ‚linken Radikalismus' von Lenin und schulterklopfendem Vorbeireden an der wirklichen Problematik einer neuen Anarchismusrezeption. Es zeigt bestenfalls, wie Harich, eklektisch belesen, aber keinesfalls mit der Problematik der von ihm angegriffenen antiautoritären Bewegung vertraut, einem kritisch verkleideten Leninismus das Wort redet und beruhigt (1970) die Auflösung der antiautoritären Bewegung in den ML-Zirkeln ‚aus der Ferne' konstatiert. ‚Sich den ML anschließen, heißt die Notwendigkeit von Organisiertheit und Disziplin erkannt haben, heißt zähe Kleinarbeit, fern von publicity, auf sich nehmen, heißt Verbindung mit der Arbeiterklasse suchen.' Wolfgang Harich, Zur Kritik der revolutionären Ungeduld, Zürich 1971, S. 99.

(3) Georg Lukacs, Lenin. In: Geschichte und Klassenbewußtsein, Neuwied 1968, S. 575.

(4) So Bernd Rabehl 1968. Zum Begriff der revolutionären Realpolitik. — Versuch einer Kritik am Anarchismus Cohn-Bendits. In: Republikanische Verlagsgesellschaft 1, Stuttgart 1968.

(5) Rabehl, a.a.O., S. 41.

(6) Zit. nach Rudolf Rocker, Der Bankerott des russischen Staatskommunismus (1921), Berlin 1968, Kramer Verlag, S. 94/95.

(7) Emanzipation, emanzipatorische Bewegung ist kein bürgerlich individueller Erlösungsbegriff, sondern eine historisch-gesellschaftliche Kategorie, wie sie Marx in seinen Schriften vor 1848 zur Analyse der politischen (teilweisen Emanzipation) und sozialen (totalen Emanzipation) Revolutionen verwandte. ‚Erst wenn der wirklich individuelle Mensch den abstrakten Staatsbürger in sich zurücknimmt . . . Gattungswesen geworden ist . . . die gesellschaftliche Kraft nicht mehr in der Gestalt der politischen Kraft von sich trennt, erst dann ist die menschliche Emanzipation vollbracht.' (MEGA, I, 1, S. 599).

(8) Karl Korsch, Von der bürgerlichen Arbeiterpolitik zum proletarischen Klassenkampf. In: Politikon, Nr. 33, 1970, S. 24.

(9) MEW 2, S. 98. — Heilige Familie.

(10) Als typisches Beispiel der Position des linken Kautskyanismus und einer Kritik daran s. die Diskussion in der Rätekorrespondenz 1934 über das Buch von Henryk Grossmann, Das Akkumulations- und Zusammenbruchsgesetz des kapitalistischen Systems, Neudruck 1972.

(11) Karl Korsch, Krise des Marxismus (1931). In: Die materialistische Geschichtsauffassung, Ffm. 1971, S. 169.

Ernst Fischer

dpa

Bis weit in seinen Lebensabend hinein kannte ihn die „Öffentlichkeit" nur als den brillianten Redner und Parlamentarier der kleinen KPÖ. Seine feinsinnigen Studien über Lenau, Nestroy, Grillparzer, Karl Kraus und Musil, über Baudelaire, Gogol und Thomas Mann, seine Monographie über Kleist, die in künftigen marxistischen Anthologien neben Mehrings Lessinglegende und dem jungen Hegel von Lukacs figurieren wird, goutierten nur die Wenigen, die Bücher aus einem boykottierten KP-Verlag kauften oder Huchels „Sinn und Form" als die beste literaturkritische Zeitschrift im deutschen Sprachgebiet kannten.

Die „Öffentlichkeit" entdeckte Ernst Fischer, als dieser — nach schwerster Krankheit und immer wieder aufs Krankenbett geworfen — in wachsenden Gegensatz zu den Apparaten der Kommunistischen Parteien geriet. Nun erhofften die Kalten Krieger, ihn als einen prominenten Kronzeugen des Antikommunismus, der offen seine stalinistische Vergangenheit zeichnete, aber gleichzeitig hinzufügte, daß er nach wie vor keine andere Alternative gegen Hitler sehe.

Ernst Fischer hatte frühzeitig erkannt, daß in bestimmten Situationen Fragen der Kunst und Literatur entscheidende politische Bedeutung erhalten können. 1959 war sein Buch von der „Notwendigkeit der Kunst" erschienen — zuerst in der DDR verlegt und bald in dutzende Sprachen übersetzt — eine Summe von Überlegungen und Analysen, in denen er sich mit der Schdanowschen Perversion der marxistischen Ästhetik auseinander setzte. Die Probleme bekamen politische Sprengkraft nach dem Krach Chruschtschows in der Moskauer Manege. Auf der Kafka-Konferenz 1964 forderte Ernst Fischer in einer seiner glücklichen Formulierungen ein Dauervisum für den Prager Dichter und wurde zu einem der Inspiratoren einer sich überstürzenden Entwicklung in der CSSR, die — bei allen Widersprüchen — Perspektiven anvisierte, die einer authentischen sozialistischen Revolution auch einen authentischen Sozialismus erwirken sollten. Ernst Fischer, der seit Jahren nicht mehr als politischer Funktionär wirkte, warf sich in den Kampf, der 1968, im „großer Jahr", durch den Gleichklang von Prag und Paris seinen Höhepunkt erreichte. Er gab den Kampf nicht auf, als die Hoffnung zerbrach, das Gestern triumphierte. Den Beschluß eines beschränkten Apparats, der die bedeutendste Persönlichkeit der Partei aus ihren Reihen stieß, wischte er sich wie lästigen Spinnweb aus dem Gesicht.

Denn er war — wie er auch noch vor einigen Monaten in einem „Spiegel"-Interview unterstrichen hatte — kein verlorener Sohn, der reuig in den Schoß der Familie, des Bürgertums, der Sozialdemokratie zurückgekehrt war. Er fühlte sich nach wie vor als Kommunist, verfolgte mit leidenschaftlichem Interesse alle Erscheinungen, die — wie manche Aspekte der chinesischen Kulturrevolution, aber auch des Angela-Davis-Kongresses in Frankfurt — zukunftsverheißende Alternativen versprechen.

Freilich, Ernst Fischer litt unter der geistigen Krise der Arbeiterbewegung. Nachrichten, wie die von den Prager Prozessen, vergällten ihm die letzten Tage, und manchmal schien er schier daran zu zweifeln, ob es überhaupt noch einen Sinn habe, sich zu engagieren. Aber jeden Tag setzte er sich, kränklich und schwach, aber gewissenhaft und diszipliniert, an den Schreibtisch und arbeitete und schrieb, bis zum letzten Augenblick der sozialistischen Vision dienend, der er seine große Begabung gewidmet hatte, mit der Aufgabe, die Arbeiter von der Notwendigkeit der Kunst, die Künstler von der Notwendigkeit des Sozialismus zu überzeugen. Für sich und seine Freunde dachte und dichtete er:

Wir im Zwiespalt Hausenden
fühlen uns vom bunten Bogen
zwischen den Jahrtausenden
gern ins Ferne hingezogen.
Wir, die früh Begonnenes
Menschenbildnis, Botschaft, Zeichen
als noch nicht Gewonnenes
durch das Dunkel weiterreichen.

FRANZ MAREK

Portugiesischer Kolonialismus

Cabora-Bassa-Gruppe Frankfurt

Noch Anfang der 60er Jahre konnte man das portugiesische Kolonialsystem als „Ultrakolonialismus", gekennzeichnet durch wirtschaftliche Unterentwicklung der Metropole, einen rückständigen primär- und agrarwirtschaftlichen Extraktionskolonialmus, durch primitive aber um so brutalere Ausbeutungs- und Unterdrückungsmethoden, sowie durch politischen und wirtschaftlichen Isolationismus analysieren. Heute hat sich dies geändert. Der portugiesische Kolonialismus sah sich einem massiven Zwang zur „Modernisierung" ausgesetzt. Wollte Portugal die Kolonien nicht verlieren – was die Perspektiven der wirtschaftlichen Entwicklung des Mutterlandes außerordentlich verschlechtert hätte – so mußte es 1. die national-revolutionären Befreiungsbewegungen in den afrikanischen Kolonien militärisch vernichten (heute befinden sich ca. 200 000 portugiesische Soldaten in Afrika) und 2. einige Reformen durchführen, um langfristig die politische Basis der Befreiungsbewegungen zu schwächen, aber auch, um eine Legitimationsbasis und Stabilitätsperspektive für die Unterstützung durch den internationalen Kapitalismus und die NATO zu schaffen, die erst den riesigen für Kolonialkrieg und Reformen notwendigen materiellen und finanziellen Aufwand ermöglicht.

Psychologische Kriegsführung

Je erfolgloser die rein militärische Lösung sich für die Kolonialisten erweist – in Guinea (B) kontrolliert die PAIGC bereits zwei Drittel des Landes, in Angola hat die MPLA heute ein Drittel und in Mozambique die FRELIMO ein Fünftel des Landes unter ihrer Kontrolle – und die Widersprüche sich auf nationaler und internationaler Ebene zuspitzen, desto stärker sehen sich die portugiesischen Kolonialisten gezwungen, die bewaffnete Konterrevolution durch eine im weitesten Sinne psychologische Kriegsführung zu ergänzen.

Zur effektiveren Durchführung der Konterrevolution wurden u. a. die folgenden Maßnahmen ergriffen:

1. Abschaffung der Zwangsarbeit im Jahre 1967. Unfähigkeit zur Zahlung von Kopfsteuern wird jedoch immer noch mit Zwangsarbeit bestraft. Ebenso kann der Staat Afrikaner für öffentliche Arbeiten zwangsverpflichten.
2. Die Aufhebung des Eingeborenenstatus (1961). Zur Wahl zugelassen ist aber weiterhin nur derjenige, der das Portugiesische in Wort und Schrift beherrscht und eine Mindeststeuer von 200 Escudos zahlt.
3. Neufassung des Grundgesetzes für die Überseeprovinzen. Sie sah vor eine gesamtportugiesische Zollunion, die Liberalisierung des internen Austausches von Gütern und Dienstleistungen, freier Verkehr von Personen im gesamtportugiesischen Raum, vollständige Konvertierbarkeit der verschiedenen Währungen der Überseegebiete und Liberalisierung des Kapital- und Geldtransfers.
4. Durch das „organische Gesetz" von 1963 erhielten die weißen Siedler größere Repräsentation in den lokalen Organen, während den Kolonien wiederum vermehrtes Mitspracherecht in der „Korporativen Kammer" und dem „Überseerat" der Metropole zugestanden wurde.
5. Erhöhung der Kapazität der Elementarschulen. In den Städten wurden weiterführende Schulen, Berufs-, Fach- und höhere Schulen, Institute zur Lehrerausbildung, die es bisher bloß in der Metropole gab, errichtet. „Institute für Eingeborenenerziehung" und „sozialen Dienst" wurden geschaffen, deren Lehrpläne eine Ausbildung von Sozialarbeitern vorsehen.
6. Zusammenfassung und Ergänzung aller Gesetze über das Ausländische Kapital (1965). Die Genehmigung für den Transfer ausländischen Kapitals wurde sofort erteilt, besonders wenn das geplante Unternehmen den Bedürfnissen des aktuellen Entwicklungsprogramms entsprach. Die ausländischen Unternehmer erhielten ausdrücklich das Recht, Techniker, Angestellte und Experten in unbeschränkter Anzahl ins Land zu holen und sie in ausländischer Währung zu entlohnen. Günstige Steuerbedingungen und Regelungen des Kapitaltransfers wurden eingeführt.
7. Besetzung einiger wichtiger Verwaltungsposten mit Afrikanern (z. B. in Angola: Julio Castro Lopes, Direktor der Gerichtspolizei; Pinheiro da Siva, Provinzsekretär für Erziehung; Sincletico Torres, Mitglied der portugiesischen Nationalversammlung).
8. Ausspielung und Initiierung von Konflikten zwischen ethnischen Gruppen, sowie zwischen Schwarzen und Mischlingen.
9. Einrichtung von strategischen Dörfern, in denen Bevölkerungsteile, von denen die Kolonialisten eine Solidarisierung mit den Guerillas erwarten, mit Stacheldraht und den verschiedenen Mitteln der sozialen Technik vom national-revolutionären Befreiungskampf isoliert werden sollen.

Die FRELIMO (Front zur Befreiung Mozambiques) sieht deshalb sehr richtig, daß die versprochene „Autonomie" weit davon entfernt ist, eine interne Selbstregierung, ganz zu schweigen von völliger staatlicher Unabhängigkeit zu realisieren. Die Dezentralisierung der Administration bedeute vielmehr eine Rationalisierung der Kolonialherrschaft, die eine effizientere Integration ermögliche. So versicherte Caetano, daß die Generalgouverneure weiterhin als Delegierte der Zentralregierung fungieren und die politisch-administrativen Organe der Kolonien nicht mit eigener Autorität, sondern der des portugiesischen Staates ausgestattet blieben.

Zur Funktion des „Autonomie-Programm"

Das vergrößerte Mitspracherecht der Kolonien kommt den Interessen der weißen Siedler entgegen, die in Mozambique 24 der 27 gewählten Mitglieder der gesetzgebenden Versammlung stellen. Sowohl in Angola, als auch in Mozambique übten die weißen Siedler in den letzten Jahren zunehmend Kritik an der Praxis der ökonomischen Integration, die unter Berufung auf „nationale Interessen" bloß der Metropole nütze und die Siedler handfest benachteilige. In Angola soll bereits nach rhodesischem Vorbild eine UDI (Unilateral Declaration of Independence) Bewegung gegründet worden seien.

Das „Autonomie-Programm" impliziert eine Kritik an den portugiesischen Verfechtern der rohen Politik militärischer Abschreckung und Stärke. Es ist daher zu werten als Eingeständnis des Scheiterns der Politik der rein militärischen Lösung für die Kolonien und als Einschwenken auf die Linie kombinierter militärischer und imperialistisch-psychologischer Kriegsführung. Die schwarze Bevölkerung erhält nun den Status von Menschenmaterial, das mit Hilfe wissenschaftlicher Erkenntnisse der Soziologie, Psychologie und Ethnologie im Interesse reibungsloserer Herrschaft bearbeitet werden soll.

Das Caetanosche Programm der Autonomie intendiert weiter die Beschwichtigung der wachsenden portugiesischen Opposition gegen den Kolonialkrieg. Auf die mehr spektakuläre Seite dieser Opposition hat in letzter Zeit die internationale Presse in Berichten über Sprengungen von Flugzeugen, Sabotage von Transportschiffen für Kriegsmaterial, Desertierungen und die Intervention der Polizei an den Universitäten von Lissabon und Coimbra etc. aufmerksam gemacht. Da die Herrschaft der Regierung über das Land autoritärterroristische Züge besitzt, die sich unter dem Zwang einer forcierten Industrialisierung eher noch verfestigen werden, ist es realistisch anzunehmen, daß die Opposition gegen die kolonialistische Außenpolitik zur Kritik gegen das System als solches fortschreitet und sich verbreitern wird. Konfliktmanagement muß daher auch zu einem wichtigen Moment der Caetanoschen Innenpolitik werden. So sieht der Caetanosche Reformentwurf auch noch einige innenpolitische „Lockerungen" vor, von denen die wichtigste das neue Pressegesetz ist. Aber auch dieses Gesetz tastet die Grundstrukturen der autoritären Diktatur nicht an: jede Zeitung muß 12 Stunden vor Erscheinung bei den Behörden vorliegen, die Zensur bleibt weiter tätig im Interesse der „Einheit der Nation" und des „internationalen Prestiges des Staates", die Gründung von Zeitungen kann verboten werden und außerdem wurden alle Zeitungen im letzten Jahr von den Großbanken aufgekauft.

Auch die europäische, außerportugiesische Bewegung zur Unterstützung der FRELIMO, MPLA und PAIGC ist bei der rein moralischen Verdammung des portugiesischen Kolonialkrieges nicht stehengeblieben. Am Beispiel des Cabora-Staudammprojekts wurde ihr handgreiflich die enge Verflechtung wirtschaftlicher, politischer und militärstrategischer Interessen zwischen dem NATO-Staat Portugal und den westlichen Regierungen und Kapitalisten vor Augen geführt. Die FRELIMO hofft deshalb, daß diese Bewegung zu einer wirksamen Opposition gegen die Assoziation Portugals an die EWG werden wird. Da Englands Beitritt zur EWG das Ende des für Portugal wichtigen „Europäischen Freihandelsabkommens" (EFTA) bedeutet, bemüht sich Portugal intensiv um Assoziation an die Wirtschaftsge-

meinschaft; am 7. 1. 1971 begann die 2. Runde der Verhandlungen. Hier kann Portugal zumindest mit dem politischen Protest einiger assozierter afrikanischer Staaten rechnen; erfahrungsgemäß bleiben jedoch solche Proteste praktisch wirkungslos und führen allenfalls zu einer Welle von Legitimationsversuchen von Seiten der europäischen Regierungen und Unternehmerverbände. Die französische Regierung – wichtigster Waffenlieferant Südafrikas – jedenfalls hat Portugal schon ihre Unterstützung bei den Verhandlungen mit der EWG zugesagt im Austausch gegen verstärkte portugiesische Waffenkäufe. Im Tauziehen um die Assoziationsbedingungen für das „euro-afrikanische Reich portugiesischer Nation" soll das „Autonomie-Programm" Caetanos zur „Imagepflege" der portugiesischen Regierung beitragen. Wie weit diese ihre Wirksamkeit entfalten kann, hängt der FRELIMO zufolge wesentlich von den Aktivitäten der demokratischen und sozialistischen Opposition in Europa ab.

Emanzipation im Volkskrieg

Die FRELIMO ihrerseits hat erkannt, daß die Stärke des Volkskrieges in seiner Verankerung in den Interessen und Bedürfnissen der unterdrückten Bevölkerung liegt. Sie hat den Kampf gegen die psychologische Kriegsführung Portugals in Mozambiques aufgenommen. Vor einiger Zeit hatten die Portugiesen im Rahmen ihres psycho-sozialen Programms (Bau von Schulen und Wehrdörfern durch die Armee; Ausbildung von Sozialarbeitern; Radiosendungen in afrikanischen Sprachen und mit afrikanischer Musik) einen Psycho-Sozial-Dienst eingerichtet, bestehend aus weiblichen Mitgliedern der kolonialen „high society" mit der Aufgabe, besonders in den Dörfern der Kriegszonen konterrevolutionäre Propaganda zu treiben. In den Dörfern wurden Geschenke der portugiesischen Regierung – Spiegel, Perlen und Süßigkeiten – ausgeteilt sowie Filme vorgeführt, in denen einerseits die technische Überlegenheit der portugiesischen Armee dargestellt und anderseits das brüderliche Verhältnis der Schwarzen und Weißen „portugiesischer Nation" beschworen wurde. Die FRELIMO nutzte diese Bestechungsversuche erfolgreich als eine Gelegenheit, die Bevölkerung anhand eines weiteren lebendigen Beispiels über die Taktik der Kolonialherren aufzuklären, so daß der Psycho-Sozial-Dienst eingestellt werden mußte.

Die FRELIMO, die wie die MPLA Angolas der politischen Ausbildung der Bevölkerung eine strategisch entscheidende Rolle im Volkskrieg zuweist (Prinzip des Primats des Politischen vor dem Militärischen), beantwortet die Bestechungspsychologie der portugiesischen Kolonialisten nicht mit den gleichen Irrationalismen. Ihre politischen Argumente zielen auf Emanzipation, nicht Manipulation der Kolonisierten, wie folgender Auszug aus einer von der FRELIMO organisierten Sendung des Außendienstes Radio Tansanias beispielhaft demonstriert:

„Wir haben unseren Feind definiert. Wir wissen, daß wir gegen Kolonialismus, Imperialismus und Ausbeutung des Menschen durch den Menschen kämpfen ... gegen Großkonzerne, Kapitalisten, Feudalisten und die neuen Ausbeuter ... Wir bekämpfen jene, die unsere Arbeitskräfte ausbeuten um reich zu werden, und die unser Elend ausnutzen. Wir kämpfen nicht gegen ein Volk oder eine Religion, wir können nicht gegen ein unterdrücktes Volk kämpfen, weil wir selbst unterdrückt sind ... Die portugiesischen Kolonialisten wollten, daß wir alle Weißen angreifen, daß wir portugiesische Zivilisten, Frauen und Kinder töten. Dann hätten sie die portugiesische Bevölkerung besser gegen uns mobilisieren können, und ebenso alle Menschen guten Willens und alle menschlichen Werte. Aber im Gegenteil, wir haben allen, auch der portugiesischen Bevölkerung, gezeigt, daß die Portugiesen die wahren Rassisten, Terroristen und Mörder sind. Die portugiesischen Kolonialisten sind diejenigen, die plündern und foltern. Sie hassen den Volkskrieg, nicht nur weil sie ihre Niederlage fürchten, sondern auch weil sie vor aller Welt demaskiert wurden.

Auch die Imperialisten hassen unseren Krieg. Wir wissen, was die großen Konzerne für uns bedeuten, für welche Ziele die Reichen stehen, wer die Ausbeuter und Kapitalisten sind, seien sie Portugiesen, Amerikaner, Franzosen, Engländer oder Westdeutsche. Sie dachten, sie könnten uns – mit oder ohne Portugal – weiter ausbeuten, wie sie es in einigen unabhängigen Ländern noch immer tun. Wir haben registriert, daß die Sena Sugar Estates britisch, die Gulf Oil und Hunt International u. a. Kompanien amerikanisch sind. Wir haben Waffen und Flugzeuge erbeutet, die in den USA, Großbritannien, Belgien und Westdeutschland hergestellt wurden und nicht in Portugal.

Für unseren Sieg ist es sehr wichtig, daß wir alle diese Tatsachen verstehen.

Um den Volkskrieg erfolgreich führen zu können, müssen wir unser ganzes Volk mobilisieren, so daß wir alle politisch bewußt werden und ein Klassenbewußtsein der Arbeiter und Unterdrückten entwickeln. Wir kämpfen, damit das Volk die Macht erhält, damit die Regierung Mozambiques den Arbeitern, Bauern, Zwangsarbeitern und den revolutionären Kämpfern und Intellektuellen gehört.

Die neuen Ausbeuter erwarteten, daß wir die Portugiesen vertreiben um sie bloß durch Leute aus unseren Reihen zu ersetzen, daß wir einen weißen durch einen schwarzen Ausbeuter ersetzen, einen weizen Fabrikdirektor durch einen Schwarzen ... Aber das wird nicht geschehen. Und da sie dies jetzt wissen, hassen die neuen Ausbeuter den Volkskrieg."

eva titel:

eva reihe: „dritte welt"

C. P. Fitzgerald
Revolution in China
Autorisierte Übertragung aus dem Englischen von Joseph Kalmer
288 Seiten, kartoniert DM 9,–

Andre Gunder Frank
Kapitalismus und Unterentwicklung in Lateinamerika
Aus dem Amerikanischen von Inge Presser und Horst Stenzel
344 Seiten, kartoniert DM 20,–

Philippe Gavi
Konterrevolution in Indonesien
Aus dem Französischen von Ruppert v. Plottnitz und Einar Schlereth
100 Seiten, kartoniert DM 8,–

Pierre Jalée
Die Dritte Welt in der Weltwirtschaft
Aus dem Französischen von Ernst Ludwig Zorer und Heide Maria Hertel
Redaktion Horst Stenzel
208 Seiten mit zahlreichen Tabellen, kartoniert DM 19,–

Muhammad Kischli
Kapitalismus und Linke im Libanon
Aus dem Arabischen übersetzt, herausgegeben und mit Anmerkungen versehen von Bassam Tibi
112 Seiten, kartoniert DM 9,–

Ronald Segal
Die Krise Indiens
Aus dem Englischen von Herbert Preißler
343 Seiten, kartoniert DM 15,–

Kurt Steinhaus
Soziologie der türkischen Revolution
Zum Problem der Entfaltung der bürgerlichen Gesellschaft in sozioökonomisch schwach entwickelten Ländern
216 Seiten, kartoniert DM 15,–

Bassam Tibi (Hrsg.)
Die arabische Linke
Eingeleitet von Bassam Tibi
176 Seiten, kartoniert DM 12,–

Bassam Tibi
Zum Nationalismus in der Dritten Welt
Am arabischen Exempel
290 Seiten, kartoniert DM 20,–

Renate Zahar
Kolonialismus und Entfremdung
Zur politischen Theorie Frantz Fanons
96 Seiten, kartoniert DM 7,–

52/72

eva
Europäische Verlagsanstalt
Frankfurt am Main

Anmerkungen zur Bauernpolitik der DKP

Ulf Baumgärtner

Die DKP hat seit ihrer Gründung neben der allgemeinen Programmatik, wie sie zuletzt in den Thesen zum Düsseldorfer Parteitag 1971 vorgestellt wurde, eine Reihe von Vorschlägen und Programmen für Teilbereiche der Politik und für einzelne Gesellschaftsgruppen herausgegeben. So wurde am 27./28. Februar 1971 das „Demokratische Bauernprogramm der Deutschen Kommunistischen Partei" vom Parteivorstand beschlossen. Es beruft sich auf die marxistische Tradition der DKP („Als marxistische Partei erkennt sie die Bauernschaft als wichtigsten Verbündeten der Arbeiterklasse im Kampf gegen die Allmacht des Monopolkapitals . . .", S. 7) und erhebt zugleich den Anspruch, „in der Praxis geboren" zu sein – Resultat einer fast zweijährigen „Diskussion in der Öffentlichkeit", wovon ein Vergleich zwischen Entwurf und endgültiger Fassung allerdings nichts zeigt. Zusammen mit der „DKP-Landrevue-Informationen für die Landwirtschaft", die seit Frühjahr 1971 vierteljährlich erscheint, und anderen Schriften zum Thema zeigt das Demokratische Bauernprogramm, daß die DKP-Bauernpolitik in einer geradlinigen Verlängerung des Kampfes aller demokratischen Kräfte für die antimonopolistische Demokratie aufs Land besteht. Die im wesentlichen von der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus abgeleiteten Grundlagen solcher Politik und einige ihrer Elemente sollen im Folgenden betrachtet werden.

Die Verlängerung der Theorie des Stamokap aufs Land

Die Theorie des Staatsmonopolistischen Kapitalismus (Stamokap) geht in ihren strategischen Schlußfolgerungen davon aus, daß der Hauptwiderspruch „in der jetzigen Etappe der Widerspruch zwischen allen Volksschichten und dem Häuflein der Monopolherren" ist (1). Von daher ist es nicht verwunderlich, daß im Demokratischen Bauernprogramm nur von „Bauern", „werktätigen Bauern" und „Bauernschaft" die Rede ist. Scheringer/Sprenger, deren Buch „Arbeiter und Bauern gegen Bosse und Banken" als theoretische Grundlage des DKP-Bauernprogramms angesehen werden kann, entwickeln aus einer an Lenin orientierten klassenanalytischen Pflichtübung heraus die Begründung dafür, daß im Staatsmonopolistischen Kapitalismus die Klassendifferenzierung auf dem Lande eigentlich keine Rolle mehr spielt. Zum einen benutzen sie als Klassenkriterium die Betriebsgröße und stellen dabei fest, daß sich die „Klassengrenzen innerhalb der Bauernschaft nach oben" verschieben. Damit soll nachgewiesen werden, daß sich die Klassengrenzen tendenziell aus der Bauernschaft herausschieben, d.h. verschwinden, wo es sich jedoch bestenfalls zeigt, daß die Betriebsgröße als Klassenmerkmal nicht taugt. Das zum anderen von ihnen benutzte Klassenkriterium, die Fähigkeit eines landwirtschaftlichen Betriebes zur erweiterten Reproduktion, bringt zwar entschieden mehr, kann aber die neuen Entwicklungen in der BRD-Landwirtschaft, die spezifischen Formen, unter denen das Kapital sich heute die landwirtschaftliche Produktion unterwirft, nämlich vor allem vertikale und horizontale Integration (Vertragslandwirtschaft und Erzeugergemeinschaften), auch nicht beschreiben.

Wenn man die Klassengliederung auf dem Lande als historisch bestimmte und sich verändernde begreift, so muß den aktuellen Wegen, auf denen das Kapital die Landwirtschaft durchdringt, eine bestimmte Gestalt des Differenzierungsprozesses, eine bestimmte Konstellation von Übergangsklassen entsprechen. Lambert ordnet dem gegenwärtigen Stand der Differenzierung zwei Kategorien zu: die pauperisierten Bauern, diejenigen, die in die industrielle Reservearmee absinken und die proletarisierten Bauern, diejenigen, die in der Vertragslandwirtschaft unter formaler Aufrechterhaltung des Eigentums an Produktionsmitteln in immer größere Abhängigkeit von den vor- und nachgelagerten Industrien geraten (2). Daraus würden sich als der gegenwärtigen Haupttendenz entsprechende Klassenkriterien der Grad, mit dem ein Bauer seinen Lebensunterhalt aus zusätzlicher Lohnarbeit decken muß und der Grad der ökonomischen Abhängigkeit von den Konzernen im Rahmen der vertikalen Kooperation ergeben. (Die Abhängigkeit geht zum Teil schon so weit, daß der „Integrator" in der Lohnschweinemast Ferkel und Futtermittel liefert, deren Eigentümer er bleibt und der Bauer seine Arbeitskraft, Stallräume usw. in den Vertrag einbringt, also teilweise bereits mit fremden Produktionsmitteln wirtschaftet.)

Scheringer/Sprenger stellen zwar die neuen Formen der kapitalistischen Beherrschung der Landwirtschaft fest, unternehmen aber nicht den Versuch, die daraus resultierenden Veränderungen der Klassenzusammensetzung auf dem Lande zu analysieren. In dem Bestreben, die Situation auf dem Lande der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus mit ihrem Volk/Monopole-Widerspruch anzupassen, versäumen sie, der allgemein im Kapitalismus wirkenden Form der Klassendifferenzierung („Unter Ruinierung der Bauern verstehen wir ihre Verwandlung aus einfachen Warenproduzenten in Lohnarbeiter", S. 69) den konkreten historischen Inhalt, den dieser Prozeß gegenwärtig annimmt, zuzuordnen (3).

Bei der Einordnung der gesamten Bauernschaft in das den Monopolen gegenüberstehende „Volk" ergeben sich Schwierigkeiten mit den Großbauern. Scheringer/Sprenger lösen das Problem mit einem einfachen formallogischen Kniff: „Die Großbauern werden immer mehr von den Monopolen beherrscht, so daß ihre Grundinteressen in einen immer tieferen Grundwiderspruch zu den Monopolen geraten und sich demzufolge objektiv mit denen der Arbeiterklasse und der werktätigen Bauern treffen" (S. 79). Mit anderen Worten: die Großbauern befinden sich im Widerspruch zu den Monopolen, die Arbeiterklasse und die werktätigen Bauern befinden sich im Widerspruch zu den Monopolen, ergo haben Großbauern einerseits und werktätige Bauern und Arbeiterklasse andererseits dieselben Interessen. Dann gehen sie noch weiter und behaupten: „Tatsächlich gibt es objektiv keine Gemeinsamkeit der Interessen der Bauern, Handwerker, Einzelhändler sowie der kleinen und mittleren Unternehmer mit dem Großkapital" (S. 153). Demgegenüber stellt Lambert fest: „Natürlich ist auch der kapitalistische Landwirt nicht von dieser Infiltration (der internationalen Firmen – d. V.) geschützt. In den meisten Fällen findet er sich damit ab, indem er sich an diesen Gruppen beteiligt und zugunsten des einen oder anderen Stellung bezieht . . . Kurz gesagt, es handelt sich um normale Beziehungen zwischen Kapitalisten unterschiedlicher Stärke" (S. 43).

Auf Grundlage welcher ökonomischen Analyse können die Großbauern ebenso wie die nicht-monopolistische Bourgeoisie in den „Volks"-Eintopf des Bündnisses aller demokratischen Kräfte einbezogen werden? Das DKP-Bauernprogramm spricht davon, daß die gesamte Bauernschaft und die Arbeiterklasse „gemeinsam vom Monopolkapital ausgebeutet werden". Als Formen der Ausbeutung der Bauern nennen Scheringer/Sprenger unter der Überschrift „Wie werden die Bauern ausgebeutet?" die Grundrente, die Agrarpreisschere, die Handels- und Verarbeitungsspannen und die Leistungen an das Bankkapital (S. 32 f.). Demgegenüber ist festzustellen, daß der Begriff „Ausbeutung" für die Aneignung der Produkte unbezahlter Arbeit durch die Kapitalisten, für die Mehrwertenteignung der Arbeiter, reserviert ist. Bei den zitierten ökonomischen Beziehungen zwischen den Bauern und verschiedenen Kapitalfraktionen handelt es sich dagegen um Mehrwerttransfers in der Zirkulationssphäre, bei denen sich die Gesamtmasse des Mehrwertes nicht verändert. Margaret Wirth stellt bei ihrer Kritik des von dem DDR-Ökonomen Kurt Zieschang eingeführten Begriffes „gesellschaftliche Ausbeutung" fest, daß die politische Bedeutung dieser These darin liegt, „daß so dem Arbeiter (und auch dem Bauern – d. V.) in Übereinstimmung mit der Volksfrontstrategie eine partielle Interessenidentität mit der nichtmonopolistischen Bourgeoisie suggeriert werden kann" (4).

Die Theorie vom Staatsmonopolistischen Kapitalismus mit ihrer Vorstellung eines breiten antimonopolistischen Bündnisses macht im Grunde die Bündnisfrage überflüssig. Erstens wird die „Bündnisfähigkeit aller Schichten der bäuerlichen Bevölkerung" (5) konstatiert und zweitens werden die „objektiv gleichen Interessen der Arbeiter und Bauern" (Scheringer/Sprenger, S. 148) beschworen, wodurch sich die Bündnisfrage erübrigt, wenn man als Voraussetzung des Bündnisses unterschiedliche Interessen von Bündnispartnern gegenüber dem Proleratiat annimmt. Während das DKP-Bauernprogramm die Bündnisfähigkeit der gesamten Bauernschaft schlicht unterstellt, räumen Scheringer/Sprenger immerhin noch das Vorhandensein von „spezifischen ideologischen und politischen Wesenszügen" (S. 156) bei den Bauern ein. Die objektiven Grundlagen eines solchen Bewußtseins werden jedoch unterschlagen. Die „rückständige" Ideologie der Bauern, die sich vor allem im Festkleben am Grund und Boden äußert, wurzelt im objektiven Interesse an ökonomischer Sicherheit. Die Bauern, besonders die älteren, haben die wirtschaftliche Sicherheit in den Kriegen und Wirtschaftskrisen schätzen gelernt und sie beobachten auch heute, wie es dem aller Produktionsmittel beraubten Arbeiter ergeht, wenn er auf Kurzarbeit gesetzt oder entlassen wird. Die Bündnispolitik der DKP vernachlässigt die Zwiespältigkeit in der objektiven Situation der Bauern, die darin besteht, daß sie zugleich Werktätige und Eigentümer von

Sammlung Luchterhand

Taschenbücher

Neuerscheinungen

Juni 1972

Band 42

Régis Debray/ Salvador Allende
Der chilenische Weg
Aus dem Französischen und Spanischen von Walter Boehlich.
DM 7,80

Band 66

Klaus Dörner/ Ursula Plog
Sozialpsychiatrie
Psychisches Leiden zwischen Integration und Emanzipation.
DM 4,80

Band 68

Günter Herburger
Eine gleichmäßige Landschaft
Erzählungen.
DM 9,80

Band 69

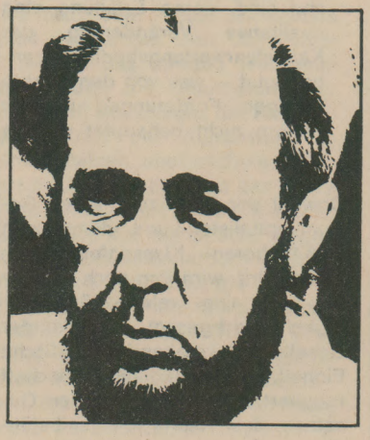
Hartmut Bitomsky
Die Röte des Rots von Technicolor
Kinorealität und Produktionswirklichkeit.
DM 7,80

Band 70

Georg Lukács
Ästhetik
In vier Teilen.
Dritter Teil.
DM 7,80

Band 75

Alexander Solschenizyn
Im Interesse der Sache
Gesammelte Erzählungen.
Aus dem Russischen von Mary von Holbeck, Leonie Labas, Elisa Marin, Christoph Meng und Ingrid Tinzmann.
DM 9,80



September 1972

Band 71

Georg Lukács
Ästhetik
In vier Teilen.
Vierter Teil. DM 9,80

Band 76

Hans-Albert Walter
Bedrohung und Verfolgung bis 1933
Deutsche Exilliteratur 1933-1950.
Band 1. DM 9,80

Band 77

Hans-Albert Walter
Asylpraxis und Lebensbedingungen in Europa
Deutsche Exilliteratur 1933-1950.
Band 2. DM 9,80

Band 78

Herbert Marcuse
Vernunft und Revolution
Hegel und die Entstehung der Gesellschaftstheorie.
DM 9,80

Band 79

Enzensberger, Nitsche, Roehler, Schafhausen (Hrsg.)
Klassenbuch 1
Ein Lesebuch zu den Klassenkämpfen in Deutschland 1750-1850.
DM 7,80

Band 80

Enzensberger, Nitsche, Roehler, Schafhausen (Hrsg.)
Klassenbuch 2
Ein Lesebuch zu den Klassenkämpfen in Deutschland 1850-1920.
DM 7,80

Band 81

Enzensberger, Nitsche, Roehler, Schafhausen (Hrsg.)
Klassenbuch 3
Ein Lesebuch zu den Klassenkämpfen in Deutschland 1920-1970.
DM 7,80

Band 82

Friederike Mayröcker
Arie auf tönernen Füszen
Metaphysisches Theater
DM 4,80

Band 83

Hans Frick
Mulligans Rückkehr
Roman.
188 Seiten. DM 7,80

Band 84

Günter Herburger
Die Eroberung der Zitadelle
Erzählungen. DM 9,80

Band 85

Dahm/Luhmann/ Stoodt
Religion – System und Sozialisation
Reihe Theologie und Politik, Band 2.
Herausgegeben von Hans-Eckehard Bahr.
DM 9,80

Ausführliche Prospekte der »Sammlung Luchterhand« erhalten Sie in Ihrer Buchhandlung

Sammlung Luchterhand

Produktionsmitteln sind. (Da sich die Eigentumspolitik des DKP-Bauernprogrammes nicht direkt aus der Stamokap-Theorie herleiten läßt, soll sie gesondert behandelt werden.) Deshalb und aus politischer Opportunität geht das Demokratische Bauernprogramm auch nicht auf das Problem der Führung durch die Arbeiterklasse ein, die sich generell aus der Tatsache rechtfertigt, daß das Proletariat als einzige Klasse keine Bindung an das Privateigentum hat.

Auf der anderen Seite des Volk/Monopole-Widerspruches unternimmt die Theorie des Staatsmonopolistischen Kapitalismus eine Neudefinition der „herrschenden Klasse". Die wesentliche Aussage dazu lautet in den Worten des DDR-Agrarökonomen Emil Rechtziegler: „Unter den Bedingungen der Verschmelzung der Macht der Monopole mit der des Staates ... verwandelt sich die Konzentration der ökonomischen Macht in den Händen des Finanzkapitals in politische Macht, die sich in staatlichen Maßnahmen zur staatsmonopolistischen Monopolisierung der Existenzbedingungen der Landwirtschaft und in der Schaffung eines staatlichen Ausbeutungssystems niederschlägt" (6). Einerseits wird der Staat damit zum realen Gesamtkapitalisten gemacht, d.h. die dem Kapitalismus eigene Trennung von Wirtschaft und Politik, die nur widersprüchlich und begrenzt aufgehoben werden kann, wird als endgültig überwunden angenommen (7). Andererseits führt die Verschmelzungs-Theorie zu der These vom „Primat der Politik",

Jahr um Jahr – Traktorendemonstrationen ohne Perspektive dpa

die in einem der DDR-Hauptwerke zur Theorie des Staatsmonopolistischen Kapitalismus, nämlich „Imperialismus heute" und, auf die Landwirtschaft angewandt, von Rechtziegler ebenso wie von Scheringer/Sprenger vertreten wird (8). An der Auffassung über das Verhältnis der Bauern zum Staat zeigt sich deutlich, wie die Situation auf dem Lande nach dem in die Stamokap-Theorie passenden Bilde geformt wird. Die ökonomischen Kämpfe der Bauern werden zu politischen gemacht, wobei außer acht gelassen wird,

- daß wirtschaftliche Forderungen dadurch, daß sie an den Staat gerichtet werden, nicht automatisch zu politischen Forderungen werden;
- daß politische Forderungen solche sind, deren Erfüllung eine qualitative Veränderung der Kapitalverwertungsbedingungen bedeutet – was von den gegenwärtigen Forderungen unserer Bauern nicht behauptet werden kann.

Obwohl der Staat zum realen Gesamtkapitalisten und damit zum unmittelbaren Klassenfeind gemacht wird, wird ihm doch wiederum auch eine „relative Selbständigkeit" nachgesagt. Als über der Gesellschaft stehende politische Einheit, die bewußt die Wirtschaft reguliert, hat er sich von den Gesetzen des Kapitals verselbständigt und wird „für die antimonopolistischen Kräfte funktionalisierbar" (9). Die praktische Konsequenz solcher Vorstellungen kommt beispielsweise im Abschnitt „Finanzierung" des DKP-Bauernprogrammes zum Ausdruck (die Finanzierungsvorschläge sind in sämtlichen Einzelprogrammen der DKP dieselben): „Die Deutsche Kommunistische Partei sagt den Bauern und Verbrauchern: Geld ist im Staatshaushalt genug vorhanden, um dieses demokratische Bauernprogramm Punkt für Punkt zu verwirklichen. Das Geld wird jedoch nicht im Interesse des Volkes verwendet. Den Hauptteil der Etatmittel verschlingen die Rüstungswirtschaft und die Profitsucht der Konzerne" (S. 41). Und Rechtziegler empfiehlt den westdeutschen Bauern, „die Macht der Monopole zurückzudrängen und die staatliche Förderung demokratischer Produktionsgemeinschaften durchzusetzen" (10).

An diesem Punkt zeigt sich, daß die Theorie des Stamokap gezwungenermaßen in einer Sackgasse landen muß: die Zweieinigkeit Staat/Monopole macht es notwendig, daß der reale Gesamtkapitalist sich selbst vernichtet, indem er als Staats-Haupt seine Glieder, die Monopole, „zurückdrängt und schließlich überwindet."

Einige Elemente der DKP-Bauernpolitik

In der „Landrevue" (Jahrgg. 1, Nr. 2/71) wird die „Stellung der DKP zum bäuerlichen Eigentum" als „Kernstück des Demokratischen Bauernprogramms" bezeichnet. In einer Zeit, in der die Frage insbesondere des Bodeneigentums im Brennpunkt der öffentlichen Dis-

Neue Reihe: Plakat-Bauernverlag

Trotz der großen Zahl linker Kleinverlage und des Interesses bürgerlicher Verlage für linke Literatur existiert ein Mangel an Veröffentlichungen über die Agrarfrage. Landjugendliche, oppositionelle Bauern, Landwirtschaftsstudenten müssen, vor allem wenn sie als Gruppe arbeiten wollen, viel Geld und Zeit einsetzen, um an die wenigen Arbeiten zur Agrarfrage heranzukommen.

Der Plakat-Bauernverlag besteht aus Mitgliedern des Arbeitskreises Agrarpolitik der Universität Stuttgart-Hohenheim und des Plakat-Kollektivs Stuttgart. Er ist Teil des Sozialistischen Zentrums (SZ) Stuttgart. Alle Überschüsse aus dem Bauernverlag gehen an das SZ bzw. den Arbeitskreis Agrarpolitik.

Die Veröffentlichungen des Plakat-Bauernverlags sind nicht in jedem Falle als Ausdruck der politischen Linie des SZ anzusprechen. Es geht in erster Linie darum, arbeitenden Gruppen Material verfügbar zu machen, relativ unabhängig vom jeweiligen politischen Standpunkt der Autoren der Publikationen. Der Plakat-Bauernverlag hat in Kooperation mit dem Sozialistischen Büro inzwischen zwei Titel herausgebracht.

Hamza Alavi, „Theorie der Bauernrevolution", ca. 70 Seiten, broschiert, DM 4,–: Die Arbeit von Hamza Alavi wurde 1965 geschrieben und 1968 in einer spanischen Übersetzung in Kolumbien herausgebracht (auf dieser spanischen Übersetzung basiert die deutsche Version). Alavi untersucht die Rolle der Bauern nicht primär im antiimperialistischen Kampf, sondern im nationalen Klassenkampf. Mit dem Erstarken der nationalen Befreiungsbewegungen in kolonial und neokolonial ausgebeuteten Völkern in den letzten Jahren hat die Theorie vom Widerspruch zwischen Weltstadt (Metropolen) und Weltdorf (Satelliten) auch bei uns an Einfluß gewonnen. Aber über dem Kampf zwischen Imperialismus und unterdrückten Völkern werden allzu leicht die Klassengegensätze in den ausgebeuteten Völkern vernachlässigt – ebenso wie die in den Metropolen. Die Lektüre von Alavis Arbeit schützt vor solcher Einseitigkeit. Die einzelnen Kapitel: Das Problem – Die Bauern und die russische Revolution – Maoistische Theorie und Praxis – Der indische Fall – Schlußfolgerungen – Nachwort der Herausgeber der deutschen Ausgabe.

Emil Rechtziegler, „Westdeutsche Landwirtschaft im Spätkapitalismus", ca. 120 Seiten, broschiert, DM 5,–: Rechtziegler ist ein kompetenter Kenner westdeutscher Agrarverhältnisse. Die sehr sorgfältig recherchierte Arbeit kann es, was die wissenschaftliche Qualität anbelangt, allemal mit den Schriften bürgerlicher Agrarökonomen aufnehmen. Sie hat ihnen gegenüber außerdem den Vorzug eines die gesellschaftlichen und politischen Zusammenhänge erschließenden analytischen Instrumentariums. In einem Vorwort zu der 1969 in der DDR erschienenen Schrift setzt sich Ulf Baumgärtner insbesondere mit dem Versuch Rechtzieglers auseinander, seine korrekte ökonomische Analyse der Verhältnisse auf dem Lande in das Schema des Widerspruches Volk/Monopole und des verschmolzenen Staat-Monopole-Gebildes (also in die Stamokap-Theorie) zu pressen. Rechtzieglers Schrift ist für Sozialisten sicherlich nicht als direkte Anleitung zu praktischem politischen Handeln verwertbar, aber seine Aufarbeitung von Faktenmaterial ist, ungeachtet der Vorbehalte gegen seine politischen Schlußfolgerungen, wichtiges Arbeitsmaterial für alle auf dem Lande arbeitenden Sozialisten.

An weiteren Titeln sind in Vorbereitung: Lambert, Über Methoden, Erfahrungen und Kämpfe der französischen Bauern; Scharrer, Maulwürfe, Ein Bauernroman.

Außerdem gibt der Plakat-Bauernverlag eine Zeitung für Landjugendliche und -studenten in unregelmäßiger Folge heraus und ist eine Plakat-Wandzeitung für Bauern geplant. Der Arbeitskreis Agrarpolitik ist sehr an Hinweisen auf weiteres relevantes Material interessiert. Er bietet allen Gruppen, die sich um die Untersuchung der Agrarfrage bemühen und/oder politische Arbeit auf dem Lande leisten, Zusammenarbeit an: Plakat-Bauernverlag, 7 Stuttgart 1, Kernerstr. 49.

Die Schriften des Plakat-Bauernverlages können bezogen werden vom Sozialistischen Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 591.

kussion steht, beeilt sich die DKP zu versichern: „Demokratische Landreform setzt die Erhaltung des bäuerlichen Eigentums voraus und schützt es" (Bauernprogramm, S. 17). Scheringer/Sprenger wähnen sich „in voller Übereinstimmung mit Friedrich Engels", wenn sie dazu aufrufen, „das Eigentum der Bauern auch als Einzelproduzenten gegen die Willkür der Monopole und gegen den kapitalistischen Strukturwandel (zu) verteidigen" (S. 103). Dagegen schreibt Engels in „Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland": „Es ist die Pflicht unserer Partei, den Bauern immer und immer wieder die absolute Rettungslosigkeit ihrer Lage, solange der Kapitalismus herrscht, klarzumachen, die absolute Unmöglichkeit, ihnen ihr Parzelleneigentum als solches zu erhalten." Seine Auffassung, die Arbeiterklasse müsse sich dafür einsetzen, „daß der Kampf der Kapitalisten und Großgrundbesitzer gegen die Kleinbauern schon heute mit möglichst wenig unrechtlichen Mitteln geführt und direkter Raub oder Prellerei ... möglichst verhindert wird," kann sicherlich nicht als Aufruf zur Verteidigung des bäuerlichen Eigentums interpretiert werden. Der Trick mit dem Schutz des bäuerlichen Eigentums vor dem kapitalistischen Strukturwandel ist Opportunismus, denn die DKP weiß wohl auch, daß die Bauern, wenn sie von bäuerlichen Eigentum reden, genau dieses „Parzelleneigentum als solches". meinen und nicht das bäuerliche Eigentum der „modernen bäuerlichen Landwirtschaft" (Bauernprogramm), das nichts anderes sein kann, als das De-jure-Eigentum der Einzelbauern in der genossenschaftlichen Landwirtschaft mit gemeinsamer Bodennutzung. (Es sei auch darauf hingewiesen, daß die Bauern in der DDR Eigentumstitel, in der UdSSR dagegen lediglich Nutzungsrechte erhielten.)

Dieser Opportunismus kann nicht mehr als Taktik entschuldigt werden, denn er läuft dem strategischen Ziel, nämlich die Bauern für das Bündnis mit der Arbeiterklasse zu gewinnen, diametral entgegen. Marx und Engels haben den eingefleischten Eigentumssinn der Bauern als wesentliches Hindernis für das Zusammengehen mit dem Proletariat hervorgehoben: „Je schwerer ihm der Kampf wird um sein gefährdetes Fetzchen Land, mit desto gewaltsamerer Verzweiflung klammert er sich daran fest ..." (11) und „Der Eigentumstitel des Bauern ist der Talisman, womit das Kapital ihn bisher bannte, der Vorwand, unter dem es ihn gegen das industrielle Proletariat aufhetzte" (12).

Die Parole von der „Erhaltung des bäuerlichen Eigentums" hält darüber hinaus die jahrelang von der Bonner Agrarpolitik gepflegte Illusion aufrecht, alle Bauern könnten in ihrem Beruf und auf ihrem Betrieb bleiben. Auch die DKP weiß, daß die Freisetzung von Arbeitskräften in der Landwirtschaft zum Teil objektiv unumgänglich ist, und sie weiß, daß auch in der DDR eine Abwanderung aus der Landwirtschaft stattfindet. Die DKP stellt die Eigentumsfrage in der Landwirtschaft auf den Kopf, indem sie den ständischen, nach rückwärts gerichteten Kampf der Bauern als kleine Warenproduzenten um die Erhaltung ihres Privateigentums a priori in einen antikapitalistischen, fortschrittlichen Kampf verkehrt.

Protest gegen Molkerei-Profite dpa

Ähnlich verhält es sich mit anderen Forderungen des demokratischen Bauernprogramms. Zum Teil dekken sie sich mit Forderungen des Deutschen Bauernverbandes (kostendeckende, stabile Erzeugerpreise), zum Teil mit Forderungen bürgerlicher Kultur- und Sozialpolitiker (Anpassung der landwirtschaftlichen Ausbildung an die Erfordernisse der wissenschaftlich-technischen Revolution, Krankenversicherung, Altersversorgung, Mutter- und Kinderschutz, Ganztags-Kindergärten), zum Teil sind es Phrasen („eine neue, fortschrittliche Bildung, getragen vom humanistischen Geist", „ein vielfältiges, kulturvolles Leben", – Bauernprogramm S. 35). Gemeinsam ist diesen Forderungen, daß sie fast durchweg an den Staat gerichtet werden, daß die Bedingungen ihrer Realisierung und ihr Stellenwert in einer langfristigen Strategie nicht angegeben werden und daß nicht gesagt wird, wie die Integration solcher Reformen in das bestehende System verhindert werden kann.

Die Einschätzung der Genossenschaften und des Deutschen Bauernverbandes (DBV) durch die DKP liefert weitere Beispiele dafür, wie der Wunsch nach Vereinigung aller antimonopolistischen Kräfte losgelöst von der politischen Realität Vater des Gedankens ist, wenn alternativ beide als den Gewerkschaften entsprechende Kampforganisationen der Bauern vorgeschlagen werden.

Unbeschadet der alten und sich immer wieder bestätigenden Erkenntnis, daß die Genossenschaften zu „Kollektiv-Unternehmungen kapitalistischen Charakters" (Bucharin) entartet sind, zu „Transmissionsriemen des Kapitalismus" (Lambert), wendet die DKP ihren Blick nach rückwärts und fordert die Rückkehr zum „Geiste der Prinzipien Raiffeisens" (Bauernprogramm S. 33). Ebenso losgelöst von der herrschenden Gesellschaftsordnung und der politischen Macht wird der DBV betrachtet: Die Auffassung, der DBV könne zu einem politischen oder gewerkschaftlichen Kampfinstrument der gesamten Bauernschaft gemacht werden, muß sich ergeben, wenn man die Klassengegensätze innerhalb der Bauernschaft, die sich politisch in der Beherrschung des Bauernverbandes durch die Großbauern ausdrücken, vernachlässigt. So erübrigt sich auch die Frage, weshalb der DBV trotz seines großbäuerlichen, bourgeoisen Charakters einen Massenanhang unter den Kleinbauern hat, mit welchen Mitteln die Partnerschaftsideologie aufrechterhalten wird.

Bauernpolitik als integraler Bestandteil der DKP-Politik

In der Einschätzung der Bauernfrage durch die DKP findet sich die der Stamokap-Theorie eigene Verwischung der Klassengegensätze auf zwei Ebenen wieder:

- Die mannigfaltigen Klassenwidersprüche in unserer spätkapitalistischen Gesellschaft werden dem Widerspruch Volk/Monopole untergeordnet. Analog etwa zur Politik der „gewerkschaftlichen Orientierung" des MSB Spartakus, die von der Gleichgerichtetheit der Interessen von Proletariat und Intelligenz ausgeht, wo es sich lediglich um die Tendenz handelt, daß Teile der Intelligenz sich an das Proletariat annähern, werden in der Bauernpolitik die ständischen Interessen, die auf eine Verteidigung des Eigentumprivilegs gegenüber dem Proletariat hinauslaufen, in fortschrittliche, antimonopolistische Interessen umgemünzt.
- Die Theorie des Stamokap erhebt den Systemgegensatz zwischen Kapitalismus und Sozialismus über die Klassengegensätze in den kapitalistischen bzw. sozialistischen Gesellschaften. Das Hauptziel des Kapitalismus wird im Zusammenschluß aller Kräfte gegen den Sozialismus gesehen, wenn etwa Rechtziegler schreibt: „Für den westdeutschen Imperialismus ist insbesondere eine Neuorientierung seiner Agrarpolitik notwendig geworden, weil die sozialistische DDR demonstriert, wie die ökonomischen und sozialen Probleme der technischen Revolution in der Landwirtschaft erfolgreich gemeistert werden können" (13).

Dabei wird ignoriert,

- daß sich der Kapitalismus immer noch primär aufgrund seiner immanenten Widersprüche bewegt,
- daß die Systemkonkurrenz keineswegs eine einseitige Beeinflussung des Kapitalismus durch den Sozialismus bedeutet.

Diese Bestandteile der Stamokap-Theorie können ihre historischen Wurzeln nicht verleugnen: die Subsumtion der nationalen Klassenkämpfe unter die Systemkonkurrenz geht unmittelbar auf die stalinistische These vom Aufbau des Sozialismus in einem Lande zurück, und das breite antimonopolistische Bündnis aller demokratischen Volkskräfte ist nichts ande-

Kleinanzeigen

Vietnamesische Studenten

Dokumentation zum Verhältnis der südvietnamesischen Botschaft zu den vietnamesischen Studenten in der BRD. 19 Seiten, DIN A 3, DM 1,- + Porto. Bezug: Agit-Prop-Buchladen, 51 Aachen, Eifschornsteinstr. 4.

Vietnam-Material

Vietnam und die Sozialisten – Materialien zum Konflikt in Indochina, zu Imperialismus, Kolonialismus und Sozialdemokratie, herausgegeben vom Sozialdemokratischen Indochinakomitee Österreichs. Ca. 60 Seiten, DM 3,–. Bezug: Kontor für sozialistische Publizistik, A-1040 Wien, Favoritenstr. 20 – 22/18

Paragraph 218

Die Monatszeitschrift „kritischer Katolizismus" und das Evangelische Kirchenoppositionsblatt „Akid" haben eine Stellungnahme zur Reform des § 218 herausgebracht. Bezug: „kritischer Katolizismus", 5 Köln 51, Vorgebirgstr. 115

Info Südbaden

Info des SB mit ausführlichem Bericht über die Aktion Roter Punkt 1972 in Freiburg, mit Presseartikeln, Flugblättern und „Analyse zum Problem des öffentlichen Nahverkehrs". Bezug (DM 1,20 in Briefmarken beilegen): Sozialistischer Bund Südbaden, 78 Freiburg, Schwabentorstr. 6

Links-Pazifisten

„Embryo" links-pazifistische Zeitung. Schwerpunkte, Analyse und Kritik der Friedensprobleme und -forschung, Kritik der bürgerlichen Erziehung. Probeexemplar (DM 0,50 in Briefmarken beifügen): Heinrich Gerdes, 297 Emden, Kapellenweg 6

Schulungspaper

Überlegungen zur neuen revolutionären Klasse (bearbeiteter Stoff: Richta-Report, Schriften der italienischen und französischen Linken). Bezug (DM 0,50 in Briefmarken beilegen): Gruppe Solidarität, c/o Hans Hanke, 413 Moers, Ostring 11

Sozialarbeiter

Staatliche Anerkennung erforderlich. Aufgabenbereich: Leitung eines Wohnkollektivs mit sechs minderjährigen männlichen Jugendlichen. Konditionen: BAT IV a und Pkw-Pauschale. Mitarbeiter: 1 Kollektivberater, 1 EDL. Es sollen sich diejenigen melden, die Konfrontationen zwischen proletarischen Orientierungen/Bedürfnissen der Jugendlichen und denen der eigenen (bürgerlichen?) nicht aus dem Weg gehen. Verein Soziale Jugendarbeit e.V., 463 Bochum, Lennershofstr. 66, Tel. 02321/702576

res als die Neuauflage der stalinistischen Volksfrontstrategie, die kurzerhand aus einer Defensivstrategie gegen den Faschismus in eine Offensivstrategie verwandelt wurde.
Ironischerweise ließe sich die Strategie des „Zurückdrängens der Monopole" und der Errichtung der „antimonopolistischen Demokratie" (die indische KP kennzeichnet ihr analoges Konzept der „Nationalen Demokratie" damit, daß in ihr „das Proletariat die Macht mit der nationalen Bourgeoisie teilt" (14) auch mit Doppelherrschaft umschreiben.
Schließlich hat die Diskussion der DKP-Agrarpolitik die in der Stamokap-Theorie dem Staat zugeschriebene zentrale Rolle bestätigt. Er erscheint als über den sozialen Gruppen stehende neutrale Macht, die von der Arbeiterklasse umfunktioniert werden kann und zwar in dem Sinne, daß sie ihn zu Umverteilungen des Volkseinkommens zwingt (die Umverteilung der Rüstungskosten erscheint bei der DKP als Allheilmittel, als Finanzquelle für sämtliche Sozialreformen). Anstelle des Kampfes um die Verfügungsgewalt über das gesellschaftliche Produkt tritt der Kampf um die staatliche Verteilung; der Gegensatz zwischen Lohnarbeit und Kapital soll durch staatliche Vermittlung ausgeglichen, statt abgeschafft werden; das revolutionäre Subjekt wird zum staatlichen Unterstützungsempfänger. Grundlage dieser Strategie ist die Annahme, das vermehrte Eingreifen des Staatsapparates, die „staatsmonopolistische Regulierung" sei prinzipiell fortschrittlich, zur Zeit zwar noch mit reaktionären Inhalten gefüllt, aber tendenziell für die „Demokratie" ausnutzbar. Demgegenüber stellt Margaret Wirth fest: „Doch dieser Apparat wird nicht den ‚Interessen der Werktätigen' entfremdet; vielmehr ist der Staatsapparat im Kapitalismus notwendigerweise etwas Fremdes, weil er die Bedingungen der Profitproduktion und nicht die Entwicklung der Gesellschaft organisiert" (15). Diese Auffassung vom bürgerlichen Staat und seinen Regulierungsmaßnahmen eröffnet den „friedlichen Weg zum Sozialismus" als Eroberung der bestehenden Planungsinstitutionen. Darin aber zeigt sich eine Verwandtschaft der Theorie des Staatsmonopolistischen Kapitalismus mit Hilferdings Theorie vom „organisierten Kapitalismus": beide gehen davon aus, daß das Anwachsen der Rolle des Staates in der Wirtschaft eine demokratische Regulierung des Wirtschaftsprozesses im Interesse der ganzen Bevölkerung ermöglicht, und dies erreicht wird, indem man die Führungseliten auswechselt, an die Stelle der Kapitalfunktionäre Arbeiterführer setzt.
Es ist nicht ausschließlicher Zweck dieser Anmerkungen, die DKP-Agrarpolitik zu kritisieren, vielmehr muß es auch darum gehen, mittels solcher Auseinandersetzungen die vielfältigen Probleme der Bauernfrage klarer zu analysieren mit dem Ziel, die politische Arbeit unter den Bauern realistischer, effektiver und für die Betroffenen nützlicher zu machen. In der Praxis, draußen auf dem Lande, muß sich zeigen, welche theoretischen Grundlagen mit dazu beitragen können, die richtigen Ideen in den Köpfen der Menschen aufkommen zu lassen – vor allem dort muß die Auseinandersetzung mit der DKP geführt werden. Die theoretische Auseinandersetzung kann im besten Fall mit zur Erarbeitung der revolutionären Theorie in ihrem, die Bauern der BRD betreffenden Teilaspekt beitragen.
Schon heute kann jedoch resümiert werden: „Es ist zwar unerläßlich, die Front der Kämpfe zu erweitern, um den Kapitalismus zu schwächen und dann zu zerschlagen und die Einführung des Sozialismus vorzubereiten, aber diese Aufgabe läßt sich nicht in Zusammenarbeit mit jeder beliebigen ‚antimonopolistischen' Schicht der Bevölkerung erfüllen. Der Klassenkampf bildet die Achse dieses Kampfes und ist also Voraussetzung für jedes Bündnis" (16).

Anmerkungen:

(1) Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien, zitiert bei: Richard Scheringer und Wilhelm Sprenger: Arbeiter und Bauern gegen Bosse und Banken, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt 1970.
(2) Bernard Lambert, Bauern im Klassenkampf, Rotbuch 32, Verlag Klaus Wagenbach, Berlin 1971, S. 48 f.
(3) Daß eine derart abstrakte Analyse an wichtigen ökonomischen Fragen vorbeigehen muß, zeigt folgendes Beispiel: Scheringer/Sprenger sprechen von der Tendenz, daß Mittel- und sogar Großbauern zu „De-Facto-Lohnarbeitern" absteigen (S. 95), erklären aber nicht, weshalb das Kapital die Bodenproduktion nicht direkt übernimmt (eine solche Entwicklung suggeriert das DKP-Bauernprogramm: „Vorgesehen ist, daß in der Bundesrepublik mindestens zwei Drittel der bäuerlichen Betriebe verschwinden – ihr Boden soll wenigen Großunternehmen zur Verfügung gestellt werden . . .", S. 10). In der Tat benötigt z. B. der Nestlé-Konzern, um die von ihm insgesamt verarbeitete Milch auf eigenen Weiden zu erzeugen, eine Fläche ungefähr so groß wie die Schweiz. Es ist also für die betreffenden Konzerne günstiger, die Bauern als „Heimarbeiter" (Lambert, S. 44) zu benutzen, die nicht nur ihre Arbeitskraft zur Verfügung stellen, sondern auch Investitionen tätigen und das Produktionsrisiko tragen.
(4) Margaret Wirth, Kapitalismustheorie in der DDR, edition suhrkamp, Nr. 562, Frankfurt/M. 1972, S. 69.
(5) Emil Rechtziegler, Westdeutsche Landwirtschaft im Spätkapitalismus. DWI-Forschungshefte, 4. Jahrgang, Heft 4, Berlin 1964, S. 98.
(6) Emil Rechtziegler, a.a.O.
(7) Margaret Wirth macht auf die Analogie dieser Vorstellung von einem geschlossenen, in sich widerspruchslosen Machtapparat von Staat und Monopolen zum Kautskyschen Konzept des „Ultraimperialismus" aufmerksam (a.a.O. S, 76).
(8) z. B. E. Rechtziegler in a.a.O., S. 109: „Der Politik gehört das Primat, und die Machtfrage tritt bei allen Auseinandersetzungen zwischen Bauernschaft und Monopolbourgeoisie in den Vordergrund. Die ökonomischen Widersprüche in der Landwirtschaft . . . äußern sich immer mehr als politische Widersprüche zwischen der Agrarpolitik des Staates und den Interessen der Bauern."
(9) SHB/SF, Zur Kritik der „gewerkschaftlichen Orientierung" in der Studentenbewegung. „links" Nr. 33, Offenbach Mai 1972.
(10) Rechtziegler, a.a.O., S. 98.
(11) Friedrich Engels, Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland, in Marx/Engels, Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Band II, Dietz Verlag, Berlin 1960, S. 397.
(12) Karl Marx, Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850. Marx/Engels, Werke, Band 7, S. 84.
(13) Rechtziegler, a.a.O., S. 35.
(14) G. Adhikari, The Problem of the Non-Capitalist Path of Development of India and the State of National Democracy. World Marxist Review Vol. III, Nr. 11, Nov. 1964.
(15) Margaret Wirth, a.a.O., S. 126/27.
(16) Lambert, a.a.O., S. 95.

organisationen

Zur Arbeit des Projektbereichs Psychisch Kranke

Der Projektbereich Psychisch Kranke in der A.G. SPAK (Arbeitsgemeinschaft Sozialpolitische Arbeitskreise) entstammt zwei Strömungen: einerseits studentischen Caritasgemeinschaften, die sich mit der Randgruppe „Psychisch Kranke" beschäftigen, andererseits dem zaghaften Aufkommen der Sozialpsychiatrie in der BRD. War in der „klassischen Psychiatrie" auf Grund der hierarchischen Gliederung Arzt-Pfleger-Patient und der Ideologie der hirnorganischen Bedingtheit aller psychischen Erkrankungen kein Platz für Laienhelfer, so wurden diese in der Sozialpsychiatrie anfänglich sehr ermutigt: ihnen könnten in einem enthierarchisierten, am Modell der therapeutischen Gemeinschaft orientierten Krankenhaus am leichtesten sinnvolle Aufgaben zufallen (Dr. Veltin, Gütersloh).

Aus: Berliner Extradienst

So sind in den Jahren 1969/70 vor allem sozialpsychiatrisch engagierte Ärzte aus Gütersloh und Tübingen als Mentoren der SPAK-Arbeit festzustellen, und die sozialpsychiatrischen Tagungen des „Mannheimer Kreises" bis 1971 als Hauptquelle der Weiterbildung der Gruppenmitglieder. So erbrachte auch die sozialpsychiatrische Tagung in Berlin die politische Wendung des Projektbereichs: die Problematisierung des bürgerlichen Krankheitsbegriffs als an der Arbeitsfähigkeit orientiert, klassenspezifisch, ohne fließenden Übergang zum „Gesunden"; Krankheit als Protest, als Nicht-Anpassung; die Behandlung des betreuten „Kranken" als Objekt.
Dies führte den Projektbereich zur Beschäftigung mit antipsychiatrischen Modellen (Laing, Cooper, Basaglia), mit den Erfahrungen des Heidelberger Sozialistischen Patientenkollektivs (SPK), somit auch zur Kritik der Sozialpsychiatrie mit ihren „Pazifizierungs-, Harmonisierungs- und Dressurfunktionen" (aus einem Protokoll). Wir sahen, daß in den zeitgenössischen psychotherapeutischen Strömungen keine einzige noch imstande ist, die individuelle Vermittlung der kapitalistischen Situation in der jeweiligen psychischen Krankheit so aufzuarbeiten, daß die Besserung der individuellen Lage (von einer „Heilung" kann ja erst die Rede sein, wenn die krankmachende Gesellschaft so verändert worden ist, daß die Erscheinungsformen der Entfremdung fortfallen) mit der Einsicht in die Notwendigkeit der Veränderung der bestehenden Gesellschaft Hand in Hand geht. An Hand einer Einlösung des Marx'schen Programms, „die Psychologie aus der Industrie zu entwickeln", an Hand der Kritik der Strömungen um Freud, Adler, Reich, Fromm, Ammon, sowie der Sozialpsychiatrie, der Antipsychiatrie und des Sozialistischen Patientenkollektivs ist es eines unserer Ziele, Vorstufen zu einer Art von „sozialistischer Therapie" zu entwickeln.
Unsere Praxis beinhaltete bislang vor allem:

1. Arbeit in bestimmten Stationen von Landeskrankenhäusern und psychiatrischen Anstalten, Aufzeigen von Konflikten in den Anstalten, Kontakt mit progressiven Ärzten, Pflegern etc.
2. Die (Nach)betreuung „psychisch Kranker" (worunter wir dann auch großteils selbst zu verstehen sind) in Kleingruppen oder Patienten-Clubs. Derzeit arbeiten erst 7 Gruppen in der BRD, – unser Bestreben ist es, in der BRD ein Netz von Gruppen aufzubauen, das durch die Vielseitigkeit seiner Erfahrungen die Theoriebildung wie die Praxis auf eine qualitativ neue Ebene hebt.

Dazu wird unter anderem erforderlich sein: Intensive Zusammenarbeit mit den Drogenabhängigen-Gruppen („Release" etc.), mit den Psychotherapeutischen Beratungsstellen, mit dem Mannheimer Kreis, mit Ersatzdienstleistenden-Gruppen, mit allen theoretisch arbeitenden Basisgruppen (vor allem Psychologie und Medizin). Entwicklung neuer Formen emanzipatorischer Laientherapie (schon auf Grund der objektiven Notwendigkeit, daß für eine offizielle Dunkelziffer von 6 Millionen „Psychisch Kranker" in der BRD nur einige hundert Psychoanalytiker zur Verfügung stehen . . .). Einrichtung von Laienhelfergruppen der Tendenz nach bei allen psychiatrisch orientierten Krankenanstalten der BRD, – wir ersparen uns die Schilderung der Konflikte, die seitens unserer Gruppen in Krankenanstalten schon durchgestanden worden sind. Und, die karitative Zielsetzung unseres Anfangs im Hebel'schen Sinn aufhebend, die breite Entfaltung unmittelbarer Hilfeleistung: einem „Kranken" wird die soziale Ursache seiner Krankheit im allgemeinen nicht so richtig einsichtig, wenn die betreuende Gruppe ihn ohne Wohnung und Arbeit läßt . . .

Natürlich ist auch bei uns der Stellenwert unserer Arbeit für die sozialistische Bewegung diskutiert worden. Einige waren der Ansicht, diese hätte derzeit überhaupt keine: sie gingen zur KPD/ML. Nach Ansicht der Mehrheit von uns besteht der Stellenwert in der Erkenntnismöglichkeit der eigenen Widersprüche, im Aufbrechen jener Momente, die die Einsicht in die objektiven Zusammenhänge der Gesellschaft (und Handeln nach dieser Einsicht) verhindern, in der Vorwegnahme künftiger Berufspraxis.

Wir ersuchen um Kontakte und Zusammenarbeitsmöglichkeiten mit all jenen Lesern von „links", die in ähnlicher Richtung arbeiten.

Adressen: Geschäftsstelle der A.G. SPAK, 62 Wiesbaden, Goldgasse 15; Gruppenadressen: Michael Schulz, 53 Bonn, Kaiserstr. 40; Reinhard Uhl, 78 Freiburg, Eichbergstr. 6a; Psycho-SPAK, 34 Göttingen, von-Bar-Str. 2–4; Volker Töbel, 775 Konstanz, postlagernd; Therapeutischer Club, 8 München 40, Steinickeweg 4; Psycho-SPAK (Evangelische Studentengemeinde), 44 Münster, Breul 43; Michael Hochgesandt, 74 Tübingen, Derendinger Str. 20.

ROLF SCHWENDTER

Solidarität mit Hoss, Mühleisen und D'Andrea

„links" berichtete in Nr. 34 ausführlich über die Betriebsratswahlen bei Daimler-Benz und den Wahlerfolg der Liste Willi Hoss, Hermann Mühleisen und Mario D'Andrea, die 27 % der Arbeiterstimmen Werk Untertürkheim auf sich vereinigen konnte. Nun versucht sich der etablierte und an sozialpartnerschaftlicher Befriedigungspolitik orientierte Betriebsrat für diese Schlappe zu rächen. Eine „Untersuchungskommission" unter dem Vorsitz des Betriebsratsvorsitzenden von Daimler-Benz Sindelfingen hat dem Vorstand der IG Metall den Ausschluß von Willi Hoss aus der IG Metall empfohlen, und es ist damit zu rechnen, daß diese „Untersuchungskommission" in Bezug auf die Kollegen Mühleisen und D'Andrea ebenso verfahren wird. Die IG Metall-Spitze scheint allerdings den Vertrauensbeweis von 27 % der Arbeiterstimmen nicht so leichtfertig ignorieren zu wollen, wie die „Untersuchungskommission". Während von Vertretern der „Untersuchungskommission" der Gruppe Willi Hoss nachgesagt wurde, daß sie „Schädlinge seien, die ausgemerzt gehörten!", erklärte der IG Metall-Bezirksleiter für Baden-Württemberg, Willi Bleicher, lt. „Spiegel" über Willi Hoss: „Ein mutiger Mann, der das Herz auf dem rechten Fleck hat."

Für die Spitze der IG Metall dürfte außer den mehr als 3000 Stimmen, die die Liste Hoss auf sich vereinigen konnte, auch die inzwischen eingegangenen Solidaritätsbekundungen für Hoss, Mühleisen und D'Andrea ein weiterer Grund sein, mit Ausschlußpraktiken zurückhaltend zu sein. Inzwischen haben sich etwa 400 Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre, vor allem aus Stuttgart, aber auch aus vielen Teilen der Bundesrepublik, mit der Hoss-Gruppe solidarisiert, und trotz der Urlaubszeit haben spontan 600 in der IG Metall organisierte Kollegen bei Daimler-Benz Untertürkheim gegen einen beabsichtigten Ausschluß der Kollegen Hoss, Mühleisen und D'Andrea protestiert.

Inzwischen hat die „plakat"-Betriebszeitung ein Interview mit Willi Hoss veröffentlicht, in dem Hoss zur Betriebsratsarbeit bei Daimler-Benz Stellung nimmt.

„plakat": Kollege Hoss, was ist nach noch kurzer Betriebsratsarbeit zu sagen?

Hoss: Wir stellen fest, daß die Betriebsräte der Hauff-Liste daran arbeiten, die Scharte auszuwetzen, die sie bei den Betriebsratswahlen hinnehmen mußten. Kollege Berg von der Ortsverwaltung hat ja gesagt: „Wir haben offensichtlich Fehler gemacht." Alle Betriebsräte der Hauff-Liste strengen sich stärker an, das Vertrauen aller Kollegen wieder zu gewinnen. Das kommt den Absichten der Belegschaft und unseren Absichten entgegen. Der Betriebsrat muß mehr leisten als bisher, mehr Forderungen durchsetzen, das kann für uns alle nur gut sein.

„plakat": Sind sich die Kollegen dieser Situation bewußt?

Hoss: Ich glaube nicht, daß alle Kollegen diese Situation schon verstanden haben. Die Zeit ist jetzt günstig, mit Problemen, die Einzelne und Gruppen von Kollegen haben, an die Vertrauensleute und den Betriebsrat heranzutreten. Es wird sich zeigen, ob alle Betriebsräte – uns nicht ausgenommen – ihre Vorsätze einlösen.

„plakat": Die Auseinandersetzung zwischen der Hauff-Liste und der Liste 2 hat sich also nicht zum Schaden der Belegschaft ausgewirkt. Aber dabei wollt ihr doch nicht stehenbleiben. Was ist aus den Forderungen geworden, die ihr vor der Wahl aufgestellt habt?

Hoss: Unsere Forderungen sind noch in der Diskussion:

1. Die Abschaffung von 75,– DM Extrageld monatlich für Betriebsräte: Wir haben diesen Antrag im Betriebsrat gestellt und nach einer Beratung dieser Frage im Gesamt-Betriebsrat die Antwort erhalten: Die 75,– DM werden beibehalten. Allerdings wurde gesagt, daß nach einer anderen Regelung gesucht würde. Wir drei von der Liste 2 haben daraufhin beschlossen, diese 75,– DM in einen Fond zu tun, aus dem wir unsere Informationen an die Belegschaft finanzieren. Wir fordern alle anderen Betriebsräte, die die Annahme des Extrageldes ebenfalls gegenüber der Belegschaft nicht verantworten können, auf, unseren Fond zu unterstützen.

2. Viel schwieriger gestaltete sich das Wasserproblem: Wir haben zur Kenntnis nehmen müssen, daß es für uns drei ungemein schwer ist, gegen die Geschäftsleitung anzukommen bei einer Haltung maßgeblicher Betriebsräte, die nicht daran interessiert sind, daß wir in dieser Frage Recht bekommen. Sowohl in Sitzungen der Sicherheitsbeauftragten als auch in einer Betriebsratssitzung vor ca. drei Wochen hat die Geschäftsleitung Sachverständige aufgeboten, die mit Hinweis auf Analysen des Gesundheitsamtes und mit weiteren Argumenten zum Ergebnis kamen: „Das Wasser ist gut."

„plakat": Soll das heißen, daß sie euch nachweisen konnten, daß eure Beobachtung und die Beobachtung vieler Kollegen „mit dem Wasser stimmt was nicht" falsch waren?

Hoss: Nein, das konnten sie nicht. Wir haben nur gemerkt, daß wir noch gründlicher und mit noch mehr Kenntnissen in dieses Problem einsteigen müssen. Wir sind nach wie vor der Meinung, daß sich unser Dusch- und Waschwasser von dem Wasser, das in unseren Wohnungen aus den Leitungen fließt, negativ unterscheidet. Unser Dusch- und Waschwasser hat keine Trinkwasserqualität – das soll es aber haben: wir gehen davon aus, daß bei den ohnehin schon vorhandenen Umweltschutzproblemen das Beste für uns grade gut genug ist.

Hoss, D'Andrea, Mühleisen

Sozialistischer Kampf

Die Sozialistischen Abteilungsgruppen (SAG) an der Ruhr-Universität Bochum haben die 2. und 3. Nummer ihres Organs „Sozialistischer Kampf" herausgegeben.

Zum Inhalt: Nr. 2:

- **Kritik an DKP und KPD**
- **Ansätze zur Polit-Ökonomie des Ausbildungssektors**
- **Materialien zur politischen Unterdrückung**
- **Ansätze zur außeruniversitären Praxis**

134 Seiten 2,– DM

Nr. 3 (Diese Nummer wurde von dem Bochumer Lehrlings- und Schülerkollektiv geschrieben)

- **Unsere Erfahrungen**
- **Lage und Forderungen der Arbeiterjugend, die politische Grundlage des Kollektivs**
- **Zur Bedeutung des Berufsschulkampfes**
- **Ein Jahr Schülersprecher an der Städtischen Bildungsanstalt**
- **Zur Geschichte der Berufsausbildung (Schulungspapier)**
- **Lehrlinge in Kleinbetrieben**
- **Politische Unterdrückung im Betriebsrat**
- **Jugendvertretung und Betriebsrat**

146 Seiten 2,50 DM

Politische Buchhandlung
463 Bochum
Overbergstraße 5

Neu im Bücher- & Papervertrieb

Walter Fabian: Klassenkampf um Sachsen, 1918–30, DM 19,80
H. Feidel-Mertz: Zur Ideologie der Arbeiterbildung, DM 9,–
Michael Bakunin: Staatlichkeit und Anarchie, DM 15,–
Charles Bettelheim: Theorie u. Praxis sozialistischer Planung, DM 18,80
R. Wetter/F. Böckelmann: Knast-Report, DM 19,80
Wir sind zornig und böse, Schwarze Kinder berichten (Jugendbuch), DM 8,80

internationale marxistische diskussion:

Potere Operaio: Was ist Arbeitermacht? Materialien zur Kaderbildung, DM 1,50
Pischel/Rossanda u. a.: Zur chinesischen Außenpolitik, DM 3,50
Toni Negri: Zyklus und Krise bei Marx, DM 5,–
Bologna/Ciafaloni/Bolzani: Techniker als Produzenten und als Produkt, DM 3,–

Reihe Betrieb und Gewerkschaften:

Gewerkschaftliche Vertrauensleute für eine antikapitalistische Betriebsstrategie, DM 2,50
Ausländische Arbeiter und Klassenkampf, DM 4,–
Betriebsratswahl Merck 1972, Eine Dokumentation, DM 4,–

„plakat“: Aber eure Argumente sind euch genommen worden?

Hoss: Nein, das ist nicht der Fall. Wir sind bei den Diskussionen um dieses Problem auf Folgendes gestoßen: In dem Reinwasserbecken unter dem Wasserwerk wird das zur Kühlung der Maschinenanlagen verwendete Brauchwasser mit dem zu uns gelangenden Dusch- und Waschwasser vermischt. Dieses zur Kühlung der Maschinen installierte Leitungs- und Rückflutungssystem ist aber auch an verschiedenen Stellen im Betrieb von außen zugänglich: die Sachverständigen haben zugegeben, daß im rücklaufenden Brauchwasser an einem groben Filter vor dem Reinwasserbecken Fremdkörper aufgefangen wurden: Kippen, Flaschen, Papier etc. Nach den Vorschriften müßte das rücklaufende Wasser zumindest wieder gefiltert und aufbereitet werden. Wie uns mitgeteilt wurde, soll an dem Platz der nach Mettingen verlegten Gießerei eine solche Filteranlage gebaut werden. Unserem Drängen nach Terminen und Beschleunigung dieses Vorhabens durch einen Beschluß des Betriebsrates wurde nicht stattgegeben. Wir sehen aber keinen Grund, in dieser Sache zurückzustecken.

3. Unsere Forderung nach Abschaffung der unteren Lohngruppen 14 bis 16 im Akkordlohn: Diese Frage wird zur Zeit noch im Akkordausschuß behandelt; es ging uns hierbei in erster Linie darum, an den Bändern Löhne um 7,54 DM herum abzuschaffen: wir sind der Meinung, diese Bezahlung wird der Arbeit an den Bändern keineswegs gerecht. Im wesentlichen meinen wir, daß die Arbeit an den Bändern (z. B. Monotonie, Belastung der Sinne und Nerven etc.) höher bewertet werden soll.

„plakat“: Unmittelbar kann man aber nichts tun?

Hoss: Doch. Wir kennen z. B. folgende Situation: Anlernplätze an den Bändern haben den Arbeitswert 14. Er gilt nur für die Anlernzeit. Es gibt Meister, die die Kollegen auch nach der Anlernzeit auf AW 14 belassen. Besonders ausländische Kollegen kennen sich da kaum aus und wehren sich nicht. Alle Betriebsräte und Vertrauensleute sind bereit, solche Fälle sofort in die Hand zu nehmen.

„plakat“: Was hältst du von dem Flugblatt der „Jungen Arbeitnehmer“ (J. A.), in dem ihr unter anderem auch in Zusammenhang mit den Anarchisten Baader-Meinhof gebracht werdet?

Hoss: Diese Verdächtigungen sind geradezu lächerlich. Es ist ein altbewährtes Mittel, auf betriebliche Forderungen mit allgemeinen Diffamierungen zu antworten. Und was liegt näher in der jetzigen Zeit, als linke und sozialistische Betriebsräte gerade mit Baader-Meinhof in Beziehung zu bringen? Wir können darauf nur sagen: komische „junge Arbeitnehmer“, die keine anderen Probleme haben, als sich beim Unternehmer auf solche Weise beliebt zu machen.

„plakat“: Was sagst du zum „Roten Mercedes“ und zur „Stoßstange“?

Hoss: Die ML-Gruppen, die diese „Betriebszeitungen“ bei Daimler-Benz verbreiten, haben bisher bei uns im Betrieb nichts eigenes fertig gebracht. Was in ihrer Zeitung steht, haben sie anderswo abgeschrieben und mit eigenem Kommentar versehen. Sie machen sich zu unseren Fürsprechern und versuchen den Eindruck zu erwecken, als gehörten wir zu ihnen oder wir ständen unter ihrem Einfluß. Das ist nicht der Fall. Wir stützen uns einzig und allein auf die Interessen unserer Kollegen im Betrieb, die wir vertreten wollen, und nicht auf das unausgegorene Programm der ML-Gruppen. Jeder Kollege im Betrieb weiß, daß wir unsere Forderungen schon vertreten haben, als es diese Grüppchen noch gar nicht gab. Heute greifen sie unsere Forderungen auf, um damit ihre politische Organisation in den Vordergrund zu spielen.

Weitere Informationen und Unterschriftenlisten zur Solidarisierung mit Willi Hoss und seinen Kollegen über „plakat“ Daimler-Benz, c/o Peter Grohmann, 7 Stuttgart 1, Kernerstr. 49. Inzwischen hat „plakat“ eine Sammelmappe früherer Plakat-Betriebszeitungen bei Daimler-Benz zusammengestellt; diese Mappe kann zum Preis von DM 5,— vom Bücher- & Papervertrieb, 605 Offenbach 4, Postfach 591, oder auch direkt über die Adresse Grohmann bezogen werden.

Gewerkschaftsjugend und Gewerkschaftsstrategie

Eine Antwort auf den Artikel des LZ-Redaktionskollektivs: Arbeitstagung der Lehrlingszentren, „links“ Nr. 34

Wenn die Entwicklung offensichtlich über eine Gruppe hinweggegangen ist, wenn die einstmals bestaunte Vorkämpferrolle (des Hamburger jour fix) dahin ist — und sich dies auch noch in klaren Mehrheitsverhältnissen niederschlägt, dann ist das beste Mittel, über diese Entwicklung nicht nachdenken zu brauchen, immer noch: man erfindet einen großen Manipulator, der der Mehrheit den Kopf verdreht hat.

So allein läßt sich die Berichterstattung des LZ-Redaktionskollektivs Hamburg über die Bundestagung der Lehrlingszentren erklären; denn weder die Entwicklung der Gewerkschaftsjugendarbeit noch der Verlauf der Diskussion auf dem LZ-Treffen gaben Anlaß zu der vorgelegten — im übrigen kaum in Hamburg mehrheitlich getragenen — Interpretation.

Aber fangen wir, bevor wir die unterschlagene Analyse nachholen, bei den Kleinigkeiten an: In dem Artikel wird der Eindruck erweckt, als hätten die Abteilung Jugend des Bundesvorstandes, „Oberurseler“ und „Niedersachsen“ gemeinsam „ihre“ Linie durchsetzen wollen und es dann auch geschafft. Dagegen ist zu sagen, daß es eine solche Koalition nicht gab, daß weder BV noch die Oberurseler das Niedersachsen-Papier früher als die übrigen Teilnehmer kannten und daß die Oberurseler (übrigens waren nur zwei da, die da vier Arbeitsgruppen nebst Untergruppen manipulierten) nur deshalb in den Arbeitsgruppen einspringen mußten, weil die vorgesehenen Kollegen offenbar andere Aufgaben für wichtiger hielten und auf dem Treffen nicht erschienen. Wenn dennoch von ihnen — getragen von der Mehrheit der Teilnehmer — eine relativ einheitliche Linie vertreten wurde, dann deshalb: vor dem LZ-Treffen haben eine Fülle von Strategie-Tagungen und Teamer-Treffen örtlich und auf Landesbezirksebene stattgefunden (ein Großteil davon in Oberursel), auf denen weitgehend die gleichen Probleme und Grenzen der bisherigen Arbeit deutlich wurden. Das heißt natürlich nicht, daß die Entwicklung überall gleich weit war, wohl aber, daß sich bei vergleichbaren Entwicklungsstadien überall sehr ähnliche Probleme und Schwierigkeiten zeigten. Übereinstimmung kam deshalb nicht durch eine — wie verbrämt auch immer vorgetragene — Manipulation zustande, sondern deshalb, weil vor dem Treffen ein breiter Diskussionsprozeß stattgefunden hat, der, ob in Ostfriesland oder in Stuttgart, zu ähnlichen Analysen führte. Ein Ergebnis im übrigen, das nur den verwundern kann, der die örtliche Arbeit für den Nabel der Welt hält und davon absieht, die eigene Arbeit im Zusammenhang mit der polit-ökonomischen Entwicklung, dem Stand der Klassenauseinandersetzungen und dem Bewußtsein der abhängig Arbeitenden in der BRD zu sehen. Hätten die Kollegen aus Hamburg sich an diese — das Selbstverständnis ihrer Arbeit dann freilich kaum unberührt lassende — Analyse der Gewerkschaftsjugendbewegung herangetraut, hätten sie auch nicht zu solcher Hilfskonstruktion wie einer angeblichen Alternative von LZ und Betriebsarbeit Zuflucht suchen müssen, auf der ihre ganze Darstellung aufbaut.

Scheinalternative LZ — Betriebsarbeit

Versucht man — in aller gebotenen Knappheit — die Ergebnisse der Diskussion der bisherigen Erfahrungen der LZ's und vergleichbarer Gewerkschaftsjugendarbeit zusamfenzufassen, ergeben sich folgende Hauptpunkte:

1. Die Aktionen zur Verbesserung der Berufsausbildung sind deshalb an eine Grenze gestoßen, weil

a) die Ausbildungskritik sich an — strategisch gesehen — Nebensächlichkeiten festmachte (Fegen, Frühstück holen, usw.) und nicht in eine allgemeine Kritik der Qualifikation der Arbeitskraft im Spätkapitalismus einbezogen wurde;

b) die aufgezeigten Mißstände in der Regel nur bei den zurückgebliebensten Kapitalfraktionen nicht aufgefangen werden konnten (1) und gerade bei Groß- und Mittelbetrieben ins Leere liefen;

c) die Aktionen die Spaltung älterejunge Kollegen vertieften, da nicht aufgezeigt werden konnte, daß die Methoden der relativen Mehrwertproduktion gerade auch die älteren Kollegen mit Dequalifizierung bedrohen (Verschleiß von erworbenen Qualifikationen, Notwendigkeit der Umschulung, Kritik des AFG, usw.). In der Kritik wurde deutlich, daß unter diesen Bedingungen die Älteren die Jugendlichen verstärkt als Konkurrenten begreifen müssen, die ihre Arbeitsplätze bedrohen; ein Problem, das sich angesichts der anlaufenden Rationalisierungswelle verschärfen wird.

Folglich hätte der Kampf um eine bessere Berufsausbildung mit dem Kampf um eine Veränderung der Arbeitsplatzstruktur verbunden, und hätten entsprechende Forderungen samt Instrumenten (BVG!) diskutiert werden müssen.

2. Auf der Grundlage dieser Analyse rückten folgerichtig zwei weitere Probleme in den Blick, an denen die meisten Aktionen scheiterten, weil sie nicht einbezogen wurden: erstens läßt sich die Ausbildungssituation langfristig nur im gemeinsamen Kampf mit den älteren Kollegen verändern, und zweitens auch nur dann, wenn dieser Kampf im Zentrum kapitalistischer Produktionsverhältnisse, im Betrieb geführt wird. Diesen Zusammenhang erkennen hieß, die Arbeit in einen neuen Rahmen zu stellen: der Ausbildungsansatz erweiterte sich zum Betriebsansatz.

Das Problem der Trennung der überwiegenden Mehrheit der LZ's von der betrieblichen Gewerkschaftsarbeit, in der man nicht Fuß fassen bzw. sie nicht vorantreiben konnte, stellt sich folglich nicht — wie es den Kollegen aus Hamburg oberflächlich erscheinen muß — als Problem dar, „wie die Kollegen aus den LZ's für die Betriebsarbeit zu qualifizieren sind“, sondern als prinzipieller Fehler der LZ-Strategie, die die Voraussetzungen und wirksamsten strategischen Orte der Klassenauseindersetzungen unbeachtet ließ. Es ging eben nicht darum, die LZ's durch Betriebsarbeit einfach abzulösen, sondern darum, entsprechend den bisher gemachten Erfahrungen eine Perspektive für die weitere Arbeit zu entwickeln. Um das leisten zu können, muß man in der Tat auf die Ursachen der ja zugestandenen „Schwächen und Grenzen der LZ-Arbeit“ eingehen — und die Kollegen in Frankfurt haben genau das versucht, während die Hamburger zu diesem Problem nichts weiter beizutragen wissen als ein dunkel raunendes „Die Fragen liegen ganz woanders“.

3. Ist so den Hamburger Kollegen der Zusammenhang, in dem die bisherige LZ-Arbeit analysiert und kritisiert wurde, gar nicht erst auf-

gegangen, mußte ihnen natürlich auch die Forderung nach „Gremienarbeit" (darunter ist offensichtlich die Mitarbeit in den Vertrauensleutekörpern, den Betriebsräten, der Verwaltungsstelle, den OJA's, KJA's und den Tarifkommissionen gemeint) „mechanistisch" erscheinen – wie überhaupt alles, was auf der Konferenz diskutiert wurde. Auf der Konferenz ergab sich dagegen diese Forderung schlüssig: Kann der Kampf nur gemeinsam mit den älteren Kollegen geführt werden und ergeben sich Ziele und Bedingungen des Kampfes aus einer über den Jugendsektor hinausgehenden gesamtgewerkschaftlichen Strategie, dann muß er auch mit und in der Gesamtorganisation geführt werden. Damit wurde eben gerade nicht die „leidige Diskussion über die Rolle der Gewerkschaftsverwaltung vom Tisch" gefegt, sondern in diesem Rahmen fängt sie erst an, inhaltlich zu werden und kommt von dem üblichen Anti-Bürokraten-Kack herunter. In diesem Zusammenhang helfen dann Plattheiten wie „Aber Gremienarbeit ohne Basis?" nicht mehr weiter, weil das Verhältnis von Basis und Apparat im gewerkschaftlichen Kampf als dialektisches begriffen und bestimmt werden muß.

4. Das freilich ist nur zu leisten, wenn Funktion und objektive Widersprüchlichkeit des gewerkschaftlichen Kampfes aus der politökonomischen Analyse der bundesrepublikanischen Gesellschaft abgeleitet und mit der realen Entwicklung der Klassenauseinandersetzungen vermittelt werden. Diese zunächst noch sehr allgemeine Einsicht lag dem zitierten Niedersachsen-Papier zugrunde, das bloße Ahnungen, die sich aus den Grenzen der bisherigen Arbeit ergaben, theoretisch zu fundieren suchte. Der Niederschlag dieses Bedürfnisses, die Einschätzung der Arbeit theoretisch zu klären – ohne sich anzumaßen „irgendeine (!) Klassenanalyse" leisten zu wollen, ergab sich also zwingend aus der bisherigen Praxis, von der deutlich geworden war, daß sie theoretisch und strategisch in allzu kurzem Hemd dastand. Zu diesem Papier ist freilich kritisch anzumerken, daß Analyse und Bestimmung der Aufgaben der Gewerkschaften zu oberflächlich und lückenhaft vorgenommen wurden, die objektiven Schwierigkeiten des gewerkschaftlichen Kampfes und damit die Strategiebildung geraten falsch, wenn übersehen wird, daß das falsche Bewußtsein der Arbeiter, daß Differenzierung und Konkurrenz unter den Arbeitern von der kapitalistischen Produktionsweise täglich neu produziert werden und folglich mitnichten durch Appelle, den Kampf einheitlich zu führen, aus der Welt zu schaffen sind. Konnte das Papier schon unter diesem Aspekt nur erste Anstöße vermitteln, so konnte der zweite Aspekt – Vermittlung mit dem gegenwärtigen Stand der Klassenauseinandersetzungen – nur angedeutet werden. Kongresse können eine solche Arbeit auch nicht leisten, entscheidend war aber: ein neuer, breiterer Rahmen ist abgesteckt worden, in dem sich die weitere Arbeit zukünftig bestimmen wird.

Zusammenfassend läßt sich sagen: in dem dargelegten theoretischen Zusammenhang stellte sich die Frage „LZ oder Betriebsarbeit" für die Mehrheit der Kollegen nie als Alternative. Auf der Bundestagung wurde dies immer wieder betont, sobald von einigen Kollegen diese Scheinalternative aufzubauen versucht wurde – wobei man freilich, wie der Artikel des Redaktionskollektivs zeigt, zu manchen wie zu toten Pferden redete. Auf der Tagung ging es darum, die Erfahrungen der LZ-Bewegung mit den gesellschaftlichen Voraussetzungen und dem Stand der Arbeiterbewegung zu verbinden und sie im Rahmen einer „gesamt"- (im Gegensatz zu „jugend"-) gewerkschaftlichen Strategie zu kritisieren und aufzuarbeiten. LZ und Betriebsarbeit wurden so als unterschiedliche Entwicklungsstadien unter unterschiedlichen Voraussetzungen (Industriestruktur, Erfahrungs- und Organisationsstand der Gruppen usw.) begriffen, deren Weiterentwicklung allerdings nicht aus der Begrenztheit der bisherigen Praxiserfahrungen möglich ist.

Die Theorie aus dem hohlen Bauch der beschränkten Erfahrung

Damit sind wir am entscheidenden Punkt, aus dem heraus deutlich wird, warum die Hamburger die Diskussionen nicht begreifen konnten: ihrem falschen Theorieverständnis. Wenn sie mit dem Satz, „daß die Einsicht in die Fehler und Grenzen gerade aus dieser Arbeit entsprungen ist", meinten, daß sich in der praktischen Arbeit die Probleme gestellt haben und die Notwendigkeit einer weitergehenden Perspektive erkannt wurde, hätten sie recht und würden damit offene Türen einrennen. Sie meinen aber damit offensichtlich, auch die Einsicht, d. h. die Erklärung der Probleme und die Strategiebildung sei allein aus der praktischen Arbeit durch Umwälzung der beschränkten Erfahrungen der Kollegen zu leisten. Solche „Theorie" muß sich im Kreise drehen. Völlig dunkel bleibt, nach welchen Kriterien und zu welchem Ziel eigentlich Erfahrungen aufgearbeitet werden sollen; denn wenn als Ziel vage angedeutet wird, Lernprozesse ingang zu setzen, „und das heißt, sich für den und im Klassenkampf zu emanzipieren", bleibt die Frage offen, welchen Stellenwert ihre Arbeit im gegenwärtigen Entwicklungsstand der Klassenauseinandersetzungen haben kann. Um den eigenen Beitrag im gewerkschaftlichen Kampf bestimmen zu können, bedarf es vielmehr der Vermittlung der bisherigen Arbeit mit den geschichtlichen Erfahrungen und wissenschaftlichen Grundlagen der Arbeiterbewegung. Klassenkampf als individuelle Emanzipation und nicht als theoriegeleitetes organisiertes Handeln, Fetischisierung der eigenen Erfahrungen, als ließen sich die Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus erfahren – eben das muß zur Orientierungslosigkeit, zum Fehlen einer strategischen Perspektive führen, in deren Rahmen Emanzipation sich erst vollziehen kann.

Der richtige Kern der Kritik

Die Hamburger Feststellung, daß abstrakte Diskussionen politische Lernprozesse verhindern und den einzelnen Kollegen unfähig machen, eigene politische Lernprozesse zu vollziehen, beinhaltet zugleich ein richtiges und ein falsches Moment der Kritik an Schulungen und Praxis von LZ's und ähnlichen Gruppen, wie man sie teilweise noch heute beobachten kann.

Wichtig und richtig ist, daß sozialpsychologische Erkenntnisse in der Gruppenarbeit mehr als bisher berücksichtigt werden müssen, um Lernbarrieren und Passivität, die im Sozialisationsprozeß und den Erlebnissen der Kollegen begründet liegen, leichter abbauen und ihren Bedürfnissen und Verhaltensweisen entgegenkommen zu können. Eine Schulung und Praxis, die die individuellen Erfahrungen der Kollegen völlig unberücksichtigt läßt, läuft Gefahr, das Gefühl der Isolierung noch zu verstärken, weil die Jugendlichen keine Verbindung zu ihrer persönlichen Problematik entdecken können, sie flippen in der Arbeit um so leichter aus. Dieses Problem, auf das vor allem Dieter Greese hingewiesen hat, wurde in der Tat in Frankfurt vernachlässigt, manchmal wohl auch verdrängt, weil wir diesen Fragen bisher noch recht hilflos gegenüberstehen. Dazu müßten noch genauere Untersuchungen erstellt werden, bisher liegt auf diesem Gebiet kaum etwas vor.

Falsch hingegen – zumindest in der Tendenz – ist das Hamburger Verständnis von politischen Lernprozessen: Man sollte sich davor hüten, in eine Gruppendynamik-Euphorie zu verfallen, die methodisierend und psychologisierend das Heil in der individuellen Befreiung von psychischen Zwängen sucht. Politische Lernprozesse bei Arbeitern sind zuallererst kollektive Lernprozesse; Selbstbewußtsein bildet sich erst im gemeinsamen Handeln, in der Verankerung in einer verbindlichen Organisation, in der man sich sicher fühlt und die zugleich ein neues Normensystem darstellt und vermittelt. Entscheidend aber ist, daß dieses kollektive Handeln Voraussetzungen und Möglichkeiten gewerkschaftspolitischer Arbeit richtig einschätzt, weil sonst Mißerfolge und Resignation, damit das Auseinanderbrechen der Gruppe oder Rückzug auf die privaten Probleme notwendige Folgen sind.

NORBERT TRAUTWEIN
GUDRUN KALMS

Solidaritätsaufruf

Am 8. Juli wurden in Griechenland die vier Studenten Susanne Bausinger, Jürgen Oberlayer, Werner Robbers und Ernst Zorer verhaftet. Ihnen wird, neben einem versuchten Vergehen gegen das Paßgesetz und einem versuchten Vergehen der Begünstigung einer gesuchten Person (der Deutsch-Griechin Edith Ekonomou) vor allem Bandenbildung vorgeworfen. Die vier hätten sich zu einer Bande mit dem Ziel der Fluchthilfe zusammengeschlossen.

Eine Woche später gaben die griechischen Polizeibehörden die Verhaftung bekannt – zusammen mit der Verhaftung von acht Griechen, die bereits einen Monat zuvor festgenommen worden waren. Die gemeinsame Bekanntgabe lieferte der westdeutschen Presse den Aufreißer für die Montagsausgaben: „Linke wollten Kennedy-Sohn entführen", „Deutsche als Anarchisten verhaftet" und „Oncken drohte die Entführung". Die unterschiedlichen Vorwürfe an die beiden Gruppen – die acht Griechen und die vier Deutschen – wurden des besseren Gags willen zusammengemixt, ein Gaunerstück, das sich nicht einmal die griechische Presse leistete.

Anfangs August ging der griechische Ministerpräsident Papadopoulos nach einer Kabinettsumbildung in seiner Regierungserklärung auf den Fall der vier Deutschen ein: die versuchte Fluchthilfeaktion habe sich nicht nur gegen Griechenland gerichtet, sie sei Teil einer internationalen anarchistischen Gefahr, denn die vier seien Mitglieder einer internationalen anarchistischen Organisation. Papadopoulos zeigte sich zugleich entrüstet, daß die Bundesregierung an dem Fall der vier Deutschen nur geringes Interesse zeige. Um so mehr müsse Griechenland den Kampf gegen den internationalen Anarchismus aufnehmen.

Es ist hier nicht der Ort, im Detail auf den konkreten Fall und den humanitären sowie politischen Stellenwert von Fluchthilfe aus einem faschistischen Land einzugehen. Auf alle Fälle sind die Behauptungen von Entführungsplänen oder daß die vier Verhafteten Mitglieder einer internationalen anarchistischen Organisation seien unzutreffend. Worauf es jetzt ankommt: Die vier „Fluchthelfer" brauchen jetzt Hilfe. Gerade weil sie nicht einer internationalen Organisation oder ähnlichem angehören, sind Geldspenden von Nöten zur Finanzierung von Rechtsanwälten, Prozeßbeobachtung, Reisekosten etc. Solidaritätsspenden sind zu überweisen auf das Konto Rechtshilfe für Bausinger / Obermayer / Robbers / Zorer, Nr. 479569 bei Kreissparkasse Tübingen.

Anmerkung:

(1) Vgl. „Studie über die Gefahr der politischen Radikalisierung der Auszubildenden (Lehrlinge) und jungen Mitarbeitern in den Betrieben der gewerblichen Wirtschaft", Hrsg.: Verband für Sicherheit in der Wirtschaft e.V. (VWS), Januar 1971.

linker digest
Neue Politik
Hamburg, Juli '72

Ausbeutung in Kalifornien

„Stop Chavez". Mit diesem Slogan wird im nordamerikanischen Bundesstaat Kalifornien zur Zeit eine mehr oder weniger offen von den Behörden unterstützte Hetzkampagne geführt, um die von dem Mexiko-Amerikaner Cesar E. Chavez, 46, geführte Landarbeiter-Gewerkschaftsbewegung UFWOC (United Farm Worker's Organizing Commitee) zu zerschlagen.

Die Landwirtschaft ist Kaliforniens größter Wirtschaftszweig mit einem jährlichen Umsatz von rund 4,08 Milliarden Dollar. Die Farmgesellschaften sind mit der Großindustrie und Supermarkt-Ketten verflochten. 6 Prozent der Unternehmer, die „Agrobusiness" betreiben, sich jedoch heute noch „Farmer" nennen, verfügen über 75 Prozent des landwirtschaftlich genutzten Bodens; 7 Prozent der Betriebe beschäftigen 75 Prozent der Arbeitskräfte. Die überwiegend mexikoamerikanischen Landarbeiter, die allein wegen ihrer Hautfarbe und Sprache als minderwertig gelten, werden gern als „unorganisierbar" bezeichnet und der „Bund kalifornischer Farmer" wehrt sich erbittert gegen jede „Bestrebung", ihnen „Privilegien" einzuräumen, die den Anreiz zur Arbeit untergraben könnten.

Da jederzeit – illegal – „Gastarbeiter" aus dem benachbarten Mexiko beschafft werden konnten und können, war es möglich, Landarbeiterfamilien (Kinderarbeit ist gang und gebe) von Vereinbarungen über Mindestlöhne auszuschließen und ihnen Feiertags-, Erholungs- oder Krankenurlaub sowie Invaliden- und Altersversorgung vorzuenthalten. In den Vereinigten Staaten wird ein jährliches Einkommen von 3100 Dollar als Existenzminimum für eine Familie angesehen. 1970 bezeichnete Präsident Nixon die Indios, deren durchschnittliches Jahreseinkommen 1500 Dollar beträgt (Neger 3200, Weiße 6000), als die ärmste Minoritätengruppe im Land. Aber 84 Prozent der mexikoamerikanischen Landarbeiterfamilien verdienen lediglich 1378 Dollar pro Jahr; weniger als 20 Prozent leben in Behausungen, die primitivsten menschlichen Ansprüchen eben genügen; die Lebenserwartung liegt bei durchschnittlich 49 Jahren (Indios 44, sonst 70 Jahre), und die Säuglingssterblichkeit ist um 125 Prozent höher als im übrigen Land.

„Doch Gott weiß, daß wir keine Lasttiere sind, noch Sklaven der landwirtschaftlichen Ausbeutung, sondern Menschen", schrieb Chavez einmal in einem offenen Brief

links

an einen Vertreter des „Agrobusiness". „Wir sind angetreten zu einem tödlichen Kampf gegen die Unmenschlichkeit des Menschen gegen den Menschen in der von Ihnen vertretenen Industrie."

Den Kampf, den Chavez 1961 durch die Organisierung der Traubenpflücker in Delano begann, führte er aus taktischen Gründen, aber in erster Linie aus tiefster Überzeugung nach dem Vorbild Gandhis und Martin Luther Kings militant gewaltlos. Als ein Flügel der Bewegung auf Gewaltanwendung nicht mehr verzichten wollte (Streikposten waren verhaftet, mißhandelt, von Hunden angefallen, mit Insektengiften besprüht worden, Chavez selbst war im Gefängnis), trat er in einen Hungerstreik, der fast tödlich endete, da die Bewegung sich erst nach 25 Tagen erneut auf ein gewaltfreies Aktionsprogramm einigte.

Unterstützt von der „Anglo-Army" (Anglo = Weiß, die UFWOC wird von Kirchen, Bürgerrechtsorganisationen, Gewerkschaften, Studenten und Intellektuellen aktiv unterstützt; ihr prominentester Beschützer war Robert Kennedy, ist jetzt Senator Edward Kennedy) haben rund 2000 „Unorganisierbare" mehr als sieben Jahre ein ununterbrochenes Streik-Boykott-Programm durchgehalten. Gewiß, die Trauben sind von Streikbrechern gepflückt worden, doch die durch Flugblattaktionen, Märsche, Straßentheater, sit-ins, shop-ins und andere Aktionen gestützten Boykott-Kampagnen gegen Supermärkte und Ladenketten, die Streikbrecher-Trauben oder daraus hergestellte Spirituosen verkauften, waren sehr erfolgreich. Versuche, den Boykott auch aufs Ausland auszudehnen, scheiterten weitgehend an mangelnder Information oder Solidarität. In den USA verweigerten wiederholt Transportarbeiter- und Hafenarbeitergewerkschaften die Verladung von Streikbrecher-Trauben – es wurde dann Militär eingesetzt –, britische Dockarbeiter, finnische, schwedische und norwegische Transportarbeitergewerkschaften verweigerten das Ausladen, doch die Trauben erreichten dann über Hamburg auf dem Landwege ihr Ziel. Vom Verbraucher in der Bundesrepublik können kalifornische Trauben, Orangen, Frucht- und Fruchtsaftkonserven sowie Weine und Whisky boykottiert werden.

Die UFWOC, in der mittlerweile Millionen von Landarbeitern organisiert sind, besitzt eine Zeitung, eine Klinik, mehrere Genossenschaftsläden, und sie hat Niederlassungen in rund 300 Städten der Vereinigten Staaten. Im Rahmen der Bewegung werden jetzt mehr als 40 einzelne Kampagnen auch in anderen Branchen koordiniert. „Alles was wir brauchen", erklärte Chavez in einem „hearing" des US-Senats, „ist die Anerkennung des Rechtes, daß die Gesetze, die jeden anderen arbeitenden Menschen in diesem Land schützen, gleichermaßen auch für uns gelten." Da Chavez jedoch eine soziale Gewerkschaft anstrebt, in der die Betroffenen sich bildungsmäßig und fachlich (im Hinblick auf die drohende Mechanisierung) schulen und direkt, von der Basis her, engagieren, befürchten die „Farmer" nicht zu Unrecht eine „soziale Revolution". Doch zehn Großunternehmen haben die UFWOC als Verhandlungspartner anerkannt und kürzlich hat Chavez darüber hinaus einen Vertrag mit Coca-Cola schließen können. Der Kampf gegen die „hartnäckigen Arbeitgeber in diesem Land" (Chavez) steht jedoch noch bevor.

Die Kampagne „Stop Chavez", die Robert Walters, ein fanatischer Anhänger des rassisitischen Gouverneurs von Alabama, George Wallace, gleichzeitig mit dem Wahlkampf für Wallace führt, nimmt bedenkliche Ausmaße an. Kürzlich wurde eine Verschwörung – die UFWOC-Zentrale sollte für 5000 Dollar angezündet und Chavez gleichzeitig für 25 000 Dollar ermordet werden – noch rechtzeitig aufgedeckt. Der gedungene Mörder soll sich zwar wegen anderer Delikte jetzt im Gefängnis befinden, „aber wir wissen", erklärte der UFWOC-Anwalt Jerry Cohen, „daß genug Leute herumlaufen, die gerne dafür bezahlen, Cesar tot zu sehen". Die Vertreter des „Arobusiness" haben darüber hinaus einen Prozeß angestrengt mit dem Ziel, die schärfste Waffe der Bewegung, den Boykott, gesetzlich verbieten zu lassen.

ROSEMARIE BOLLINGER

IMPRESSUM

Herausgeber- und Redaktionsadresse: Sozialistisches Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 591, Hohe Str. 28 (Souterrain), Telefon 06 11 - 83 25 93 ● Redaktionskreis „links" z. Z. Christel Beilmann, Andreas Buro, Hansgeorg Conert, Heiner Halberstadt, Arno Klönne, Gert Schäfer, Klaus Vack, Mathias Walter, P. C. Walther, Edgar Weick. Geschäftsführende Redaktion z. Z. Andreas Buro, Gert Schäfer (presserechtlich verantwortlich), Klaus Vack ● Vertrieb und Bestellung: Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591. Erscheinungsweise monatlich. Bezugspreis: Einzelexemplar DM 1,20, Jahresabonnement DM 15,– zuzüglich DM 2,40 Versandkosten, einzuzahlen an Verlag 2000 GmbH: Postscheck Frankfurt Nr. 610 41; Girokonto Bank für Gemeinwirtschaft, Zweigstelle Offenbach, Nr. 17 412 695 ● Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in „links" wird kein Honorar bezahlt. Redaktionsschluß ist jeweils der 5. vor dem Erscheinungsmonat ● Druck: hbo-druck, Bensheim ● Beilagenhinweis: Einer Teilauflage liegen bei der Prospekt „Neue Rotbücher" vom Verlag Klaus Wagenbach, die Protest-Postkarte an den brasilianischen Justizminister Buzaid, die Prospektkarte des Sozialistischen Büros „links"-Aktion Zweitausend neue Abonnenten, eine Zahlkarte des Sozialistischen Büros, der Literaturprospekt „Eine Aktion des Informations-Zentrums Buch" und die Drucksache „Jetzt abonnieren!".

Bestellschein

(bitte gut leserlich schreiben)

An den Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591

Ich abonniere „links" sozialistische Zeitung

(Bezugspreis für das restliche Jahr 1972 und für 1973 insgesamt DM 20,–, wobei alle Nummern aus 1972, soweit noch vorrätig, nachgeliefert werden. Einzahlungen an Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach, Postscheck Ffm. Nr. 610 41, Girokonto Nr. 1/741 269-5 bei Bank für Gemeinwirtschaft, Offenbach. Das Abonnement kann jeweils bis zum 30. November zum Jahresschluß gekündigt – erstmals zum 31. 12. 1973 – werden.)

Vor- und Zuname: _____

Postleitzahl und Wohnort: _____

Straße: _____

Datum: _____ _____

Unterschrift